



DIE BEDEUTUNG POLITISCHER BILDUNG

FÜR GESELLSCHAFTLICHE TEILHABE

Brost
Stiftung

BA PP
BONNER AKADEMIE
FÜR FORSCHUNG UND LEHRE
PRAKTISCHER POLITIK

IMPRESSUM

Die Publikation wird herausgegeben im Auftrag des Vereins für Forschung und Lehre praktischer Politik e.V. Umsetzung durch die Bonner Akademie für Forschung und Lehre praktischer Politik (BAPP) GmbH.

Bonn, Juni 2021

Bonner Akademie für Forschung und Lehre praktischer Politik (BAPP) GmbH,
Heussallee 18-24, 53113 Bonn

Tel.: 0228/73-62990

Fax.: 0228/73-62988

eMail: bapp@uni-bonn.de

www.bapp-bonn.de

Facebook: www.facebook.com/bapp.bonn

Twitter: www.twitter.com/BonnerAkademie

Redaktion

Dr. Stefan Brüggemann (V.i.S.d.P.)

Sandra Butz

Taner Ekici

Lucas Scheel

Gina Görmer

Hannah Scharrenberg

Layout und Satz

Kreativ Konzept – Agentur für Werbung GmbH

Recht

Das Werk ist in all seinen Teilen urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung ist ohne Zustimmung der Bonner Akademie für Forschung und Lehre praktischer Politik (BAPP) GmbH unzulässig. Dies gilt insbesondere für Vervielfältigung, Übersetzung, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung in und Verarbeitung durch elektronische Systeme.

DIE BEDEUTUNG POLITISCHER BILDUNG

für gesellschaftliche Teilhabe

*Zwischenpublikation im Rahmen des Projekts
„Integrationspolitik für die Mehrheitsgesellschaft –
Bildungs- und Beteiligungsmöglichkeiten für junge und alte Menschen im Ruhrgebiet“*

Brost
Stiftung

BA PP
BONNER AKADEMIE
FÜR FORSCHUNG UND LEHRE
PRAKTISCHER POLITIK

INHALT

- **GRUSSWORT VON PROF. DR. VOLKER KRONENBERG** SEITE **06**
- **VORWORT VON PROF. BODO HOMBACH** SEITE **07**
- **EINLEITUNG** SEITE **10**

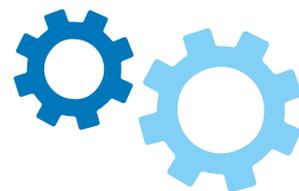
DER SOZIALE SEKTOR IM AUSNAHMEZUSTAND? PERSPEKTIVEN AUS DER
CORONA-PANDEMIE – EINE AUSWERTUNG VON EXPERTENINTERVIEWS
LUCAS SCHEEL, M.A.

I. POLITISCHE PERSPEKTIVE

- INTERVIEW: DIE BEDEUTUNG DER POLITISCHEN BILDUNG
IM KINDER- UND JUGENDBEREICH SEITE **19**
YVONNE GEBAUER
- INTERVIEW: DIE BEDEUTUNG DER VOLKSHOCHSCHULEN
FÜR POLITISCHE ERWACHSENENBILDUNG SEITE **23**
ANNEGRET KRAMP-KARRENBauer

II. WISSENSCHAFTLICHE PERSPEKTIVE

- CORONA UND DIE POLITISCHE BILDUNG –
DURCH DIE PANDEMIE GESCHWÄCHT, ABER ERST RECHT UNVERZICHTBAR SEITE **29**
PROF. DR. KLAUS-PETER HUFER
- INTERVIEW: DIE BEDEUTUNG VON BILDUNG UND LEBENSLANGEM LERNEN
UND IHRE HERAUSFORDERUNGEN SEITE **38**
DR.IN HELLE BECKER



III. PRAKTISCHE PERSPEKTIVE

- POLITISCHE BILDUNG FÜR ANERKENNUNG, SOLIDARITÄT UND DEMOKRATIE IN DER ARBEITSWELT
HERAUSFORDERUNGEN FÜR DIE GEWERKSCHAFTLICHE BILDUNGSARBEIT IN NRW
ELKE HÜLSMANN, M.A., TIM ACKERMANN, M.A. SEITE **45**

- POLITISCHE BILDUNG AUS DER PRAXIS IN ESSEN
ÜBER DAS BUNDESPROJEKT „DEMOKRATIE LEBEN“
JONAS PLOEGER SEITE **55**

IV. BERICHTE ZU DEN VERANSTALTUNGEN

- DIGITALER DIALOG: „ALLES ÜBERTRIEBEN? VON IMPFEGNERN, ALUHÜTEN UND BESORGTEN BÜRGERN. CORONA UND DIE VERSCHWÖRUNGSMYTHEN“
AM 29. OKTOBER 2020 SEITE **59**

- DIGITALER DIALOG: „DATEN SPENDEN, LEBEN RETTEN? DATENSCHUTZ UND DIGITALISIERUNG AUF DEM PRÜFSTAND“
AM 1. DEZEMBER 2020 SEITE **62**

- BERICHT ZUR 1. BAPP-MORGENRUNDE
„POLITISCHE BILDUNG – EINE BESTANDSAUFNAHME“
AM 3. DEZEMBER 2020 SEITE **63**

- BERICHT ZUR 2. BAPP-MORGENRUNDE
„POLITISCHE BILDUNG UND DIE ÖKONOMIE – EIN BELASTETES VERHÄLTNIS“
AM 2. MÄRZ 2021 SEITE **65**

- DIGITALER WORKSHOP: LOKALFORUM RUHRGEBIET:
„POLITISCHE BILDUNG ALS FEUERWEHR? ÜBER DIE BEDEUTUNG DER POLITISCHEN JUGEND- UND ERWACHSENENBILDUNG“
AM 29. APRIL 2021 SEITE **66**

- NEUE FORMATE: R(H)EINHÖREN – DER PODCAST AUS DER BUNDESSTADT SEITE **69**

GRUSSWORT

VON PROF. DR. VOLKER KRONENBERG



Prof. Dr. Volker Kronenberg
*Projektleiter und Vorsitzender
des Wissenschaftlichen Beirats
der Bonner Akademie,
Institut für Politische Wissenschaft
und Soziologie der Universität Bonn*

LIEBE LESERINNEN UND LESER,

noch vor wenigen Jahren konnte man den Eindruck gewinnen, die klassische politische Bildung würde mehr und mehr zum Auslaufmodell. Vermeintlich überflüssig geworden in einer gefestigten und zunehmend durch einen basisdemokratischen Diskurs in den digitalen Medien geprägten Gesellschaft; vermeintlich entbehrlich angesichts G8-bedingt verdichteter Lehrpläne in den deutschen Schulen. Thematisiert wurde das Fehlen politischer Bildung allenfalls im Kontext tendenziell sinkender Wahlbeteiligung.

Dieser Eindruck hat sich spätestens seit dem Einzug des Rechtspopulismus in das politische System Deutschlands fundamental gewandelt. Mit Nachdruck wurde in diesem Zuge für alle die staatsrechtliche Grunderkenntnis sichtbar, dass der Erhalt des politischen Gemeinwesens und die Bekenntnis zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung keine Selbstläufer sind, sondern kontinuierliche und gemeinsame Anstrengungen erfordert. Das Auftreten neuer politischer Akteure und die Polarisierung des politischen Diskurses haben als allgemeiner Weckruf gewirkt – nicht nur im Sinne einer Anpassung der politischen Themensetzung und der besonderen Aufmerksamkeit für bestimmte Wählergruppen, sondern auch im Sinne eines neuen Bewusstseins für die Bedeutung politischer Bildung. Die verstärkte Aufmerksamkeit, die dieser seit einigen Jahren politisch gewidmet wird, zeigt sich exemplarisch an den Bundesausgaben für die Bundeszentrale für Politische Bildung. Zwischen 2013 und 2021 hat sich ihr Budget von 37,8 auf 97,5 Millionen Euro mehr als verdoppelt. Und auch innerhalb anderer Institutionen und Netzwerke wurden

„DENN DER POLITISCHEN BILDUNG KOMMT – SO FÜHREN ES AUCH DIE ERKENNTNISREICHEN BEITRÄGE DIESER PUBLIKATION VOR AUGEN – EINE SCHLÜSSELFUNKTION IN DER THEORETISCHEN UND PRAKTISCHEN VERMITTLUNG DER SOZIALEN, PARTIZIPATIVEN UND RECHTSSTAATLICHEN ERRUNGENSCHAFTEN UNSERES GEMEINWESENS ZU.“

Aufwendungen und Einsatz für die Politische Bildung in den letzten Jahren deutlich verstärkt.

Diese neue Akzentuierung ist so bemerkenswert wie wichtig. Denn der politischen Bildung kommt – so führen es auch die erkenntnisreichen Beiträge dieser Publikation vor Augen – eine Schlüsselfunktion in der theoretischen und praktischen Vermittlung der sozialen, partizipativen und rechtsstaatlichen Errungenschaften unseres Gemeinwesens zu. Sie wirkt im besten Fall daran mit, politisches Bewusstsein und politische Haltung zu entfalten und zu erhalten, ein Gefühl für Menschen- und Bürgerrechte, staatliche Strukturen sowie die gemeinsam getragene Verantwortung zu wecken und diese Kenntnisse im Sinne einer kritischen, aber lösungsorientierten Teilhabe mit Leben zu füllen.

Der Bedeutung politischer Bildung, ihren Möglichkeiten, aber auch den ihre Umsetzung betreffenden Schwierigkeiten ist die vorliegende Publikation gewidmet. Dazu wurden Perspektiven aus Politik, Wissenschaft und Praxis zusammengetragen, die ein differenziertes, aber doch auch ermutigendes Bild zu zeichnen vermögen.

Ihnen, liebe Leserinnen und Leser, wünsche ich eine einsichtsreiche Lektüre. ■

VORWORT

VON PROF. BODO HOMBACH



© Volker Lannert

Prof. Bodo Hombach
Präsident der Bonner Akademie

TEILHABE UND TRANSPARENZ

Ein Buch zur rechten Zeit. Alte Gewissheiten und politische Bindungen zerbröseln.

Wer sich des vor- und fürsorgenden Staates sicher wähnte, wurde gekränkt. Reputation politisch Verantwortlicher wird durch mangelnde administrative Umsetzungskompetenz diskreditiert. Widersprüche werden Alltagserfahrung. Ein winziges Eiweißmolekül verbreitet sich, weil Impfarmut herrscht.

Wichtige Debatten – auch die von Medien transportierten – finden weniger im Parlament, sondern mehr in den TV-Sprech-Shows statt. Da gilt das Gesetz der Aufmerksamkeit durch Konflikt. Demokratische Handlungsfähigkeit durch Konsensbildung passt nicht ins Erregungsritual.

Auch das geplante Demokratiefördergesetz der Großen Koalition hat Geburtsprobleme. Eigentlich hatten die Wehen schon begonnen. Die Zuständigkeiten von

Ministerien, Bund und Ländern waren geklärt. Jeder hatte sein Steckenpferd geritten, und auch der kategorische Zweifel (Braucht man das überhaupt?) war hinreichend geäußert.

Boten die vorhandenen Möglichkeiten nicht längst jede Handhabe, das Richtige zu tun und das Falsche zu unterlassen? Offenbar nicht. Wer nur solche Projekte fördern wollte, die sich eindeutig zur Freiheitlich Demokratischen Grundordnung bekannten und dabei jede Zusammenarbeit mit diesbezüglich nicht durchgeimpften Partnern ablehnten, stieß auf den Protest derjenigen, die darin nicht selbstverständliche staatliche Vorsicht, sondern übertriebenes Misstrauen witterten. Dabei billigt die vorherrschende Toleranz längst auch Grenzwertiges. Dass sich aber Extremismus nicht mit Extremisten bekämpfen lässt, lehrt gerade die deutsche Geschichte.

So ist das in der Demokratie. Auch wer sie fördern will, muss sie erst einmal aushalten. Teilhabe und Transparenz, die beiden vitalen Lernziele dieser Staatsform, müssen immer wieder neu errungen und verteidigt

„SO IST DAS IN DER DEMOKRATIE. AUCH WER SIE FÖRDERN WILL, MUSS SIE ERST EINMAL AUSHALTEN. TEILHABE UND TRANSPARENZ, DIE BEIDEN VITALEN LERNZIELE DIESER STAATSFORM, MÜSSEN IMMER WIEDER NEU ERRUNGEN UND VERTEIDIGT WERDEN.“

werden. Dass sie bedroht sind, zeigt ein Blick auf die politische Weltkarte. Autokratische Systeme liegen scheinbar im Trend, zumindest behaupten sie sich. Robuste Junkies der Macht haben entdeckt, wie einfach es ist, mit neuen und alten Medien zu spielen, breite Massen zu ängstigen und sich als die schnelle Lösung aktueller Probleme anzuempfehlen. Der dazu nötige „Volksempfänger“ ist in jeder Hosentasche. Fake und Fakt verwischen sich. Ein Film mit Schauspieleinlage im GEZ TV verkauft sich als Dokumentation. Das sei „authentischer als die Realität“ heißt es rechtfertigend.

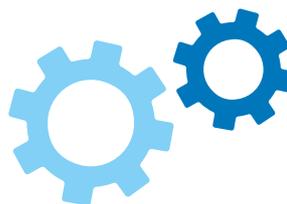
Auch so gewinnen Medien Aufmerksamkeits- und Unterhaltungswert und verlieren Überzeugungskraft. Wenn inhaltsarme, aber laut und populär agierende Regenten dann auch noch ein paar überzeugende Argumente zu real Erlebbarem abliefern, ist eine Wahl relativ leicht zu gewinnen. Danach muss man ja nur noch egoman dreist oder der eigenen Unfehlbarkeit sicher sein, um konkurrierende Meinungen oder gar Parteien niederhalten zu wollen.

Die Autoren und Autorinnen dieser Publikation fragen sich und die Leser: Was kann politische Bildung beitragen, um demokratisches Bewusstsein zu fördern? Dass sie es kann, ist gesetzt. Wenn politische Bildung überhaupt etwas kann, soll, muss, dann doch wohl die Ertüchtigung junger Menschen und jeden Bürgers, das Gemeinschaftswerk der demokratischen Gesellschaft mitzugestalten. Dazu gehören Kritikfähigkeit und Toleranz. Dazu gehört auch die Bereitschaft, Verantwortung zu übernehmen, die Rechtsordnung zu akzeptieren und mit Leben zu erfüllen, was auch heißt, sie im Licht neuer Entwicklungen und Herausforderungen weiterzuentwickeln. Denn: „Wir wissen heute nicht, was wir morgen wissen werden.“ (Karl Popper)

Autokratische Systeme brauchen keine politische Bildung. Wo Gleichschaltung und Gleichschritt regieren, scheint alles einfach und übersichtlich. Man übt das Kopfnicken und das rhythmische Klatschen. Ein öffentlicher Diskurs findet nicht statt. Man lauscht den Verlautbarungen und kann sich die anstrengende Mühe des eigenen Denkens ersparen.

Politische Bildung begann auf der Agora von Athen und in der Volksversammlung der römischen Republik. Später, viel später dann im Rat der mittelalterlichen Stadt, in der Magna Charta des englischen Parlaments, in der Druckerwerkstatt des Herrn Gensfleisch zu Gutenberg und in den Salons der französischen Aufklärung. Dort

„DIE DEMOKRATIE IST DIE GRÖSSTE UND WICHTIGSTE BÜRGERINITIATIVE DER GESCHICHTE“



dämmerte es in den Köpfen. Plötzlich war die Macht nicht mehr „von Gottes Gnaden“, sondern ein ständig neu zu lösendes Problem; nicht durch Beseitigung, sondern durch intelligente Domestizierung. Man durfte wählen und das auf periodischen Widerruf.

Politische Bildung hat nicht nur historische Voraussetzungen. Sie hat auch eine elementare Existenzgrundlage: Ein Neugeborener von heute ist bezüglich seiner politisch-sozialen Fähigkeiten ebenso ahnungslos wie es der Säugling eines Neandertalers war. Die Demokratie ist die größte und wichtigste Bürgerinitiative der Geschichte. Sie lebt und überlebt nur dann, wenn diese Bürger wissen und wollen, was sie tun, wenn sie verstehen, warum sie es tun und auch welche Folgen ihr Tun oder ihr Unterlassen hat. Sie besteht nur, wenn die Bürgerinnen und Bürger den unglaublichen Wert der Freiheit und des Friedens schätzen lernen – auch wenn sie nie selbst darum ringen mussten.

„Vertrauen“ – davon ist gegenwärtig viel die Rede – reicht nicht aus. Vertrauen ist zunächst blind. Es bedarf einer Aufhellung durch Kenntnis, Erfahrung und Einübung. Es bedarf der Stützung durch Vertrauenswürdigkeit, nicht nur in die Person des Entscheidungsträgers, sondern auch in die Verlässlichkeit politischer Institutionen. Die beste Verfassung? Schiller schrieb: „Diese nur kann ich dafür erkennen, die jedem erleichtert gut zu denken, doch nie, dass er so denke, bedarf.“

Politische Bildung weckt und befeuert den öffentlichen Diskurs. Sie überprüft das Zusammenspiel der Institutionen, fragt nach Handlungsintentionen, wägt die Erfahrungen der Geschichte. Sie lehrt, an der politischen

Willensbildung mitzuwirken, Rollen und Verantwortung zu übernehmen und Fehlentwicklungen frühzeitig zu erkennen. Sie lehrt den Streit nicht zu eskalieren und zu zementieren, sondern faire Kompromisse zu suchen. In einer vielfältiger werdenden Gesellschaft ist die Fähigkeit zur Konsensbildung unverzichtbarer denn je.

Wie wichtig, aber auch wie schwierig das ist, zeigt sich im gegenwärtigen Stress der Pandemie. Plötzlich scheint nicht mehr zu gelten, was in Schönwetterphasen selbstverständlich ist. Unter Bedrohung erscheinen die gewachsenen Strukturen unseres Systems träge, unlogisch, unscharf und unwirksam. Vorausschauendes Handeln ist selten populär. Immer nur Reagieren ist nutzlos. Das „autokratische“ Virus treibt die Politik vor sich her. Da soll das sympathische „Sowohl-als-auch“ vermeintlicher „klare Kante“ weichen. Wissenschaft liefert sensationell schnell Therapiechancen ab, Helfer im Gesundheits- und Pflegedienst leisten Übermenschliches, und staatliche Institutionen, die das „auf die Straße bringen“ sollen, verlieren Akzeptanz. Die Enttäuschung darüber ist umso größer, weil die Erwartung an deutsche Organisationsfähigkeit und Kompetenz hoch war. Das rührt an Grundfesten des Staates. Ehrenwerte Demokraten finden plötzlich bei dem Satz zusammen: „Wir hätten nicht gedacht, noch einmal so systemkritisch zu werden.“

Leben wir tatsächlich in einer Welt aufschäumender, wachsender Risiken oder können immer kleinere Ursachen immer verheerendere Wirkungen erzeugen? Was müssen wir lernen, um dieser Asymmetrie gewachsen zu sein? Auf jeden Fall doch wohl das Lernen lernen. Das ist kein Selbstläufer. Auf jede komplexe Frage gibt

jemand eine einfache Antwort. Aber die ist regelmäßig falsch. An dem vorliegenden Heft haben großartige Persönlichkeiten mit Erfahrung und tiefem Wissen gearbeitet. Nach der Lektüre sind wir klüger als zuvor. Dafür großen Dank.

Die zentrale These dieses Heftes konstatiert, dass eine global vernetzte Welt Bürger braucht, die gesellschaftlich und politisch partizipieren, anstatt durch rechts- oder linkspopulistische Sprechchöre Fakten zu vernebeln und Spaltungen zu vertiefen. Kann politische Bildung auch den Teil der Gesellschaft zurückgewinnen, der sich bereits gelöst hat? Wie müsste die aussehen?

Dank gebührt allen, die dieses hochaktuelle Meeting von Wissenschaft und Politik gewollt, ermöglicht und inhaltlich so hervorragend gefüllt haben. ■

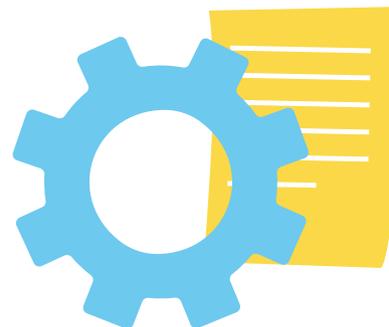


EINLEITUNG

DER SOZIALE SEKTOR IM AUSNAHMEZUSTAND?

Perspektiven aus der Corona-Pandemie –
eine Auswertung von Experteninterviews

Lucas Scheel, M.A.



Lucas Scheel
*Wissenschaftlicher Mitarbeiter der
Bonner Akademie für Forschung
und Lehre praktischer Politik*

Die Corona-Pandemie stellt seit etwas mehr als einem Jahr das Leben in allen Bereichen auf den Kopf. Aus der Krise ist ein Dauerzustand geworden, der nicht spurlos an unserer Gesellschaft vorbeigegangen ist. Beinahe täglich liest und hört man von den Auswirkungen der Pandemie auf Wirtschaft, Politik und Alltag. Die ständigen Neuerungen im Infektionsschutz zwingen die Menschen dazu, sich immer wieder neu auf die Situation einstellen zu müssen. Es ist unschwer zu erkennen, dass sozial privilegierte Schichten besser im Corona-Alltag zurechtkommen als die sozial schwächeren Teile unserer Gesellschaft.¹ Diese Auswirkungen lassen sich auch im Rahmen unseres Bildungsprojekts „Integrationspolitik für die Mehrheitsgesellschaft – Bildungs- und Beteiligungsmöglichkeiten für junge und alte Menschen im Ruhrgebiet“ in der praktischen Projektarbeit feststellen. Mit Blick auf die Schwerpunkte des Bildungsprojekts stellt sich die Frage, wie sich die beiden Aspekte ‚Bildung‘ und ‚Beteiligung‘ unter der Pandemie verändert haben. Neben der Problematik der geschlossenen Schulen stellen auch die Bewegung der ‚Querdenker‘ und andere sogenannte ‚Corona-Leugner‘, die Verschwörungstheorien mit einer allgemeinen Ablehnung der Demokratie vermischen, die politische Bildung und ihre Akteurinnen und Akteure vor große

Herausforderungen. Auch im Hinblick auf Partizipation und Teilhabe entstehen durch die Pandemie folgeschwere Probleme. So kommt z. B. mit den unzähligen Schließungen von Vereinen aller Couleur auch das gesellschaftliche Treiben zum Erliegen. Wie kann also Partizipation im Lockdown aussehen? Und bietet der digitale Bereich dabei die Lösung all dieser Probleme?

Um diesen Fragen sowie aktuellen Trends und Entwicklungen auf den Grund zu gehen, hat das Projektteam vom Sommer 2020 bis in den Januar 2021 eine Reihe von qualitativen Kurzinterviews über die direkten Auswirkungen der Corona-Pandemie mit Projektpartnern aus dem Ruhrgebiet geführt. Diese sollten Aufschluss über die Corona-bedingten Veränderungen vor Ort geben und gleichzeitig die Herausforderungen in der täglichen Arbeit der Praktikerinnen und Praktiker aufzeigen. Die Interviews fanden mit leitenden Persönlichkeiten aus Stadtteilzentren, Quartierbüros, politischen Bildungsprojekten, Langzeitarbeitslosenprogrammen und Bürgervereinen statt.

Im Folgenden sollen die Ergebnisse dieser Interviews zusammengefasst werden. Dabei werden sowohl Gemeinsamkeiten und feststellbare Trends herausgearbeitet, als auch Unterschiede genannt, die Aufschluss darüber geben können, wie verschiedene Berufsgruppen von der Krise betroffen sind. Zuerst werden dazu die Auswirkungen der Pandemie auf die Arbeit der Projektpartner erläutert, bevor im zweiten Teil die Auswirkungen auf die Zielgruppen der jeweiligen Angebote bzw. Programme näher beleuchtet werden. Zu guter Letzt dürfen auch die Lehren, die wir für die Zukunft nach der Pandemie ziehen können, nicht fehlen.

PLATZMANGEL IN ZEITEN VON MINDEST-ABSTAND ERFORDERT ALTERNATIVE LÖSUNGEN

Auf die Frage, ob ihre Tätigkeiten durch die Corona-Krise beeinflusst oder zum Teil sogar eingestellt werden mussten, gaben die Befragten unterschiedliche Antworten. Zunächst kann festgehalten werden, dass die Arbeit – wenn auch unter geänderten Rahmenbedingungen – größtenteils fortgesetzt werden konnte. Gerade im sozialen Bereich sind viele Angebote, wie beispielsweise die Ausländerberatung sowie Beratungsprogramme für Drogenabhängige, unerlässlich, weshalb die Fortführung – unter Anpassung an die strikten Corona-Auflagen – oberste Priorität hatte. Auch die Kinder- und Jugendarbeit fand unter Auflagen (nur 10 Kinder gleichzeitig in einem Raum erlaubt) statt, da besonders die Betreuungs- und Mittagessensangebote für sozial benachteiligte Familien von hoher Wichtigkeit seien, wie aus dem Stadtteilzentrum Bonni in Gelsenkirchen-Hassel berichtet wurde.

In diesem Zusammenhang erwähnten mehrere Projektpartner, dass sie sich in der Anfangszeit der Corona-Pandemie und des ersten Lockdowns nach neuen Räumlichkeiten umschauen mussten, da die gewohnten Räume nicht genug Abstand beispielsweise im Wartebereich zuließen. So konnten einige Angebote, wie z. B. eine Ausländerberatung und eine Mittagsbetreuung für Kinder, fortgesetzt werden. Dieser Trend spiegelte sich auch in der Straßensozialarbeit wider, bei der die notwendigsten Angebote und Projekte unter den erforderlichen Vorsichtsmaßnahmen stattfanden. Der Vorteil gegenüber den Angeboten in geschlossenen Räumen bestand darin, dass die Sozialarbeit auf der Straße nicht mit fehlendem Platz und der Einhaltung der Kontaktbeschränkungen konfrontiert war. Mehrere Befragte aus unterschiedlichen Städten im Ruhrgebiet berichteten, dass der Bedarf nach sozialer Beratung seit Beginn der Pandemie noch weiter gestiegen ist und sogar viele „Ehemalige“ zurückgekommen sind. Gerade in Gegenden, die stark von Zuwanderung geprägt sind, war die Straßensozialarbeit weiterhin gefragt, da u. a. eine zum Teil drastisch niedrige Alphabetisierungsrate zu Problemen mit den Ämtern geführt habe. Die Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter nehmen dabei eine unverzichtbare Rolle als Vertrauenspersonen ein, die den Zuwanderern helfen, sich mit den offiziellen Schreiben auseinanderzusetzen und die jeweils aktuellen Regelungen zu verstehen. Hier zeigt sich bereits eine erste wichtige Erkenntnis: Gewisse Angebote sind ‚too big to

fail‘, zu wichtig um zu scheitern, da beispielsweise das Sozialleben vieler Menschen – insbesondere in prekären Stadtteilen – stark von ihnen abhängt.

DOCH WAS IST MIT DEN ANGEBOTEN, DIE NICHT FORTGESETZT WERDEN KONNTEN?

In den Stadtteilzentren musste bedauerlicherweise eine Vielzahl von kulturellen und sozialen Angeboten vorerst eingestellt werden. Betroffen waren dabei besonders der Kultur- und vor allem der Seniorenbereich, wie beispielsweise die regelmäßig stattfindenden und rege besuchten Seniorentreffs einiger Projektpartner. Die Treffs bieten den Seniorinnen und Senioren einen Ort des Zusammenkommens und des Austausches, der seit Beginn der Pandemie plötzlich wegbrach:

„Besonders die älteren Mitbürger stellt die Schließung der Angebote vor große Herausforderungen: diesen fehlt ein wichtiger Baustein in ihrem Alltag. Zum Teil werden unsere Mitarbeiter angesprochen und gefragt, wann die Programme denn endlich wieder fortgesetzt werden. (...) Gerade alte Menschen sind zum Teil auf das Bonni als Ort des Zusammenkommens angewiesen, die Effekte durch das Alleinsein kann man dadurch nur abschätzen.“

(Dr. Rolf Heinrich, Vorsitzender des Stadtteilzentrums „Bonni“ in Gelsenkirchen-Hassel)

Diese Erkenntnisse reflektierten sich auch in den Aussagen des Leiters eines weiteren Stadtteilzentrums in Essen. Auch er bemängelte, dass durch die vielen Schließungen der soziale Austausch momentan fehle und häufig Nachfragen kommen, wann denn die Angebote endlich wieder öffnen würden. Dies verdeutlicht, wie wichtig diese Angebote für viele Menschen sind und dass der Bedarf enorm ist. Gerade die kulturellen Angebote eines Stadtteilzentrums erfüllen eine wichtige, den Stadtteil vereinende Funktion. Von deren Wegfall sind nicht nur die Stadtteilbewohner und Kulturinteressierten betroffen, sondern besonders die Künstlerinnen und Künstler werden vor planerische und finanzielle Herausforderungen gestellt. Auch wenn Ausweichangebote, wie etwa ein Theaterstück über Corona geplant sind, ist die Zukunft doch ungewiss.

Im Bereich der Kinder- und Jugendarbeit gab es ebenfalls viele Einschränkungen durch die Corona-Maßnahmen. Besonders durch die Schließung von Schulen wurde die Arbeit mit Kindern und Jugendlichen stark erschwert bis unmöglich. Politische Bildner, die ihre

Inhalte normalerweise durch Formate wie Workshops direkt an Schulen vermitteln, fehlte der Zugriff auf die komplette Zielgruppe. Die daraus resultierende fehlende Planungssicherheit führte dazu, dass Projekte teilweise gänzlich eingefroren werden mussten. Auch die Projekte, deren Zielgruppe nicht vorwiegend aus Schulklassen besteht, mussten Einschränkungen hinnehmen, da sie auf die Zusammenarbeit mit Freiwilligen angewiesen sind, die aufgrund der Pandemie oftmals wegblieben. Die Befragten aus dem Projektbereich waren sich einig, dass sich die Zielgruppenerreichung, vor allem von Kindern- und Jugendlichen, momentan als äußerst umständlich erweist und nicht die gleichen Resultate erzielt werden konnten wie vor der Krise.

DIGITALE KOMMUNIKATION ALS RETTER IN DER NOT?

Entgegen der Annahme, dass digitale Angebote die Präsenzangebote – zumindest in Teilen – ersetzen können, fällt das Fazit zu den Online-Lösungen bei den Befragten eher mäßig aus. Zwar gab es viele unterschiedliche Versuche, die entsprechenden Zielgruppen mit digitalen Angeboten weiter zu erreichen, allerdings mit durchwachsenem Erfolg:

„Der Lockdown war für unsere Arbeit mit den Kindern und Jugendlichen natürlich eine Katastrophe, weil alles abgeblasen wurde und wir im Online-Bereich in der Steinzeit stecken.“

(Florian van Rheinberg, politische Jugendbildung der Stadt Essen)

Gerade bei der Arbeit mit den Schulen wurden die Defizite hinsichtlich der digitalen Ausstattung und Erfahrung schnell ersichtlich. Insofern lautete das eindeutige Fazit der Interviewten, dass die digitalen Angebote in der Regel keinen umfassend-adäquaten Ersatz für die ausgefallenen Angebote darstellten.

Lediglich die Straßensozialarbeit in Dortmund, bei der sonst das Face-to-Face-Gespräch die Norm ist, berichtete, dass sich die gezielte Ansprache über andere Kommunikationsmittel als recht effektiv herausstellte – wobei die meisten Betroffenen vor allem über ‚alte‘ Kommunikationsmittel wie das Telefon erreicht wurden:

„Wir haben versucht, auf die Teilnehmer zuzugehen, entweder auf dem Nordmarkt direkt oder durch das telefonische Nachfragen – in einem Fall sogar durch das Zusenden eines Briefes. Dies dient einerseits dazu, nachzuhören, wie es den Menschen geht, aber auch darum, ihnen Wertschätzung zu vermitteln, ihnen zu zeigen, dass sich jemand um sie kümmert.“

(Susanne Thoma, Arbeitsgebietsleiterin von „Passgenau“ der Diakonie Dortmund)

ALLES AUCH EINE FRAGE DES GELDES

Eine weitere Dimension, die die Arbeit vor Ort erschwert, sind die finanziellen Sorgen, unter denen viele Organisationen gerade im sozialen Bereich leiden. So hieß es etwa, dass man irgendwie sichtbar und aktiv bleiben müsse, um das Überleben der Projekte zu garantieren. Dies könnte die vielen behelfsmäßigen Angebote, die im Zuge der Pandemie entstanden sind, erklären. Das „Sichtbar-bleiben“ spielt insofern eine entscheidende Rolle, da die Projektförderung zumeist an konkrete Ergebnisse geknüpft ist. In einem Fall wurde berichtet, dass ein Projekt trotz der einmaligen und unvorhersehbaren Situation durch die Corona-Pandemie keine Laufzeitverlängerung bekommen hat. Zwar habe eine gewisse Toleranz seitens der Geldgeber hinsichtlich der ausbleibenden konkreten Resultate bestanden, aber trotzdem leiden die Projektleiterinnen und Projektleiter auch immer unter einem konstanten Rechtfertigungs- und Ergebnisdruck. Besonders kleinere, auf externe Finanzierung angewiesene Projekte seien von der Problematik der sogenannten „Projektitis“ betroffen, die zwar nicht unbedingt neu ist, sich aber durch die Pandemie noch einmal verschärft hat:

„Corona bringt die extremen Seiten der Projektitis hervor, dabei ist die Partnerakquise momentan fast unmöglich. Auch deswegen herrscht momentan eine allgemeine Depression, perspektivisches Denken fällt weitestgehend flach.“

(Oliver Zier, politischer Bildner aus Gelsenkirchen, Leiter des politischen Jugendbildungsprojekts „Kohle, Stahl... und wir?!“)



SOZIALE KONTAKTE FALLEN WEG UND WERDEN SCHMERZLICH VERMISST

Neben den Folgen der Corona-Pandemie auf die Arbeit vor Ort wollten wir von den Interviewten wissen, ob – und wenn ja inwiefern – sie bei ihrer Zielgruppe eine allgemeine Verschlechterung der sozio-ökonomischen Situation feststellen konnten. Der eindeutige Tenor lautete, dass sich die Lage für die sozial benachteiligten Menschen im Ruhrgebiet verschärft hat – besonders hinsichtlich der fehlenden Sozialkontakte. Wie bereits erwähnt, wurden – aufgrund ihrer Zuordnung zur Hochrisikogruppe – besonders die Angebote für Seniorinnen und Senioren beschnitten. So beobachteten die Befragten, dass die Seniorinnen und Senioren nun oftmals gar nicht mehr vor die Tür gingen und dementsprechend die alltäglichen sozialen Kontakte auf ein Minimum reduziert wurden. Da in der Regel nur ein kleiner Teil dieser Gruppe das Knowhow und die Technik besitzt, um aktiv am Internetleben teilhaben zu können², fallen für eine große Gruppe von älteren Menschen ein essentieller Teil der Interaktion sowie der sozialen Kontakte weg. Zwar wurde versucht, den Kontakt mit dieser Zielgruppe zu halten, indem z. B. Ehrenamtliche Pfarrnachrichten, Nikolaustüten o. Ä. überbrachten, allerdings stellt sich die Frage, ob das den regelmäßigen Kontakt mit Gleichaltrigen und anderen Mitmenschen mittelfristig ersetzen kann. Ein genanntes Beispiel verdeutlicht diese Befürchtung: In einem Stadtteilzentrum gibt es eine ältere Dame, die trotz alledem regelmäßig alleine mit ihrem eigenen Kaffee kommt, um (aus sicherer Distanz) die Kindergruppen beim Spielen beobachten zu können. Hier wird schnell ersichtlich, wie wichtig eine vertraute soziale Umgebung ist, die durch Corona so momentan nicht möglich ist.

Kinder und Jugendliche sind nochmal auf eine andere Art und Weise vom Lockdown betroffen. Gerade Kinder brauchen den sozialen Austausch für ihre Entwicklung. Die Nachfrage an Kinder- und Jugendangeboten blieb bei den Befragten die ganze Zeit über hoch. Im Falle eines Quartierszentrums zeigte sich aber auch, dass die Corona-Maßnahmen von Jugendlichen nicht immer ernst genommen wurden, da sich dort abends öfters Jugendgruppen trafen, um gemeinsam Zeit zu verbringen. Für den Leiter des Quartierszentrums stellte sich hier die Frage, ob es solche Orte des „Frust-Abbaus“ nicht trotz oder sogar wegen der Pandemie bräuchte; Jugendliche bräuchten schließlich Entfaltungsraum und die Möglichkeit ihre Freunde zu sehen, was in dem Fall mit den Maßnahmen bzw. Empfehlungen gegen die

Verbreitung von Corona im Konflikt steht. Ein weiteres Problem besteht im Bereich des Digitalen. Ein Befragter, der in der Jugendarbeit tätig ist, betonte, dass viele Kinder aus sozial schwächeren Familien gar keinen oder einen unzureichenden Zugang zum WLAN hätten, was sie vom schulischen und gesellschaftlichen Leben online praktisch ausschließe. Auch andere Interviewte bestätigten diese Problematik: Zwar besäßen die meisten Kinder heutzutage ein Smartphone, aber dies sei nicht geeignet für tägliche Schulaufgaben. Hinzu komme, dass viele Kinder, die z. B. in Großfamilien auf engem Raum wohnen, nicht über einen eigenen Arbeitsplatz und damit über einen ruhigen Ort, an dem sie etwa ihre Hausaufgaben erledigen können, verfügen. Diese Orte wurden vor Corona oftmals durch die Kindernachmittagsbetreuung ersetzt, wo Helferinnen und Helfer auch gleichzeitig inhaltlich unterstützend agieren können. Zwar gibt es bereits erste wissenschaftliche Erkenntnisse zur sozialen Ungleichheit durch Homeschooling, doch die Interviews haben verdeutlicht, dass weiterer Forschungs- und vor allem Handlungsbedarf besteht.

PREKÄRE STADTTEILE – DIE BENACHTEILIGUNG SETZT SICH FORT

Aus den vorherigen Abschnitten wird bereits deutlich, dass prekäre Stadtteile von der Pandemie besonders betroffen sind. Zwar macht der Virus keinen Unterschied zwischen Schicht und gesellschaftlichem Stand, jedoch treffen die sozialen Effekte die Menschen in prekären Stadtteilen umso heftiger. So wurde unter anderem angemerkt, dass diese Stadtteile auch zu Orten der Gefahr avancierten. Dies läge zum einen daran, dass die Menschen dort häufig in Berufen arbeiten, wo Homeoffice nicht möglich sei und durch den Kontakt mit anderen Menschen das Infektionsrisiko steige. Außerdem leben die Menschen dort teilweise auf engem Raum mit vielen Familienmitgliedern, was das Risiko ebenso erhöht. Eine weitere Komponente ist die heterogene Bewohnerstruktur: Dort treffen nicht nur Menschen aus verschiedensten Kulturen aufeinander, sondern es kam auch gelegentlich vor, dass die Infektionsschutzmaßnahmen in Teilen migrantischer Communities nicht ernst genommen wurden oder gar auf Ablehnung gestoßen sind, berichteten einige der Befragten.³ Die höheren Infektionszahlen wiederum seien dann einer der Gründe, warum diese Stadtteile in der medialen Berichterstattung oftmals stigmatisiert und als Negativbeispiele herausgestellt würden. Ein Stadtteilmanager kritisierte, dass die Medien die Infektionszahlen zu selten mit den

Lebensbedingungen der Menschen in Verbindung setzen und versuchten, den prekären Stadtteilen kulturelle Stigmata anzuheften. Als Gründe vermutete er eine Art Entlastungsstrategie, da niemand so richtig wusste bzw. weiß, wie man mit Corona umzugehen hat:

„Das kann man sich jetzt in der Nachbetrachtung mal anschauen, wie mit unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen in dem Zusammenhang umgegangen wird.“

(Reinhard Schmidt, Stadtteilmanager Duisburg-Hochfeld der Entwicklungsgesellschaft Duisburg)

LANGZEITARBEITSLOSE LEIDEN BESONDERS UNTER DER PANDEMIE

Diese Stadtteile haben oftmals auch mit Herausforderungen wie einer hohen (Langzeit-)Arbeitslosigkeit und Sucht- und Drogenproblemen zu kämpfen. Für viele Langzeitarbeitslose bieten Arbeitsprogramme, etwa vom Jobcenter und deren Partnern, eine der wenigen Möglichkeiten für soziale Kontakte. Durch den Wegfall dieser Maßnahmen beobachteten einige der Interviewten auch für diese Gruppe eine Verschärfung der Situation. In einem Beispiel wird berichtet, dass die Menschen regelrecht euphorisch reagiert hätten, als ihnen gesagt wurde, dass sie wieder zu ihrer Arbeit in den Arbeitsmaßnahmen zurückkehren dürfen. Gleichzeitig haben auch Suchtprobleme noch einmal zusätzlich an Brisanz gewonnen. Durch die Schließung von Kneipen zeigt sich der Alkoholismus immer häufiger auf öffentlichen Plätzen wie auf dem Dortmunder Nordmarkt, da den Abhängigen keine anderen Orte mehr bleiben. Ein geregelter Tagesablauf, etwa durch eine Arbeitstätigkeit, kann im Normalfall bereits als Prävention gegen Alkoholismus wirken, doch auch hier hat die Einschränkung des Arbeitslebens durch Corona ihre Spuren hinterlassen. Neben einem geregelten Ablauf fehlt es zudem auch an der so wichtigen Wertschätzung:

„Viele von ihnen kommen morgens auch direkt in Arbeitskleidung zur Diakonie, da sie auch die Wertschätzung der anderen Pendler suchen. Da geht es um ein ‚gesehen werden‘ bzw. darum, ‚ein Teil davon‘ zu sein.“

(Susanne Thoma)

Es ist nur allzu leicht vorstellbar, was das Wegfallen der Arbeitsmaßnahmen und damit auch der „Statusverlust“ und das „Nicht-mehr-gesehen-werden“ für diese Menschen bedeutet. Insgesamt herrschte Einigkeit darüber, dass den Menschen besonders in dieser schweren Zeit

eine gesellschaftliche Wertschätzung vermittelt werden muss. Die soziale Isolation mache es notwendig, die Menschen aktiv anzusprechen, was viele der Befragten auch tun.

DER GEIST DER VERSCHWÖRUNGS- IDEOLOGIEN IST AUS DER FLASCHE

Auch die gesellschaftliche Polarisierung ist im Zuge der Corona-Pandemie fortgeschritten. Das Fehlen der menschlichen Kontakte hatte hierbei einen Anteil daran, dass die Spaltung der Gesellschaft, die sich mittlerweile durch so viele politische und gesellschaftliche Fragen unserer Zeit zieht, voranschreitet. So ist es wenig verwunderlich, dass auch in den prekären Stadtteilen Verschwörungsideologien und andere antidemokratische Tendenzen an Zustimmung gewonnen haben, wie ein Befragter, der intensiv mit den Menschen in seinem Stadtteil in Kontakt steht, berichtete.⁴ Hier wird oftmals von der politischen Bildung erwartet, Abhilfe zu schaffen. Neben der oben bereits erwähnten „Projektitis“ und schwierigen Zielgruppenerreichung, leidet diese während Corona allerdings auch unter weiteren Problemen. So bemängelte ein politischer Bildner, dass politische Bildungsangebote härtesten Infektionsschutzmaßnahmen unterlagen. So weit, dass auch Aktivitäten an der frischen Luft – etwa eine Erkundung des Stadtteils – verboten wurden. Hier stellt sich für den Interviewten die Frage, welche Stellung bzw. Priorität die politische Bildung einnimmt und ob man diese nicht besonders in Zeiten der sozialen Isolation, die den perfekten Nährboden für Verschwörungsideologien bietet, stärker unterstützen müsste.

WELCHE LEHREN KÖNNEN WIR AUS DER CORONA-PANDEMIE ZIEHEN?

Neben den momentanen Auswirkungen von Corona auf die Gesellschaft waren auch die Entwicklungen und Lehren für die Zukunft Thema der Interviews. Dazu wollten wir von den Befragten wissen, ob und was wir perspektivisch aus Corona lernen müssen und welche Trends sich gezeigt haben. Zunächst einmal das Positive: Mehrere der Befragten berichteten, dass ihre soziale Arbeit viel Zustimmung erhalten hat. An das Stadtteilzentrum in Gelsenkirchen-Hassel sind außerdem bereits Akteure aus Politik und Verwaltung herantreten und haben nach Sorgen und Wünschen gefragt, zudem hat die Stadt noch einmal Geld für den Erhalt der Angebote

gespendet. Ein Essener Stadtteilzentrum genießt eine ähnliche politische Unterstützung vom Oberbürgermeister persönlich, der sich während der Pandemie sogar selbst vor Ort ein Bild machte. Dies zeigt die Systemrelevanz dieser Arbeit, die durchaus wahrgenommen wird und in Zeiten der Krise zumindest in Teilen auch tatkräftig unterstützt wird.

Allerdings gab es auch pessimistische Aussagen, was die Zukunft des sozialen Bereichs angeht. So fürchtete ein Interviewter, dass die Finanzierung der eigenen Programme in der Zukunft weiterhin mit einem Fragezeichen versehen werden müsste. Dies spiegelt sich auch in der breitgefächerten Angst davor, dass die Aufrechterhaltung der Wirtschaftshilfe über einen längeren Zeitraum dazu führen könnte, dass vor allem im sozialen Bereich zugunsten anderer Bereiche Einsparungen vorgenommen werden, wenn die Reserven sich dem Ende neigen sollten, wider. Gerade für die Straßensozialarbeit wäre dies ein herber Rückschlag. Akteure, die durch eigene Angebote etwas Geld einnehmen – z. B. durch eine Fahrradwerkstatt oder durch einen Second-Hand-Laden – haben diesbezüglich einen nicht zu unterschätzenden Vorteil. Auch in der Projektarbeit sind die finanziellen Einschränkungen bemerkbar, so kämpfen viele Projekte momentan um ihr finanzielles Überleben, was die Notwendigkeit der Akquise neuer Geldgeber zur Konsequenz hat, wie uns ein Projektleiter aus Gelsenkirchen berichtete. Neben dem bereits erwähnten Rechtfertigungsdruck bedeutet dies eine zusätzliche Belastung, die Zeit und Ressourcen der Projektverantwortlichen in Anspruch nimmt und somit einen Teufelskreis aus Papierarbeit und Erfolgsdruck einleitet oder verstärkt.

DIE AKTEURE SETZEN SICH MIT ALL IHRER KRAFT GEGEN DIE PANDEMIE UND IHRE FOLGEN ZUR WEHR

Insgesamt zeigten die Befragten trotz der widrigen Umstände durch die Pandemie eine bemerkenswerte Resilienz, die sich besonders durch die Erschaffung neuer Angebote ausdrückt:

„Das Stadtteilzentrum hatte eine Kooperation mit der Gemeinde, da haben wir Martinsterle zusammen mit einem kleinen Gruß verteilt, das ist sehr gut angekommen. Gemeinde und Stadtteilzentrum sind sehr bemüht, in Erscheinung zu treten und aktiv zu bleiben. Die Gemeinde hat in Kooperation mit der Caritas und dem

Stadtteilzentrum z. B. ganz bewusst die Nikolaustüten im Gottesdienst doppelt ausgegeben, so dass man seinen Nachbarn auch eine mitnehmen konnte. So wurde sichtbar, dass die Gottesdienstgemeinde auch über den Kirchraum hinausreicht.“

(Markus Tiefensee, Pastoralreferent Gemeinde St. Mariä Himmelfahrt, Essen-Altendorf, Leiter des Stadtteilzentrums Altendorf „kreuz + quer“)

Gerade im Digitalbereich gab es dabei eine Vielzahl von behelfsmäßigen, aus der Not geborenen Neuschaffungen, welche teilweise positiv angenommen wurden, in den meisten Fällen wie zuvor beschrieben jedoch eher ins Leere liefen. Trotzdem kann festgehalten werden, dass einige Interviewpartner die Frage, ob es auch für die Zeit nach der Pandemie neue digitale Formate gäbe, bejahten, vor allem wenn diese eher zusätzliche Angebote waren, die nicht versuchen mussten, den direkten Kontakt zu ersetzen. Besonders im Kinder- und Jugendbereich gab es dabei eine Palette von neuen Ideen, die sich leicht umsetzen lassen und das Digitale mit Spaß kombinieren: So wurde als Beispiel ein Projekt benannt, bei dem Kinder und Jugendliche die Arbeit eines Stadtteilzentrums in kleinen Imagefilmen darstellen konnten. Diese kreative Aufgabe habe den Kindern so viel Freude bereitet, dass dieses Angebot wohl auch in Zukunft aufrechterhalten werden soll, da Kinder natürlich auch von der digitalen Welt geprägt sind und daran teilhaben wollen. Auch für Koordinierungs- und Planungsaufgaben hätten sich kurze Videotelefonate gegenüber langwierigen Meetings vor Ort als effektiver und zeitsparend erwiesen.

DIGITALITÄT IST NICHT DER ERHOFFTE RETTER IN DER NOT

Nichtsdestotrotz kann das Digitale das Analoge nicht ersetzen, so lautete der Tenor der Interviews. Dies ist vermutlich eine der wichtigsten Erkenntnisse aus der aktuellen Krisensituation, in der soziale Kontakte so sehr eingeschränkt sind. Die Probleme reichen – wie bereits angedeutet – von der Erreichbarkeit, bei der gerade ältere Menschen stark exkludiert sind, über technische Limitierungen bis hin zum Fehlen des direkten Kontakts. Immer stärker rückt die Bedeutung des menschlichen Kontakts sowie der Berührung in den Mittelpunkt unserer Aufmerksamkeit, was sich nicht so einfach ersetzen lässt.⁵



Dabei zeige sich besonders in der sozialen Arbeit, dass das direkte Gespräch nicht durch Plattformen wie Zoom oder Skype ersetzt werden könne, weil dieses zu einem großen Teil auf Vertrauen basiert, welches man im Vier-Augen-Gespräch leichter gewinnen könne. Gerade in sozialen Brennpunkten müssen die Sozialarbeiter vor Ort sein, um einen direkten Draht zu den Zielgruppen herzustellen:

„In der sozialen Arbeit geht es viel um Empathie, den Aufbau eines sozialen Austausches und emotionalen Kontakt; darum, ein persönliches Miteinander zu erzeugen. Das bekommst du bei offenen Gruppensettings, über Videokonferenzen unter Datenschutzrichtlinien nicht hin [...] Uns fehlt als Sozialarbeiter bei digitalen Gruppenangeboten die persönliche Note zu den Menschen, das Erspüren von Zugängen, der Austausch im Seitengespräch, das Fördern und Einfangen von Gruppendynamiken.“
(Florian van Rheinberg)

Aber auch in anderen Prozessen, wie etwa Bürgerbeteiligungsverfahren, erweisen sich Online-Formate als mäßig effektiv – im besten Fall. Auch wenn die technologischen Voraussetzungen gegeben sind, folgt daraus nicht zwangsläufig eine rege Beteiligung. Aus den Beobachtungen und Erfahrungen der Befragten ging hervor, dass die Teilnehmerzahl stark schwankt. Im Regelfall nahmen zwar zu viele teil, als dass man von einem Reinfluss sprechen müsste, aber doch zu wenig für einen klaren Erfolg. Besonders da, wo sich Gruppen neu finden, würden digitale Treffen nicht wirklich funktionieren, da auch hier der direkte Kontakt für ein Vertrauensverhältnis und ein richtiges „Kennenlernen“ notwendig seien. Ein Interviewter brachte es folgendermaßen auf den Punkt:

„Die Krise der Beteiligung ist eben da.“
(Reinhard Schmidt)

Damit meinte er konkret den Umstand, dass das Internet hinsichtlich neuer Formen der Partizipation vor gut zehn Jahren noch als Heilsbringer gepriesen wurde. Mittlerweile habe sich aber herausgestellt, dass neben den ohnehin beteiligungs-affinen Teilnehmenden keine neuen Zielgruppen erreicht werden können – die Krise hätte diesen Trend noch einmal bestätigt. Dementsprechend könnte eine wichtige Erkenntnis sein, dass das Analoge ein Gewinner der Krise ist und eine Aufwertung erfahren könnte, sobald die Krise bewältigt ist. Schließlich lernen wir momentan die Grenzen des Internets und die Nachteile der ständigen Verfügbarkeit rund um die

Uhr kennen. Diese Erfahrung, so war sich ein Befragter sicher, werde uns besonders nach der Überwindung der Pandemie beschäftigen – wenn wir uns fragen, wie Homeoffice, digitale Konferenzen und Meetings, etc. in Zukunft gestaltet werden können und sollten.

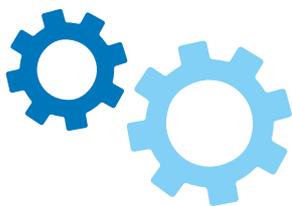
FAZIT – LICHTBLICKE IN EINER SCHWIERIGEN ZEIT

Wie sich in den Interviews herausgestellt hat, hat sich die Arbeit und das Leben der Menschen im Ruhrgebiet aufgrund der Pandemie-Situation – wie für alle – stark verändert. Besonders die Schließungen im Lockdown stellen den sozialen Sektor vor eine riesige Herausforderung, die man zwar so gut wie möglich zu meistern versucht, bei der es aber auch immer wieder Rückschläge zu verzeichnen gibt. Im Moment befinden sich alle in einem Prozess des Lernens und der Neuorientierung; der digitale Bereich, der nun als das Allheilmittel gegen die Probleme durch Corona gefeiert wird, kann im sozialen Feld nicht immer Abhilfe schaffen. Im Gegenteil zeigt sich, dass sich die Probleme der Menschen vor Ort verschlechtert haben und dass Hilfsprogramme und -projekte es schwieriger haben, zu den Hilfsbedürftigen durchzudringen – „online“ kann hierbei nur bedingt für Entlastung sorgen. Auch gibt es viele offene Fragen in Bezug auf die Zukunft: Wie wird der soziale Bereich finanziert werden? Wie soll man trotz der sich ständig wechselnden Regeln und Gesetze planen? Auch ist es fraglich, ob unsere Gesellschaft in der Krise zusammengewachsen ist und ob sich auch nach deren Überwindung eine erhöhte Solidarität feststellen lassen wird, oder ob es eine Wiederkehr zum ‚business as usual‘ gibt.

So sehr die Krise die Probleme im sozialen Bereich verschärft hat, so sehr zeigt sie auch, wie wichtig und unersetzbar die Arbeit dieser Menschen ist. Gerade hier ist es wichtig herauszuheben, dass es dafür durchaus Anerkennung gibt, welche sich in Form von Geldspenden und politischer Unterstützung zeigt und weit über eine symbolische Wirkung hinausgeht. Zudem gewinnen wir gesamtgesellschaftlich relevante Erfahrungen für die Zukunft, insbesondere was den digitalen Bereich angeht: Zwar ist technisch heutzutage viel möglich, das Digitale kann aber nicht die Lösung aller Probleme sein – vor allem nicht dort, wo die technischen Voraussetzungen und/oder Qualifikationen nicht gegeben sind. Und auch bei interneterfahrenen und -affinen Menschen, etwa der heutigen Jugend, zeigt sich, dass das analoge Leben seine Reize hat und dass menschlicher Kontakt

von Angesicht zu Angesicht auch in Zukunft eine wichtige Ressource für unser Wohlbefinden sein wird.

Insgesamt ergibt sich somit ein ambivalentes Bild, das vor allem durch die Verschärfung der Situation der Schwächsten in unserer Gesellschaft geprägt ist. Hier beweisen sich Angebote der sozialen Arbeit, der Quartiersarbeit und der Kinder- und Jugendhilfe noch einmal als wichtiger denn je, denn neben der finanziellen ist auch die gesundheitliche Zukunft vieler Menschen in prekären Stadtteilen ungewiss. Angesichts dieser Herausforderungen wird deutlich, wie wichtig die Arbeit vor Ort ist. Doch auch unter widrigsten Bedingungen erweist sich die Projektlandschaft im Ruhrgebiet als innovativ, anpassungsfähig und insgesamt überdurchschnittlich aktiv, um die gesamtgesellschaftliche Bewältigung dieser Problematiken voranzutreiben. Und so lässt sich abschließend festhalten: Es bleibt Bewegung im Ruhrgebiet. ■



LITERATURVERZEICHNIS

Brand, Thorsten/Follmer, Robert/Unzicker, Kai (2020): Gesellschaftlicher Zusammenhalt in Deutschland 2020. Eine Herausforderung für uns alle. Ergebnisse einer repräsentativen Studie. Gütersloh: Bertelsmann Stiftung.

Butter, Michael (2020): Verschwörungstheorien: Zehn Erkenntnisse der Pandemie, in: Kortmann, Bernd/Schulze, Günther (Hrsg.): Jenseits von Corona: Unsere Welt nach der Pandemie – Perspektiven aus der Wissenschaft. Bielefeld: transcript (X-Texte zur Kultur und Wissenschaft), S. 225-232.

Heidarinejad, Azin (2020): Trotz Corona ist Kuscheln gesund: Ich werde umarmt, also bin ich, in: Deutsche Welle Online, 06.12.2020, abrufbar unter: <https://www.dw.com/de/trotz-corona-ist-kuscheln-gesund-ich-werde-umarmt-also-bin-ich/a-55811803>.

Heine, Hannes/Kiesel, Robert (2021): Warum Corona Menschen mit Migrationshintergrund häufiger trifft, in: Der Tagesspiegel Online, 04.03.2021, abrufbar unter: <https://www.tagesspiegel.de/berlin/mehr-infektionen-in-einwanderer-verteln-warum-corona-menschen-mit-migrationshintergrund-haeufiger-trifft/26971770.html>.

ANMERKUNGEN

- ¹ Vgl. Brand, Thorsten/Follmer, Robert/Unzicker, Kai (2020): Gesellschaftlicher Zusammenhalt in Deutschland 2020. Eine Herausforderung für uns alle. Ergebnisse einer repräsentativen Studie. Gütersloh: Bertelsmann Stiftung, S. 72.
- ² Im Jahr 2019 nutzten etwa 42% der Über-60-Jährigen überhaupt kein Internet. Vgl. Weidenbach, Bernhard (2020): Umfrage zur Nutzung des Internets bei Personen ab 60 Jahren in Deutschland im Jahr 2019, in: Statista.
- ³ Seit die Bild-Zeitung darüber berichtete, dass Menschen mit Zuwanderungsgeschichte häufiger an Corona erkranken als Menschen ohne Migrationshintergrund, wird intensiv über diese Thematik diskutiert. Zwar bekräftigten OECD-Studien diese Tatsache, allerdings sind viele Wissenschaftler und Migrationsverbände überzeugt, dass nicht die Herkunft, sondern der soziale Status für das Infektionsrisiko entscheidend ist. Vgl. Heine, Hannes/Kiesel, Robert (2021): Warum Corona Menschen mit Migrationshintergrund häufiger trifft, in: Der Tagesspiegel Online, 04.03.2021.
- ⁴ „Die Corona-Pandemie war nicht abzusehen. Die ‚Infodemie‘, wie die Weltgesundheitsorganisation die Welle von Verschwörungstheorien und Fake News zum Thema nennt, war dagegen zu erwarten.“ Butter, Michael (2020): Verschwörungstheorien: Zehn Erkenntnisse der Pandemie, in: Kortmann, Bernd/Schulze, Günther (Hrsg.): Jenseits von Corona: Unsere Welt nach der Pandemie – Perspektiven aus der Wissenschaft. Bielefeld, S. 225.
- ⁵ Vgl. Heidarinejad, Azin (2020): Trotz Corona ist Kuscheln gesund: Ich werde umarmt, also bin ich, in: Deutsche Welle Online, 06.12.2020.

Heisig, Jan Paul (2020): Corona-Krise: Was sind die sozialen Folgen der Pandemie?, in: Bundeszentrale für Politische Bildung online, 09.04.2020, abrufbar unter: <https://www.bpb.de/politik/innenpolitik/coronavirus/307702/soziale-folgen>.

Kortmann, Bernd/Schulze, Günther (Hrsg.) (2020): Jenseits von Corona: Unsere Welt nach der Pandemie – Perspektiven aus der Wissenschaft. Bielefeld: transcript (X-Texte zur Kultur und Wissenschaft).

Weidenbach, Bernhard (2020): Umfrage zur Nutzung des Internets bei Personen ab 60 Jahren in Deutschland im Jahr 2019, in: Statista, abrufbar unter: <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/1100772/umfrage/internet-nutzung-von-senioren/>.



I. POLITISCHE PERSPEKTIVE



INTERVIEW

DIE BEDEUTUNG DER POLITISCHEN BILDUNG IM KINDER- UND JUGENDBEREICH

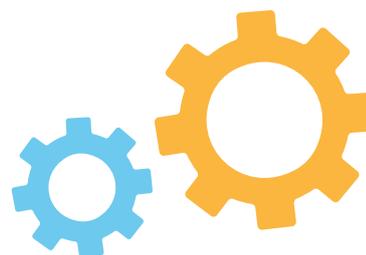
mit Yvonne Gebauer, Ministerin für Schule und Bildung des Landes Nordrhein-Westfalen



„DEMOKRATIE UND KULTUR SIND FÜR DIE ZUKUNFT UNSERER GESELLSCHAFT GENAUSO WICHTIG WIE DIE GRUNDLEGENDEN KOMPETENZEN IN DEUTSCH, MATHEMATIK UND FREMDSPRACHEN.“

Die Schule ist der Ort, an dem die junge Generation nicht nur Mathematik, Englisch oder Biologie lernt, sondern auch zu mündigen Bürgerinnen und Bürgern erzogen wird. Dementsprechend gehört die politische Bildung an unseren Schulen zu den Grundpfeilern der Demokratie und nimmt eine besondere Stellung ein: Als Pflichtprogramm erreicht sie jährlich mehr junge Menschen als irgendein anderes Angebot. Von den zuständigen Lehrerinnen und Lehrern wird dabei viel abverlangt, so müssen sie das politische System nicht nur erklären, sondern auch mit Leben füllen, um somit die jungen Erwachsenen zur demokratischen Teilhabe zu bewegen. Gerade in Nordrhein-Westfalen als einwohnerstärkstes Bundesland lohnt sich daher eine genauere Betrachtung der schulischen und außerschulischen politischen Bildungsangebote.

Diesem Themenkomplex stellt sich die nordrheinwestfälische Bildungsministerin, Yvonne Gebauer, im schriftlichen Interview. Dabei geht sie u. a. auf die allgemeine Rolle von Schulen für die politische Bildung, die Möglichkeiten und Grenzen für Lehrerinnen und Lehrer, durch den Politikunterricht Extremismus und Populismus vorzubeugen, sowie auf Formate, die junge Menschen zur Teilhabe bewegen können, ein.



„SCHÜLERINNEN UND SCHÜLER BRAUCHEN EINE GUTE BASIS, UM SELBST EINE EIGENE MEINUNG FINDEN ZU KÖNNEN.“

Sehr geehrte Frau Ministerin, wie würden Sie politische Bildung definieren? Was muss sie leisten, wer sind die wichtigsten Akteure?

Politische Bildung ist gerade in der heutigen Zeit unabdingbar, denn dadurch steigern wir politisches Verständnis. Ziel ist es dabei, Teilhabe und Mitgestaltung in unserer freiheitlich-demokratischen Gesellschaft und gleichzeitig die Auseinandersetzung mit gesellschaftlichen Grundfragen und Kontroversen zu ermöglichen.

Schule ist dabei ein wichtiger Akteur. Sie vermittelt Kindern und Jugendlichen demokratische Werte und Normen, macht demokratische Prozesse erfahrbar und ermutigt zur gesellschaftlichen und politischen Partizipation. Schulen sind Orte, an denen Demokratie erlernt und gelebt werden kann.

Welche Aufgaben hat die politische Bildung in der heutigen Zeit in einer Demokratie? Welchen gesellschaftlichen Stellenwert besitzt politische Bildung?

Die historisch-politische Bildung, wie sie in Nordrhein-Westfalen an Schulen umgesetzt wird, befähigt Kinder und Jugendliche unter anderem durch den Aufbau von Erinnerungskultur, unsere Welt besser zu begreifen – gerade wenn sich eine komplexe Umwelt mit ihren zahlreichen Problemen und vielfältigen Sichtweisen immer wieder verändert. Schülerinnen und Schüler brauchen eine gute Basis, um selbst eine eigene Meinung finden zu können. Dabei lernen sie, Verantwortung für sich und andere zu übernehmen, die eigene Meinung zu vertreten, aber auch die Meinung anderer zu respektieren. Demokratische Gestaltungs-, Diskussions- und Streitkulturen sind ein fester Bestandteil des Schullebens. Außerdem schafft Schule Gelegenheiten zur Verantwortungsübernahme, zum Beispiel in schulischen Mitwirkungsorganen.

Gleichzeitig sind Schulen aber auch mit außerschulischen Partnern in lokalen Netzwerken eingebunden. So fördert Nordrhein-Westfalen bereits seit vielen Jahren „Bildungspartner NRW“. Die Möglichkeiten zum Anfassen, Gestalten,

Forschen und Recherchieren, die beispielsweise Archive, Museen oder Gedenkstätten bieten, bereichern den Fachunterricht. Staatliche und zivilgesellschaftliche Angebote – häufig auch in Kooperation – sind für die politische Bildung von zentraler Bedeutung.

Deshalb ermutigt das Ministerium für Schule und Bildung alle Schulen in Nordrhein-Westfalen, alle Lehr- und Fachkräfte sowie außerschulische Kooperationspartner, gemeinsam an einer umfassenden historisch-politischen Bildung aller Schülerinnen und Schüler mitzuwirken.

Welchen besonderen Stellenwert nimmt die Schule als politischer Bildungsträger in Deutschland ein und was muss sie dabei leisten? Wo liegen Schwierigkeiten, aber auch Chancen?

Schule erreicht alle Kinder und Jugendliche – aus diesem Grund kommt ihr eine herausragende Rolle zu. Demokratie und Kultur sind für die Zukunft unserer Gesellschaft genauso wichtig wie die grundlegenden Kompetenzen in Deutsch, Mathematik und Fremdsprachen. Schule vermittelt daher nicht nur Wissen, sondern fördert die Fähigkeiten der Schülerinnen und Schüler, selbst kritisch zu urteilen und dabei andere Meinungen und Standpunkte einzubeziehen.

Schule gestaltet Bildungsprozesse unter Berücksichtigung der spezifischen Voraussetzungen von Kindern und Jugendlichen. Lehrkräfte berücksichtigen diese Lernvoraussetzungen in ihrer Unterrichtsplanung sehr genau und binden Möglichkeiten zur individuellen Förderung in ihren Unterricht ein.

Dabei ist auch die Vielschichtigkeit der Perspektiven in einer Einwanderungsgesellschaft im Unterricht und in der politischen Bildung abzubilden. Dies erfordert unter anderem die Berücksichtigung der durch eine internationale Zuwanderungsgeschichte gekennzeichneten Schülerinnen- und Schüler-Biographien und Sozialisierungen in der Unterrichtskonzeption, zum Beispiel im Geschichtsunterricht.

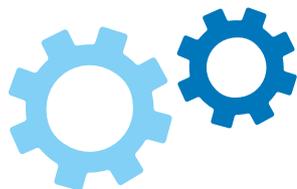


Bildung ist in Deutschland Ländersache. Wie politische Bildung in den Schulen umgesetzt wird, ob als eigenständiges Unterrichtsfach und/oder in Kombination mit anderen Fächern, ist je nach Bundesland und Schulform unterschiedlich. Wie ist die Situation in Nordrhein-Westfalen und welche Vorteile aber auch mögliche Nachteile entstehen daraus?

In Nordrhein-Westfalen ist die politische Bildung je nach Schulform zwar etwas unterschiedlich organisiert, aber dennoch ein reguläres Unterrichtsfach und hat schon allein deshalb einen hohen Stellenwert. Vielfach wird Politik an den weiterführenden Schulen zusammen mit dem Bereich Wirtschaft unterrichtet. Das halte ich auch für den richtigen Weg, um sich sowohl politisch, aber auch ökonomisch in unserer heutigen Gesellschaft zurecht zu finden.

Aber neben dem klassischen Fach haben wir der politischen Bildung durch eine weitere Maßnahme einen besonderen Stellenwert gegeben: Mit Beginn der Einführung der neuen Kernlehrpläne für die Sekundarstufe I des Gymnasiums im Schuljahr 2019/2020 wurden „politische Bildung und Demokratieerziehung“ sowie die „Menschenrechtsbildung“ explizit als verbindlich zu erfüllende Querschnittsaufgaben der Fächer ausgewiesen.

Somit findet eine umfangreiche politische Bildung übergreifend über alle Fächer hinweg statt. Gleichzeitig gibt es aber auch eine fachspezifische Möglichkeit zur Konzentration und Vertiefung politischer Inhalte und Kompetenzen.



„SCHÜLERINNEN UND SCHÜLER SOLLEN BEI DER GEWINNUNG EINES SELBSTÄNDIGEN URTEILS UNTERSTÜTZT WERDEN UND DÜRFEN DEMENTSPRECHEND KEINE VORGEFERTIGTEN MEINUNGEN AUFGEDRÄNGT BEKOMMEN.“

„UNSER ZIEL IST ES, ALLEN KINDERN UND JUGENDLICHEN BESTE BILDUNG ZU ERMÖGLICHEN, UNABHÄNGIG VON IHRER SOZIALEN HERKUNFT.“

Wie sehen (außerschulische) Konzepte aus, die Kinder und Jugendliche für Politik und Demokratie begeistern können? Studien zeigen, dass Jugendliche aus bildungsfernen Haushalten sich privat kaum für Politik interessieren bzw. sich damit beschäftigen. Wie kann man auch diese Gruppe besser erreichen?

Schule ist ein Ort, an dem jede Schülerin und jeder Schüler demokratische Prozesse in der Praxis erlebt und mitgestaltet. Die Schüler können sich aktiv in die Gestaltung des Miteinanders der Schulgemeinschaft einbringen und ihre Interessen und ihre Meinung vertreten: Als Klassen-, Jahrgangs- oder Schulsprecherinnen und -sprecher, als Mitglieder der Schulkonferenz sowie in Schülervertretungen und in Mitbestimmungsgremien.

Über diese im Schulalltag gelebten demokratischen Prozesse hinaus unterstützt das Ministerium für Schule und Bildung verschiedene Projekte der historisch-politischen Bildung, die das Engagement junger Menschen fördern und Wissen und Handeln in einer realitätsnahen politischen Bildung vermitteln. Nehmen wir zum Beispiel das Programm „Kinderrechtsschulen“: Ziel des Programms ist es, die Grundrechte von Kindern und Jugendlichen in der Schule erlebbar zu machen.

Auch die Möglichkeit von Schulen, Bildungspartnerschaften mit Archiven, Museen und Gedenkstätten einzugehen, eröffnet Schülerinnen und Schülern neue Lernerfahrungen. Außerschulische Lernorte sind attraktive Partner von Schulen – dies spiegelt sich auch in der steigenden Zahl der Bildungspartnerschaften wider.

Das Land fördert seit dem Schuljahr 2018/19 Fahrten zu Gedenk- und Erinnerungsstätten finanziell. Da dieses Programm von den Schulen hervorragend angenommen wird, wurden die Fördermittel seitdem in mehreren Schritten auf eine Million Euro im Jahr 2020 erhöht.

Unser Ziel ist es, allen Kindern und Jugendlichen beste Bildung zu ermöglichen, unabhängig von ihrer sozialen Herkunft.

Inwieweit kann politische Bildung Ihrer Einschätzung nach antidemokratischen und/oder populistischen Tendenzen entgegenwirken? Ist die Schule der richtige Ort dafür oder sehen Sie die Möglichkeiten hier begrenzt?

Politische Bildung vermittelt Schülerinnen und Schülern zentrale Kompetenzen, um antidemokratische, populistische oder extremistische Tendenzen als solche zu erkennen und zu bewerten.

Die unterrichtliche Auseinandersetzung mit diesen Themen ist daher in den Kernlehrplänen aller allgemeinbildenden Schulformen vorgesehen. So ist beispielsweise im Kernlehrplan Wirtschaft-Politik für die Sekundarstufe I des Gymnasiums im Inhaltsfeld „Sicherung und Weiterentwicklung der Demokratie“ als inhaltlicher Schwerpunkt unter anderem „Gefährdungen der Demokratie“ sowie die Sachkompetenz „Die Schülerinnen und Schüler erläutern Ursachen, Merkmale und Erscheinungsformen von Extremismus, Antisemitismus und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit“ genannt.

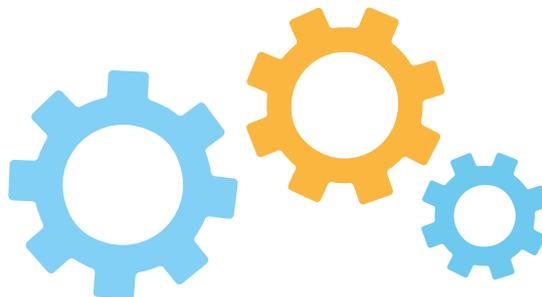
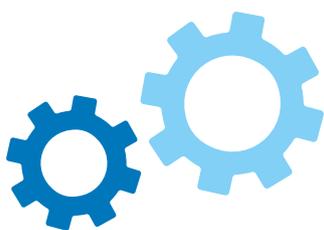
Hier liegt auch eine der großen Chancen der politischen Bildung in der Schule: Als Lehrkraft greift man im Unterricht tagesaktuelle Themen auf, wie beispielsweise antidemokratische Entwicklungen im Schatten der Corona-Pandemie. Auch Schülerinnen und Schüler sind in ihrer Lebenswelt mit „Corona-Protesten“ und Verschwörungserzählungen konfrontiert. Im Unterricht kann die Lehrkraft das Thema aufgreifen und den immanenten antisemitischen Charakter der Verschwörungserzählungen mit den Schülerinnen und Schülern erarbeiten. Solche Inhalte fördern nicht nur die fachbezogene Reflexionskompetenz, sondern tragen auch zu einer inhaltskritischen Mediennutzung bei.

Politische Bildung vermittelt die Basis für die Teilhabe an unserer freiheitlich-demokratischen Gesellschaft, fördert maßgeblich die Verantwortungsübernahme und mündige Teilhabe der jungen Generation – und hat in diesem Sinne auch einen präventiven Charakter. Oft kann man Kinder und Jugendliche so erreichen, bevor sich menschenfeindliche Haltungen oder geschlossene Weltbilder entwickeln.

Gesellschaftlich wird kontrovers debattiert, ob auch vermeintlich populistische oder extreme Positionen gleichberechtigt neben anderen stehen und diskutiert werden sollten, solange sie nicht dem Grundgesetz widersprechen. Wie sollten politische Bildner (u. a. Lehrerinnen und Lehrer) damit umgehen? Kann politische Bildung wirklich neutral sein?

Im Sinne des Beutelsbacher Konsens sind Lehrkräfte dazu verpflichtet, kontroverse Themen in ihrer Kontroversität abzubilden. Schülerinnen und Schüler sollen bei der Gewinnung eines selbständigen Urteils unterstützt werden und dürfen dementsprechend keine vorgefertigten Meinungen aufgedrängt bekommen. Doch auch die Verpflichtung zur Neutralität darf nicht als Gleichgültigkeit im Unterricht missverstanden werden: antidemokratische, rassistische oder antisemitische Haltungen sind auch als solche zu benennen. Folgen aus extremen Positionen in der Konsequenz menschenfeindliche Haltungen, sollte dies selbstverständlich im Unterricht herausgearbeitet werden. Werden etwa faschistische oder antisemitische Narrative verwendet, ist auch dies klar herauszustellen. Unser Ziel in der politischen Bildung ist es, junge Menschen zu befähigen, als streitbare Demokratinnen und Demokraten für unsere Grundwerte einzutreten.

Vielen Dank!



INTERVIEW

DIE BEDEUTUNG DER VOLKSHOCHSCHULEN FÜR POLITISCHE ERWACHSENENBILDUNG

mit Annegret Kramp-Karrenbauer, Bundesministerin der Verteidigung und Präsidentin des Deutschen Volkshochschul-Verbandes (DVV)



Im Laufe der vergangenen Jahre, u. a. im Zuge der Ereignisse in Chemnitz im Spätsommer 2018, wurden medial Forderungen laut, die politische Bildung auszubauen, um antidemokratischen Tendenzen entgegenzuwirken und die Menschen wieder in das politische System zu reintegrieren.

Dabei wurde immer wieder die Rolle der Volkshochschulen betont: An den etwa 900 Volkshochschulen in Deutschland werden aktuelle Themen behandelt und diskutiert, wodurch diese einen wertvollen Beitrag zur politischen Erwachsenenbildung leisten. Trotzdem haben die Volkshochschulen mit Problemen zu kämpfen; so machen auch die ökonomischen Zwänge vor diesen nicht halt. Außerdem wird aufgrund der Freiwilligkeit der Angebote immer wieder die Frage nach der tatsächlichen Zielgruppenerreichung gestellt – immerhin haben die Volkshochschulen den ambitionierten Anspruch, die gesamte Bevölkerung – das Volk, wie der Name bereits andeutet – zu erreichen.

Ob die Volkshochschulen diesen Ansprüchen gerecht werden können, welchen Herausforderungen sie sich in der Zukunft stellen müssen und welche Stellung sie im Mosaik der politischen Bildung einnehmen, möchten wir von Ministerin Annegret Kramp-Karrenbauer in ihrer Funktion als Vorsitzende des Deutschen Volkshochschul-Verbands wissen.

„ES IST EINE BESONDERE STÄRKE DER VOLKSHOCHSCHULEN, ÜBER DIE POLITISCHE BILDUNGSARBEIT HINAUS DIALOG- UND BETEILIGUNGSPROZESSE ZU MODERIEREN UND DEN AUSTAUSCH KONSTRUKTIV UND RESPEKTVOLL ZU GESTALTEN.“

Wie würden Sie politische Bildung definieren? Was muss sie leisten, wo findet sie statt, wer sind die wichtigsten Akteure?

Was Volkshochschulen unter politischer Bildung verstehen, ist nicht beliebig. Politische Bildung erfüllt eine öffentliche Aufgabe, die für die Akzeptanz, Stabilität und Zukunft des politisch-gesellschaftlichen Systems von grundlegender Bedeutung ist. Sie trägt dazu bei, dass die Verfassung sowie die demokratischen und rechtsstaatlichen Strukturen der Bundesrepublik mit Leben gefüllt werden.

Unsere Demokratie lebt von der Bereitschaft der Menschen, Verantwortung zu übernehmen und unser Land mitzugestalten. Demokratie braucht deshalb informierte, engagierte, urteilsfähige, politisch gebildete, kurzum mündige Bürgerinnen und Bürger – dies muss erlernt und immer wieder neu ausgehandelt und gefestigt werden.

Volkshochschulen kooperieren dabei mit unterschiedlichen Akteuren: mit der Bundeszentrale und den Landeszentralen für politische Bildung, mit Stiftungen, Verbänden, Parteien oder mit Initiativen vor Ort. Es ist eine besondere Stärke der Volkshochschulen, über die politische Bildungsarbeit hinaus Dialog- und Beteiligungsprozesse zu moderieren und den Austausch konstruktiv und respektvoll zu gestalten. Deshalb sind Volkshochschulen beispielsweise geschätzte Partner der Bundesregierung bei der Ausrichtung von Bürgerdialogen, wie zuletzt im Jahr 2018 zur Zukunft Europas.

Was zeichnet „gute“ politische Bildungsarbeit aus?

Politische und gesellschaftliche Bildung an den Volkshochschulen zielt darauf ab, Menschen in ihrer Urteilskompetenz zu stärken und sie gleichzeitig zu politischem und bürgerschaftlichem Engagement zu ermutigen. Volkshochschulen wollen mit ihren Angeboten dazu beitragen, politische und gesellschaftliche Prozesse besser zu verstehen. Gleichzeitig möchten sie zur Reflexion, zur demokratischen Meinungsbildung und zur aktiven demokratischen Partizipation in Politik und Gesellschaft anregen.

Volkshochschulen spiegeln immer auch gesellschaftliche Entwicklungen wider. Sie gehen auf aktuelle politische und gesellschaftliche Prozesse ein und behandeln Fragestellungen, die sich daraus ergeben. Politische Bildung verdeutlicht und erklärt uns Strukturen und Hintergründe, die unser Leben prägen. Was uns zunächst komplex er-

„POLITISCHE BILDUNG
VERDEUTLICHT UND ERKLÄRT
UNS STRUKTUREN UND
HINTERGRÜNDE, DIE UNSER
LEBEN PRÄGEN.“



scheint, wird transparenter und nachvollziehbarer. Ein besseres Verständnis für politische und gesellschaftliche Zusammenhänge macht die Menschen und Gesellschaft widerstandsfähiger gegen vereinfachte, populistische Erklärungsmuster, Verschwörungsmymen und Desinformationskampagnen – auch aus dem Ausland.

Politische Bildungsarbeit findet u. a. an den Volkshochschulen statt. Welchen Stellenwert für demokratische Teilhabe hat politische Bildung für Erwachsene an Volkshochschulen in Deutschland?

Politische Bildung ist ein Kernkompetenzfeld von Volkshochschulen. Historisch gab es zwei große Gründungswellen: nach dem Ersten Weltkrieg (1919) und nach dem Zweiten Weltkrieg (1946). In beiden historischen Phasen ging es darum, die Bevölkerung nach der Erfahrung von Krieg, staatlichem Terror und dem Zivilisationsbruch der Shoah für einen demokratischen Aufbruch zu gewinnen und zu qualifizieren. Demokratie braucht Demokratinnen und Demokraten. Politische Bildung mit dem Ziel einer Befähigung zur demokratischen Partizipation ist deshalb ein beständiger zentraler Bildungsauftrag von Volkshochschulen. Es geht darum, Menschen in ihrer politischen Urteilsfähigkeit zu stärken, ihnen gesellschaftliche Veränderungsprozesse begreifbar zu machen und politische Handlungsoptionen aufzuzeigen. Demokratische Meinungsbildungsprozesse leben von der breiten Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger. Diese müssen in der Lage sein, Medien aufgeklärt zu nutzen und seriöse Nachrichten von Fake News zu unterscheiden. Politische Bildung braucht den Dialog, denn ein demokratischer Interessenausgleich kann nur funktionieren, wenn wir verschiedene Interessen und Perspektiven kennen und respektieren. Die Volkshochschulen betrachten politische Bildung als einen unverzichtbaren Beitrag zum gesellschaftlichen Zusammenhalt. Selbstverständlich behandelt die politische Bildung kommunale, regionale, nationale und internationale Aspekte. Häufig bieten Volkshochschulen ein Forum

zur Diskussion kommunalpolitisch relevanter Themen, die ganz unmittelbar die Lebenswirklichkeit der Menschen betreffen. Das können Leitlinien der Stadtentwicklung sein, das kommunale Mobilitätskonzept oder die kommunale Haushaltsplanung. Bei vielen Menschen weckt die unmittelbare Auswirkung der Kommunalpolitik auf ihr Leben großes Interesse an einer bürgerschaftlichen Beteiligung. Volkshochschulen informieren über Hintergründe, rechtliche Rahmenbedingungen und moderieren Diskussions- und Entscheidungsprozesse. So wird die Kommune zum Lernort, an dem demokratische Teilhabe ermöglicht wird und Selbstwirksamkeit direkt erfahren werden kann.

2018 umfasste der Programmbereich Politik – Gesellschaft – Umwelt bundesweit rund 12 Prozent aller vhs-Veranstaltungen und knapp 20 Prozent der Teilnahmen.

Erreichen die Volkshochschulen die breite Masse der Bürgerinnen und Bürger?

Der Anspruch der Volkshochschulen lautet „Bildung für alle“. Das bedeutet, dass sich das Kursangebot bedingungslos an alle richtet. Jede und Jeder ist willkommen – unabhängig von Herkunft, Nationalität, Bildungsstand, politischer Haltung, Geschlecht, sexueller Orientierung, Religion oder Alter. Uns ist jedoch bewusst, dass wir nicht alle Bevölkerungsgruppen mit unserem offenen Kursangebot in einem repräsentativen Umfang erreichen. So ist beispielsweise die jüngere Zielgruppe in einigen Programmbereichen unterrepräsentiert. Und auch wenn wir es statistisch nicht erfassen, wissen wir, dass jenseits der Deutsch- und Sprachkurse der Anteil der Menschen mit Migrationshintergrund in den Kursen geringer ist als in der Gesamtbevölkerung. Dass Volkshochschulen eben nicht alle Bevölkerungsgruppen gleichermaßen erreichen, hat viele unterschiedliche Gründe. Da spiegeln sich vielfältige Hindernisse einer breiteren Weiterbildungsbeteiligung wider: Menschen mit niedrigem Bildungsabschluss fühlen sich beispielsweise oft unsicher und meiden daher den Besuch einer für sie fremden Bildungseinrichtung. Menschen mit Migrationshintergrund fürchten Sprachbarrieren im offenen Kursangebot. Aufsuchende Bildungsarbeit kann Schwellenängste abbauen, indem Kurse verstärkt im unmittelbaren Lebensumfeld angeboten werden, beispielsweise in Stadtteilzentren. Vor allem im Bereich der Grundbildung und Alphabetisierung werden solche Ansätze erfolgreich erprobt. Aber für eine stärker aufsuchende Arbeit fehlen Volkshochschulen vielfach die nötigen Ressourcen. Diversität ist allerdings zunehmend ein zentrales Thema der Organisationsentwicklung an Volkshochschulen. Die gesellschaftliche Vielfalt bildet sich vermehrt in

den vhs-Teams ab, unterschiedliche Perspektiven und Bildungsbedarfe finden so Eingang ins Programmangebot. Immer mehr Volkshochschulen können Geschichten von Zugewanderten erzählen, die über den Integrationskurs Zugang zur Volkshochschule fanden und heute selbst als Lehrkräfte oder Programmplanende tätig sind.

Gleichzeitig haben wir, auch getrieben durch die Corona-Pandemie, unsere Online-Kurs-Angebote stark ausgedehnt. Wo möglich, haben wir Kursangebote in das Internet verlegt und dafür unser virtuelles vhs-Lernportal sowie die vhs.cloud ausgebaut. Besonders stolz sind wir auf die kürzlich veröffentlichte kostenfreie vhs-App Stadt | Land | DatenFluss. Sie ist Teil der „Initiative Digitale Bildung“ von Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel und bietet einen spielerischen Einstieg in die digitale Datenwelt und Souveränität. Mit diesen digitalen Angeboten richten wir uns nicht nur, aber insbesondere auch an die jüngere Zielgruppe.

Was sind Vor- und Nachteile freiwilliger Erwachsenenbildung im Vergleich zur politischen Bildung als Pflicht (etwa in Schulen oder als Teil einer Ausbildung)?

Der Vorteil liegt darin, dass Menschen auf freiwilliger Basis mit einem eigenen Erkenntnisinteresse und hoher Eigenmotivation in die Kurse oder zu Vorträgen der politischen Bildung kommen. Der Nachteil ist: Politische Bildung erreicht tendenziell eher die Menschen, die bereits politisch interessiert sind. Dabei ist der Bedarf an politischer Grundbildung deutlich größer. Am deutlichsten sehen wir dies bei Menschen mit geringer Literalität. Wissenschaftliche Untersuchungen haben gezeigt, dass Menschen mit unzureichenden Kenntnissen der Schriftsprache seltener zur Wahl gehen, sich weniger an politischen Debatten beteiligen und auch seltener ehrenamtlich engagieren.



„UNS IST JEDOCH BEWUSST, DASS WIR NICHT ALLE BEVÖLKERUNGSGRUPPEN MIT UNSEREM OFFENEN KURSANGEBOT IN EINEM REPRÄSENTATIVEN UMFANG ERREICHEN“

„IN GESELLSCHAFTLICHEN KRISENZEITEN WERDEN GESELLSCHAFTLICHE BILDUNGSBEDARFE BESONDERS DEUTLICH SICHTBAR.“



Politische Bildung auf freiwilliger Basis ist umso erfolgreicher, je mehr die Menschen auf diesem Wege ihre gesellschaftlichen und politischen Handlungsmöglichkeiten erkennen können und erfahren, dass ihre Stimme Gehör findet und sie mit ihrem Handeln etwas in ihrem Sinne bewegen. Auch die Möglichkeit mit politischen Kandidat*innen und Entscheider*innen ins Gespräch zu kommen, ist für viele Menschen interessant. Das macht Politik begreifbarer und Entscheidungsprozesse nachvollziehbarer.

Wo liegen die Potentiale der politischen Bildung an den Volkshochschulen, (rechts-)populistischen Tendenzen oder Verschwörungsmithen entgegenzutreten?

Sowohl Populismus als auch Verschwörungsmithen haben ja immer etwas mit Vereinfachung zu tun: Einfache Botschaften, einseitige Betrachtungen, schlichtes Schwarz-Weiß-Denken. Die Volkshochschulen, die ihren Ursprung in einer aufklärerischen, humanistischen Tradition haben, setzen da ganz grundsätzlich Gegenimpulse, indem sie gesichertes Wissen vermitteln und die persönliche Urteilsfähigkeit schärfen.

In der heutigen Zeit kommt dabei besonders der Medienkompetenz eine wachsende Rolle zu – insbesondere im Internet. Um Fake News und Verschwörungsmithen zu erkennen und sie von seriösen Informationen unterscheiden zu können, müssen wir lernen, Meldungen kritisch zu hinterfragen. Hierfür hat etwa die Zentralstelle für politische Jugendbildung im Deutschen Volkshochschul-Verband gemeinsam mit dem Grimme-Institut eine Online-Modulbox mit Materialien und Kurskonzepten entwickelt, die Volkshochschulen in der Bildungsarbeit mit Jugendlichen aber auch mit Erwachsenen einsetzen.

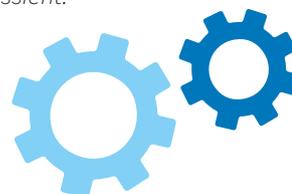
Wie sollten politische Bildner in den Volkshochschulen mit dem Thema Populismus umgehen? Gesellschaftlich wird schließlich kontrovers diskutiert, ob auch vermeintlich populistische Positionen gleichberechtigt zu anderen stehen sollten, solange sie nicht dem Grundgesetz widersprechen. Wie stehen Sie dazu?

Populismus zeichnet sich dadurch aus, dass er Zusammenhänge ausblendet, Sachverhalte unzulässig vereinfacht und diffuse Ängste und Gefühlslagen bedient. Dem begegnen Volkshochschulen mit Aufklärung auf der Basis zeitgemäßer wissenschaftlicher Erkenntnisse. Die Meinungsfreiheit ist ein hohes demokratisches Gut und gilt selbstverständlich auch in jedem vhs-Kurs. Politische Bildung bedeutet nicht politische Meinungen vorzugeben. Vielmehr möchten die Volkshochschulen dazu ermutigen und befähigen, sich eine eigene Meinung auf der Basis von Fakten zu bilden. Im besten Falle verlieren populistische Erklärungsmuster so ihre trügerische Plausibilität.

Anders verhält es sich hingegen in der Auseinandersetzung mit rassistischen oder sexistischen, antidemokratischen oder gar gesetzeswidrigen Positionen. Derartige Äußerungen können im vhs-Kontext kontrovers diskutiert, aber sicherlich nicht widerspruchlos geduldet werden. Das kann in letzter Konsequenz dazu führen, dass unsere Einrichtungen von ihrem Hausrecht Gebrauch machen und Personen des Kurses verweisen oder Anzeige erstatten. Volkshochschulen fühlen sich unserer Demokratie und dem gesellschaftlichen Zusammenhalt verpflichtet. Diversität ist in unseren Einrichtungen gelebte Realität. Dazu gehört unbedingt, dass wir allen Menschen ein diskriminierungsfreies Lernen ermöglichen.

Haben Sie das Gefühl, dass sich die Themen, die die Menschen beschäftigen, in den letzten Jahren verändert haben?

Mit dem Wandel unserer Lebenswelt ändert sich natürlich auch, womit wir uns beschäftigen. Ganz konkret gibt es in den letzten Jahren zwei „Megathemen“, die in der öffentlichen Wahrnehmung massiv an Bedeutung gewonnen haben: Nachhaltigkeit und Digitalisierung. Beides sind in jeder Hinsicht gesellschaftliche Querschnittsthemen, die Auswirkungen auf all unsere Lebensbereiche haben. Sie entscheiden wie wir heute und in Zukunft leben und arbeiten, wie wir uns fortbewegen, wie die Zukunft unseres Zusammenlebens aussieht.

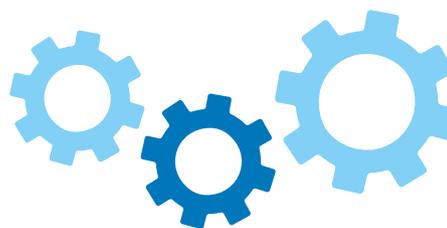


Dass diese Themen die Menschen bewegen, sehen wir natürlich auch in der Nachfrage nach vhs-Kursen. Besonders beliebt sind Angebote, die konkretes Handlungswissen für den Alltag vermitteln, wie PC- und Smartphone-Kurse oder auch das Thema „Upcycling“. Daneben sind „Digitalisierung“ und „Nachhaltigkeit“ aber auch Gegenstand politischer Bildungsarbeit an den Volkshochschulen, zum Beispiel im Rahmen der Medienkompetenzbildung oder in Angeboten des globalen Lernens.

Sehen Sie mögliche Rollenkonflikte bei Programmleitenden und Mitarbeitenden an Volkshochschulen, die einerseits ihre persönlichen Einstellungen nicht verleugnen, aber auch gleichzeitig die Auseinandersetzung mit anderen Meinungen fördern sollen?

Grundlage für die politische Bildung – und auch für Angebote anderer Programmbereiche – ist der sogenannte Beutelsbacher Konsens. Er geht auf eine Tagung der Baden-Württembergischen Landeszentrale für politische Bildung im Jahr 1976 in Beutelsbach zurück und hat drei Prämissen: Es gilt erstens das Überwältigungsverbot. Meinungen dürfen nicht aufgezwungen werden. Es gilt zweitens das Gebot der Kontroversität: Gesellschaftliche und politische Fragen werden kontrovers dargestellt und diskutiert, um freie Meinungsbildung zu gewährleisten. Und es gilt drittens die Teilnehmendenorientierung: Bildung an Volkshochschulen zielt darauf ab, die Menschen zur aktiven Teilhabe zu befähigen.

Diese pädagogischen Grundprinzipien umreißen das Neutralitätsgebot der Volkshochschulen und ihrer hauptamtlichen Programmplanenden und ihrer Lehrkräfte. Wer diesem Verständnis aus Überzeugung folgen kann, wird kaum in einen Rollenkonflikt geraten. Und tatsächlich erleben wir an Volkshochschulen einen starken demokratischen Wertekonsens verbunden mit einem hohen Maß an Dialogbereitschaft. Und wir erleben trotz aller sich verschärfenden Polarisierungstendenzen in der Gesellschaft kaum Fälle, in denen sich Volkshochschulen wegen unüberbrückbarer Differenzen in der Demokratieauffassung von Mitarbeitenden trennen müssen. Wir beobachten jedoch mit Sorge die Versuche extremer – insbesondere rechtsextremer – Kräfte in den kommunalen Aufsichtsgremien mancherorts, die politische Bildungsarbeit an Volkshochschulen zu diskreditieren und einzuschränken. Bisher erweist sich die Demokratie vor Ort als stark genug, solche Eingriffe abzuwehren. Damit sind wir wieder bei der Bedeutung der politischen Bildung zur Stärkung der Widerstandsfähigkeit unserer Demokratie.



Volkshochschulen unterliegen – wie die meisten politischen Bildungsangebote für Erwachsene – einem gestiegenen Ökonomisierungsdruck, der teilweise zu einem Subventionsabbau geführt hat. Kann die Volkshochschule trotz der daraus resultierenden nachfrageorientierten Angebotsentwicklung der Demokratieförderung in der Breite gerecht werden?

Der Auftrag zur Demokratiebildung ist tief im Selbstverständnis der Volkshochschulen verankert und wird deshalb vor Ort – auch entgegen ökonomischer Imperative – stets vorangetrieben. Angesichts wachsender gesellschaftlicher Spaltungs- und politischer Radikalisierungstendenzen dürfen wir uns auf diesem Status Quo aber nicht ausruhen. Wir müssen es schaffen mehr Bürgerinnen und Bürger in eine konstruktive Auseinandersetzung einzubinden und das Bewusstsein für politische Prozesse zu schärfen. Hierfür braucht es innovative Dialog- und Beteiligungsformate, die durch eine systematische Ergebnissicherung auch das Vertrauen in demokratische Prozesse stärken. Mit den Bürgerdialogen haben Volkshochschulen bereits gezeigt, dass sie die Konzeption, Koordination und Umsetzung solcher Formate übernehmen können. Um solche und weitere Formate zu verstetigen braucht es jedoch auch eine entsprechende finanzielle Förderung, beispielsweise durch ein Bundesprogramm zur Demokratiebildung, wie es die Volkshochschulen aktuell in ihren Wahlprüfsteinen zur Bundestagswahl 2021 fordern.

In gesellschaftlichen Krisenzeiten werden gesellschaftliche Bildungsbedarfe besonders deutlich sichtbar. Um in der gebotenen Flexibilität darauf reagieren zu können, braucht die Bildungsarbeit auch an Volkshochschulen eine mittelfristige Planungssicherheit, die allerdings immer weniger gegeben ist, weil der Anteil der öffentlichen Förderung in den vergangenen 30 Jahren durchschnittlich zurückgegangen ist. Gleichzeitig erleben wir, dass unsere heutige Demokratie und ihre Werte den Schutz durch mündige Bürgerinnen und Bürger stärker benötigen denn je.

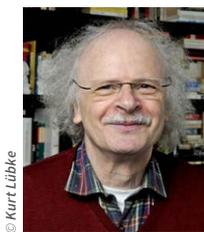
Vielen Dank!

II. WISSENSCHAFTLICHE PERSPEKTIVE



CORONA UND DIE POLITISCHE BILDUNG – DURCH DIE PANDEMIE GESCHWÄCHT, ABER ERST RECHT UNVERZICHTBAR

Prof. Dr. Klaus-Peter Hufer



© Kurt Lübke

Prof. Dr. Klaus-Peter Hufer
*Professor für Erwachsenenbildung
an der Fakultät für Bildungswissenschaften
der Universität Duisburg-Essen*

CORONA UND DIE POLITISCHE BILDUNG

Eine Bekannte erzählte mir, dass sie sich vor einiger Zeit eine Reportage im ZDF anschaute. Gezeigt wurde eine Demonstration gegen die Corona-Maßnahmen. Dabei erkannte sie ihren Bruder. Um wirklich sicher zu sein, schaute sie sich diese Sendung später mehrmals in der Mediathek an. Es war eindeutig ihr Bruder. Sie sagte: „Mein kluger, belesener Bruder läuft da mit, ich kann es nicht glauben.“ Als sie ihm ihre Irritation mitteilte, war seine Antwort: „Das verstehst Du nicht, du bist verblendet durch die staatlich kontrollierten Medien. Ich habe andere Informationen, die sogenannte Pandemie gibt es nicht. Da stecken ganz andere Interessen dahinter.“ Seitdem ist die Beziehung zwischen den beiden gestört. Sie wäre froh über Angebote, wie sie ihren Bruder überzeugen könnte.

POLITISCHE BILDUNG: AUFKLÄRUNG UND MÜNDIGKEIT

Solche Angebote zu offerieren, sollte eine Aufgabe politischer Bildung sein. Das Feld der außerschulischen politischen Jugendbildung und politischen Erwachsenen-

bildung ist gekennzeichnet durch eine große Vielzahl ihrer Träger, Einrichtungen, Institutionen und Organisationen¹. Entsprechend gibt es diverse Ansichten darüber, was politische Bildung bezwecken soll. Aber letztendlich geht es in ihr immer darum, Verständnis dafür zu wecken und zu festigen, dass es zu einer sozialen und pluralen Demokratie keine humane gesellschafts-politische Alternative gibt. Ein weiterer Auftrag ist, die demokratischen Regelungen und Entscheidungswege einsichtig zu machen, ein Engagement für die Einhaltung und Verteidigung der Menschenrechte zu bewirken und sich der Ablehnung von Extremismus, Totalitarismus und Diskriminierungen bewusst zu sein.²

Politische Bildung wurzelt in der Aufklärung und verteidigt deren Prinzipien. Kernsatz ist Immanuel Kants Definition aus dem Jahr 1784: „Aufklärung ist der Ausgang des Menschen aus seiner selbst verschuldeten Unmündigkeit. Unmündigkeit ist das Unvermögen, sich seines Verstandes ohne Leitung eines anderen zu bedienen. Sapere aude! Habe Mut, dich deines eigenen Verstandes zu bedienen! ist also der Wahlspruch der Aufklärung.“³

Diesem Optimus der Aufklärung folgend ist Bildung Befreiung. Doch befreien müssen sich die Menschen selbst, jede und jeder einzelne.

In einem engen Zusammenhang mit der Aufklärung, gar synonym mit ihr, steht Mündigkeit – eine zentrale Leit-idee für Bildung, ganz besonders für politische Bildung.

In der Mündigkeit des Subjekts erfüllt Bildung ihren Zweck.⁴ Eine wie auch immer geartete Bevormundung, Fremdbestimmung und Vorgabe von zu erreichenden Bildungs- oder Lernzielen widerspricht der Prämisse der Mündigkeit.

„ABER LETZTENDLICH GEHT ES IN [...] [DER POLITISCHEN BILDUNG] IMMER DARUM, VERSTÄNDNIS DAFÜR ZU WECKEN UND ZU FESTIGEN, DASS ES ZU EINER SOZIALEN UND PLURALEN DEMOKRATIE KEINE HUMANE GESELLSCHAFTSPOLITISCHE ALTERNATIVE GIBT.“

Mündigkeit ist aber auch zu einer beliebigen Floskel geworden – etwa in der Proklamation vom „mündigen Bürger“. Es ist so wie mit dem „Zauberlehrling“: Die Geister, die man rief, wird man nicht los. Denn auch diejenigen, die die Gefahr der Pandemie leugnen und sich weigern, die Schutzmaßnahmen anzuerkennen, berufen sich darauf, „freie und mündige Bürger“ zu sein. So ist es in allen Berichten über „Querdenker“-Demonstrationen zu hören und zu lesen. Doch sie dafür und für sich zu beanspruchen ist ein Missbrauch, denn Mündigkeit ist kein Egoismus, ganz im Gegenteil.

Daher soll definiert werden, was darunter verstanden wird. Theodor W. Adorno hat, auf Kants Aufklärungspostulat aufbauend⁵, Mündigkeit beschrieben als „Autonomie [...]“; die Kraft zur Selbstreflexion, zur Selbstbestimmung, zum Nicht-Mitmachen.⁶ Das geht für ihn nicht anders als durch Denken, und zwar durch unbeirrbares und insistentes Denken.⁷ Eine so verstandene Mündigkeit ist für ihn die Voraussetzung von Demokratie: „Man kann sich verwirklichte Demokratie nur als eine Gesellschaft von Mündigen vorstellen.“⁸ „Selbstbestimmung und Nicht-Mitmachen“ ist jedoch kein Freibrief, bei „Querdenker“-Demonstrationen gesellschaftlich notwendige Schutzmaßnahmen zu ignorieren. Es geht bei Mündigkeit um die Qualität von Demokratie. Zu ihr gehört unabdingbar, die Akzeptanz von legitim und legal getroffenen Maßnahmen, Gewaltfreiheit, der Respekt und die Toleranz gegenüber der Unversehrtheit und Integrität aller Bürger*innen. Maskenverweigerer*innen schüren Gefahr für ihr Leib und Leben und das der anderen, der Unbeteiligten, sie belasten das öffentliche Gesundheitssystem. Mündigkeit setzt also die Fähigkeit und Bereitschaft zu komplexen und vernetzten Gedankengängen voraus.

Entsprechend hat Oskar Negt, ebenfalls sich eng auf Kant beziehend⁹, die „Urteilkraft als ein wesentliches Vermittlungsorgan der Aufklärung und der Handlungsweise des mündigen, autonomen Menschen betrachtet“¹⁰. Es ist die „Kraft des überschreitenden Denkens“¹¹, das vom „Besonderen“ ausgeht, mit „der Blickrichtung auf [das] Allgemeine“¹². Das „oberste Lernziel“ ist „Zusammenhänge herstellen!“¹³. Oskar Negt fasst alles zusammen in einem vielzitierten Satz: „Der aufgeklärte Mensch ist der die [...] Zusammenhänge begreifende Mensch, und das ist die Grundlage seiner Mündigkeit.“¹⁴

Doch welches individuelle Denken kann die unkalkulierbare Gefahr der Pandemie ergründen? Wer ist in der Lage, die multiplen Erklärungen, Interpretationen, Prognosen, Hochrechnungen, Regelungen und Interessen, die immer wieder neu in Umlauf gebracht werden, zu sortieren, zu strukturieren und auf den eigentlichen Kern zu führen? Dazu bedarf es Foren, auf denen mündige, an Aufklärung interessierte Menschen sich begegnen, ihre Informationen, Meinungen und Lösungsvorschläge austauschen, um vom jeweils Besonderen zum von allen akzeptierten Allgemeinen zu kommen. Solche Foren sollte politische Bildung anbieten.

Der Pferdefuß bei einem solchen Arrangement besteht darin, dass nur diejenigen freiwillig kommen, die bereit sind, ihre Kenntnisse zu vertiefen und gegebenenfalls zu ändern und die Offenheit besitzen, andere Sichtweisen und Positionen kennenzulernen und anzuerkennen. Wer allerdings feste Vorurteile hat, wird diese pflegen, selektiv nach Bestätigungen Ausschau halten. So jemand begibt sich nicht in eine Situation hinein, in der das in Frage gestellt wird.

Schon der Aufklärer Immanuel Kant hat eine wesentliche Ursache dafür genannt, warum Vorurteile zustande kommen: „Da es eben sowohl ein dummes Vorurteil ist, von vielem, was mit einigem Schein der Wahrheit erzählt wird, ohne Grund nichts zu glauben, als von dem, was das gemeine Gerücht sagt, ohne Prüfung alles zu glauben.“¹⁵ Das Vorurteil braucht keinen Grund, keine Prüfung – das Gerücht, d. h. etwa die durch Massenmeinung in Umlauf gebrachte Ansicht, bestätigt und festigt es. Offensichtlich ist es schwierig, sich davon zu lösen – eine gegenteilige Aussage wird, auch wenn sie wahr ist, „ohne Grund“ ignoriert. Fakten kommen gegen Vorurteile nicht an, sie werden geleugnet.

Der US-amerikanische Psychologe Gordon W. Allport hat grundlegend über Vorurteile geforscht und diese so

beschrieben: „Vielleicht lautet die kürzeste aller Definitionen des Vorurteils: *Von anderen ohne ausreichende Begründung schlecht denken.*“ Diese knappe Formulierung enthält die beiden wesentlichen Elemente aller einschlägigen Definitionen: den Hinweis auf die Unbegründetheit des Urteils und den Gefühlston.“¹⁶

Allports Forschungen zufolge sind Vorurteile nicht nur gedankliche Produkte und Ideengeschpinste. Sie werden ausagiert, und zwar durch immer stärker werdende Handlungsmöglichkeiten: 1. Verleumdung, 2. Vermeidung (des Kontaktes), 3. Diskriminierung, 4. Körperliche Gewaltanwendung, 5. Vernichtung.¹⁷

Dieses Handlungsmuster ist auch in den Demonstrationen der Corona-Leugner*innen und „Querdenker“ zu erkennen.

Aber Vorurteile sind nicht „naturegegebene“, sondern erlernte und erworbene Denkmuster: „Kein Kind wird mit Vorurteilen geboren. Seine Vorurteile sind immer erworben.“¹⁸

Das gibt Hoffnung für ein Dagegenhalten, für verbalen Widerspruch, für Aufklärung. Und noch eine Erkenntnis Allports gibt Anlass zum Optimismus: „Wir müssen zugeben, dass die reine Information weder die Einstellung noch das Verhalten notwendig verändert. [...] Zugleich haben wir keinerlei Beweise, dass gute Tatsacheneinfor-mation in irgendeiner Weise schadet. Vielleicht braucht ihre Wirkung längere Zeit und treibt doch langsam Keile von Zweifel und Unbehagen in die Stereotype des Vorurteilsbehafteten. [...] Tatsachen sind vielleicht nicht genug, aber dennoch sind sie unentbehrlich.“¹⁹

Doch das wirft gleich die Frage auf, welche Tatsachen geglaubt werden und was Tatsachen überhaupt sind. Wir leben ja in einem „postfaktischen Zeitalter.“²⁰

„Postfaktisch“ meint wohl, es gäbe Tatsachen hinter den Fakten. Weitere Begrifflichkeiten in diesem Zusammenhang sind „Fake News“, also „fingierte Nachrichten“²¹ und „alternative Fakten“. Letzteres ist zwar „blanker Unsinn. [...] Fakten sind nun mal Fakten. Äußerungen, die faktische Dinge betreffen, sind entweder wahr oder falsch. Eine alternative Behauptung, die eine wahre Aussage bestreitet, ist einfach nur eine falsche Behauptung.“²²

Nur, wer nimmt das einem ab, wenn sich Verschwö-rungsphantasien, in unserem Fall Corona-Leugnungs-

„ABER VORURTEILE SIND NICHT
,NATURGEGEBENE‘, SONDERN
ERLERNTE UND ERWORBENE
DENKMUSTER: ‚KEIN KIND WIRD
MIT VORURTEILEN GEBOREN.
SEINE VORURTEILE SIND IMMER
ERWORBEN.‘“

behauptungen, in den Köpfen festgesetzt haben und diese im Internet oder in den Programmen einschlägiger Buchverlage – wie z. B. dem Kopp Verlag – immer neu aufgelegt und „bestätigt“ werden? Hinzu kommt, dass behauptet wird, gegenteilige Informationen seien von einer „Lügenpresse“ bewusst falsch in Umlauf gebracht worden.

Aber man kann lernen, gut zu argumentieren und dabei die Sicherheit der Fake News in Frage stellen. Dafür gibt es bewährte, in der Praxis der politischen Bildung erfolgreich erprobte Modelle und Konzepte.²³

DIE SITUATION DER POLITISCHEN BILDUNG DURCH CORONA

Doch kann politische Bildung derzeit diese Aufgaben wahrnehmen und den eigenen Ansprüchen gerecht werden? Eine freiberufliche politische Bildnerin, die sich mit der Vermittlung von Menschenrechten und Reaktionen auf Diskriminierungen beschäftigt, schilderte mir ihre Situation im Lockdown: In dieser Zeit sind alle vereinbarten Seminare, Workshops und Trainings abgesagt worden. Sie hat alle Abbuchungen gesperrt und lebt vom Ersparten, allenfalls ein paar Schreibarbeiten sorgen für etwas finanzielle Kompensation. Und das über ein Jahr hinweg, die Lockerungen zwischendurch können das Defizit nicht kompensieren.

Vielen erging und geht es weiterhin so, einige setzen auf digitalisierte Angebote und können somit Webinare requirieren.

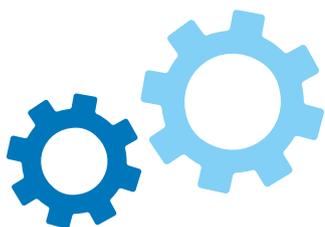
Politische Bildner*innen arbeiten seit über einem Jahr überwiegend (oder ausschließlich) in den heimischen vier Wänden. Die technischen und organisatorischen Voraussetzungen für ihre Arbeit leisten sie selbst. Die

auftraggebenden Institutionen sparen dagegen Räume, Heizkosten, Strom, Fotokopierer, Bibliotheken, Papier und Personal. Ihre Not zwingt freiberufliche politische Bildner*innen, sich den digitalen Möglichkeiten anzupassen. Dabei gerät die medien- und globalisierungskritische Sicht in den Hintergrund, ein zentrales Thema politischer Bildung. Auch die Frage, welche Informationen durch die Benutzung von Zoom und den Angeboten anderer Softwareunternehmen preisgegeben werden, ist dann von untergeordneter Bedeutung.

Kaum der Rede wert scheint zu sein, dass das wegfällt, was Bildung wirklich ausmacht: Es ist der Zuwachs an Wissen, die Lust an der Erkenntnis – das ist auch aus der Ferne, vermittelt durch digitale Medien möglich. Aber dann fehlt, was unersetzbar ist, die persönliche Begegnung, die Mimik, die Gestik, das Gespräch am Rande, in der Pause und die Verabredung zu weiteren Kontakten, das gemeinsame Nachdenken darüber, ob und wie aus dem Gelernten Handeln erfolgt.

Ein weiteres Problem für die Handlungsfähigkeit politischer Bildung ergibt sich daraus, dass durch die coronabedingte Schließung von Bildungseinrichtungen, gerade von Tagungshäusern und Akademien, Umsätze, Zuschüsse und die Gebühren von Teilnehmer*innen weggefallen sind und gleichwohl laufende Kosten, auch die des Personals, bezahlt werden müssen. Auch bei den Lockerungen konnten die Betriebe wegen der Hygiene- und Abstandsforderungen nur mit begrenzten Kapazitäten und Möglichkeiten arbeiten. In der Not werden Spenden erbeten.

Die Erkenntnis aus diesen und vielen anderen Beispielen: Das System der politischen Bildung ist geschwächt. Wenn der Kassensturz irgendwann „nach Corona“ kommt, dann sind zusätzliche Einsparungen zu erwarten. Und das in der Situation, in der „durch Corona“ sowohl das pädagogische Personal als auch die Infrastruktur des Systems politischer Bildung sowieso nicht mehr so effektiv sind wie vor der Krise. Einige tausend Veranstaltungen dürften ausgefallen sein, der dadurch entstandene Schaden muss erst begrenzt werden. Politische Bildung braucht argumentationsfeste Anwält*innen, die sich für ihre Unverzichtbarkeit stark machen.



THEMEN UND HERAUSFORDERUNGEN

Seit der Pandemie, der sie eindämmenden Verordnungen und der Reaktionen darauf sind einige Dauerthemen der politischen Bildung wieder aktuell geworden und neue hinzugekommen.

Verschwörungsphantasien

Dieses Verständnis von politischer Bildung steht im fundamentalen Widerspruch zu den grassierenden Verschwörungsphantasien, die im Zuge der Corona-Pandemie eine starke Verbreitung und Millionen Anhänger gefunden haben.

Die (seit September 2020 eingestellte) österreichische Recherche-Plattform Addendum²⁴ hat im April 2020 Inhalt und Verbreitung von über 1.000 Videos zum Coronavirus analysiert.²⁵ Dabei wurden folgende „Verschwörungstheorien“ kategorisiert:

- „Verbreitung von Inhalten der QAnon-Verschwörungstheorie (QAnon ist eine anonyme Person oder Personengruppe, die im Internet rechtsextreme Verschwörungstheorien verbreiten und „geheime“ Informationen über einen vermeintlichen Kampf Donald Trumps gegen den sogenannten „Deep State“ – den tiefen Staat –, der die eigentliche Macht in der USA besäße, veröffentlicht. Verfechter der Verschwörungstheorie beschuldigen Politiker und Promis, Kinder auszubeuten und zu töten.)
- Reptiloide als Fabelwesen seien Teil einer Weltverschwörung
- 5G sei Auslöser/Verstärker des Coronavirus
- Bill Gates, George Soros, die Rothschilds stünden hinter der Ausbreitung oder dem Hype um den (sic!) Coronavirus
- eine neue Weltordnung würde im Zuge der Coronavirus-Pandemie durch eine Elite implementiert
- das Coronavirus sei geschaffen worden, um Zwangsimpfungen durchzusetzen
- der Crash der Wirtschaft sei geplant und das Coronavirus nur der Vorwand
- Viren an sich oder SARS-CoV-2 würden nicht existieren“²⁶

Verschwörungsphantasien, Verschwörungslegenden oder Verschwörungsmymen sind gedankliche Konstruktionen, nach denen ein zielgerichteter und geheimer Plan zur Abrichtung, Beherrschung und Vernichtung einer Bevölkerung bzw. einer großen Anzahl von

Menschen besteht. Gerade in unübersichtlichen Verhältnissen und Zeiten bieten diese Phantasien Sicherheit durch Eindeutigkeit und Entlastung und dadurch, dass Frust und Aggressionen auf den oder die vermeintlichen Verursacher eines realen Problems oder einer empfundenen bzw. propagierten Bedrohung gelenkt werden.

Dieses Muster vereint die unterschiedlichen Gruppen, die die Bedrohung durch die Pandemie ignorieren bzw. die angeblichen Verursacher attackieren (was ja schon ein Widerspruch in sich ist). Ihr Bedürfnis, einen kausal verantwortlichen „Schuldigen“ auszumachen, einfache, unterkomplexe Erklärungen anzunehmen und ihre Unfähigkeit, Offenheit und Ambivalenzen auszuhalten, ist Kennzeichen einer autoritären Charakterstruktur. In seiner zum Klassiker gewordenen Studie hat Adorno den autoritären Charakter mit einer F-Skala (F für Faschismus) präzisiert. Sie umfasst acht „Variablen“ dieses Charakters, mindestens zwei dieser Merkmale passen eindeutig zu den Verschwörungsgeschichten: „Aberglaube und Stereotypie“ und „Projektivität“.²⁷

Hartgesottene Verschwörungsphantast*innen sind für rationale Gegenargumente nicht zugänglich. Bei Rechtsextremist*innen, Antisemiten und Menschen, die kategorisch Fakten leugnen, die ihrem festsitzenden Vorurteil widersprechen, wird das nicht möglich sein. Aber es werden sich einige, die bei den Demonstrationen gegen Corona-Regelungen mitlaufen, durch plausible Argumente und empathische Sichtweisen zumindest irritieren, vielleicht sogar überzeugen lassen. Hinzu kommt, dass viele Menschen empört und verärgert sind und plausible Antworten auf diesen Verschwörungsunsinn suchen. Entsprechende Bildungsangebote sollten zum einen Fakten und Gegenargumente vermitteln und zum anderen zeigen, wie die Relevanz von Informationen zu überprüfen ist. Die Unentschiedenen und diejenigen, die widersprechen wollen, sind Adressat*innen politischer Bildung.

Antisemitismus

Durch Corona und die mit der Pandemie verbundenen Verschwörungsphantasien ist der Antisemitismus wieder virulent geworden. Im Internet wurde das Coronavirus „als Probelauf für den echten Virus bezeichnet – der abartigen jüdisch orthodoxen Freimaurer Sekte alias Zionisten“.²⁸ Oder es wurde das Gerücht in Umlauf gebracht, die Juden hätten das Virus verbreitet.²⁹ Im Internet behauptete der Kochbuchautor Attila Hildmann, die „Zionisten“ versuchten schon lange, „die deutsche

Rasse auszulöschen“.³⁰ Seinen Followern teilte er mit: „Dein Urgroßvater kämpfte gegen den gleichen Feind damals, der heute hinter Corona steckt.“³¹

Ausgemacht ist für antisemitische Verschwörungsfanatiker, dass die reiche jüdische Familie Rothschild schuld an der Coronakrise sei.³²

Die Bildungsarbeit gegen Antisemitismus hat in der Erwachsenenbildung eine lange Kontinuität, sie ist durch die Reaktionen auf die Pandemie-Maßnahmen noch notwendiger geworden. Es bieten sich Begegnungen mit Jüdinnen und Juden, Aufklärung über Kultur und Religion, Besuch von jüdischen Zentren und Synagogen ebenso an wie die Suche nach den Ursachen von antisemitischen Vorurteilen, und wie sie zu widerlegen sind.

Rechtsextremismus und Neue Rechte

Bei den Demonstrationen gegen die Corona-Maßnahmen sind stets die schwarz-weiß-rote Reichsflagge und andere eindeutig rechtsextreme Symbole sowie entsprechende Bekundungen auf Transparenten und Plakaten zu sehen. Auch der Versuch, am 29. August 2020 den Reichstag in Berlin zu stürmen, machte das deutlich.³³

Das rechtsextreme Magazin „Compact“³⁴ widmete der Pandemie ein Sonderheft mit dem Titel „Corona. Was uns der Staat verschweigt“. Im Editorial verbreitet Chefredakteur Jürgen Elsässer die Legende vom gezielten Staatsumbau: „Es ist die tiefste Krise unseres Landes seit dem Zweiten Weltkrieg, da hat die Kanzlerin ganz recht. Sie hat nur vergessen hinzuzufügen: Nicht Corona hat diese Krise herbeigeführt, sondern sie selbst. Deutschland schafft sich ab – dieses Diktum von Thilo Sarrazin bezog sich bisher auf Multikulti und offene Grenzen. Nun zerstört diese Frau auch unsere Wirtschaft und unsere Freiheitsrechte.“³⁵

Rechtsextremistische Gruppen versuchen, die Demonstrationen gegen die Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie zu kapern. In einer wissenschaftlichen Erhebung wird die strategische Absicht zusammengefasst.

„Für die verschiedenen Parteien und Gruppen der extremen Rechten ist die Frage des Grades der Gefährlichkeit von Covid-19 nicht zentral; sie sehen politisch vielmehr eine gute Möglichkeit, die ohnehin von ihnen vertretenen Themen – beispielsweise Anti-Immigration, Souveränität, Nationalismus/Anti-Globalisierung –

„ATTRAKTIV FÜR DIE EXTREME RECHTE IST DABEI DIE IN DEN PROTESTEN ZU BEOBACHTENDE ABWENDUNG VOM POLITISCHEN SYSTEM UND DIE BEREITSCHAFT ZU GRENZÜBERSCHREITUNGEN.“



erneut aufzurufen; praktisch nehmen sie an den zahlreichen Versammlungen der letzten Monate mit dem Ziel teil, dort zum einen neue Anhänger*innen zu gewinnen sowie zum anderen die Proteste aus einer von ihnen diagnostizierten Diffusität herauszuführen und zu politisieren. Attraktiv für die extreme Rechte ist dabei die in den Protesten zu beobachtende Abwendung vom politischen System und die Bereitschaft zu Grenzüberschreitungen.“³⁶

Aufgabe politischer Bildung ist es, die Mitte der Gesellschaft über die Erscheinungsformen, Ideologien und Strategien von Rechtsextremist*innen und Rechtspopulist*innen.³⁷ aufzuklären und sie im Widerspruch und Widerstand zu unterstützen.

WEITERE THEMEN

Corona hat weitere, für politische Bildung bedeutsame Fragen aufgeworfen: Dazu gibt es keine „ex cathedra“ verkündete Antworten, sie müssen im Diskurs gesucht werden und können unterschiedlich ausfallen:

- Legitimität der Verfahren oder: Wie werden demokratische Regelungen getroffen bzw. sollten sie getroffen werden?
- Ist Politik in der Krise – wie beeinflusst die Krise die Politik?
- Leben oder Freiheit – was zählt in der Pandemie?
- Wissenschaft oder Politik – wer bestimmt bei den Entscheidungen?
- Wie argumentiere ich sinnvoll?

Wie kann ein Gespräch mit Corona-Leugner*innen geführt werden? Hat das überhaupt einen Sinn? Ich wurde deswegen mehrfach gefragt, wie das gehen könnte, den Auszug aus einem Interview gebe ich wieder³⁸:

Frage: Sind Corona-Leugner automatisch die Bösen? Und kann man ihnen wirklich etwas entgegensetzen?

Antwort: Wir müssen schon aufpassen, dass wir uns nicht in die Rolle hineinmanövrieren, als Nicht-Leugner seien wir die „Guten“. Man muss nachvollziehen, warum diese Menschen diese Überzeugungen haben und sie auch lauthals kundtun. Bei vielen sind es pure Angst und Existenznöte, die sie zu Kritikern oder gar gewaltbereiten Gegnern der Maßnahmen machen. Emotional kann ich das nachvollziehen, rational nicht. Denn Angst führt immer zu irrationalen Entscheidungen. Wenn sie auf dieser Basis schon so weit abgedriftet sind, dass sie glauben, die Welt werde von Außerirdischen gesteuert und deren Erfüllungsgehilfe Bill Gates gebe sein Geld nur dafür aus, dass uns allen ein Chip zur Steuerung durch „die da oben“ eingepflanzt werden soll, dann kann man ihnen mit Argumenten nicht mehr bekommen. Aber mit denen, die noch bereit sind, zu relativieren, sollte man diskutieren.

Frage: Wie mache ich das am besten?

Antwort: Logik und direktes Nachfragen sind immer wirkungsvolle Gegenstrategien. Fragen Sie, wenn Ihr Gegenüber bei den Corona-Leugnern mitmacht, welche Kompetenzen traut er oder sie den Wortführern der Bewegung zu – im Gegensatz etwa zur Kompetenz dutzender Virologen und Epidemiologen, die tatsächlich vom Fach sind. Und wenn dann die gigantische Weltverschwörung aufs Tapet kommt, einfach mal nachhaken: Wer sollte in der Lage sein, so etwas zu koordinieren und der ganzen Welt diese Legende aufzutischen? Wichtig ist dann noch die Frage: Willst du tatsächlich eine Kumpagnei mit Antisemiten, Rechtsextremisten oder Hooligans eingehen, die deine Corona-Demo für ihre Sache instrumentalisieren? Willst du hinter Reichsflaggen und unter Nazi-Parolen marschieren?

Frage: Das hat man auf Querdenker-Demonstrationen aber schon oft genug gehört, das gehöre zu ihrer Art von Toleranz, Andersdenkende, auch wenn sie radikal und gewaltbereit sind, zu akzeptieren.

Antwort: Toleranz heißt, etwas zu ertragen. Ich muss es aber nicht ertragen, wenn Toleranz dazu führt, den Intoleranten, die unsere Demokratie abschaffen wollen, ein Forum zu geben. Es gilt der schöne Satz: „Die Freiheit der Wölfe ist der Tod der Lämmer.“

Frage: Solch einen Spruch hat man aber nicht immer passend parat. Kann man sich überhaupt auf eine Diskussion mit Corona-Leugnern vorbereiten?

Antwort: Um einen sicheren Standpunkt zu haben, braucht man sichere Fakten und Wissen. Leider kann man sich zielgerichtet auf Gespräche mit Corona-Gegnern nur bis zum gewissen Maß durch das Studium von Daten und Zahlen vorbereiten, weil man sich selbst blockiert, wenn man immer bei der immensen Informationsmenge und Zahlenflut auf dem Laufenden sein will. Als jemand, der einem Corona-Leugner gegenübertritt, hat man immer den schwierigeren Part. Denn die nähren und stärken sich mit der Festigkeit ihrer Vorurteile, während man selbst abwägt, überlegt, im Gedächtnis herumkramt und nach passenden Antworten sucht. Dadurch ist man von Anfang an in einer Verteidigungsposition. Da kommt man nur heraus mit gezielten Fragen, die beim Gegenüber Logik und Vernunft einfordern.

Frage: Und dabei soll man auch noch ruhig bleiben?

Antwort: Aggressives Auftreten provoziert ebenso Widerstand wie pathetisch und moralisierend vorgebrachte Gegenpositionen. Das merken wir doch selbst anhand unserer Emotionen angesichts der Demos der Corona-Leugner. Grundsätzlich gilt: Jede Belehrung schafft Abwehr. Es ist doch ganz normal, dass man, wenn man kritisiert wird, sich erstmal verteidigt. Besser ist, sachlich zu bleiben [...] Oder man fragt sein Gegenüber, was er täte, wenn sein Partner, ein naher Verwandter oder gar er selbst mit Corona infiziert wäre. [...]

Frage: Und wenn dann als Antwort kommt, dass der Tod zum Leben gehört und durch Grippe es mehr Tote als durch Corona gegeben hat?

Antwort: Das ist ein Pseudo-Argument mit sozialdarwinistischem Grundton [...]. Da kann man nur noch entgegnen: „Prima, dann beenden wir doch alle medizinischen Hilfen. Wir sterben ja sowieso.“ Wer dem zustimmt, müsste selbst merken, auf welcher schiefen argumentativen Bahn er oder sie sich bewegt. [...]

„DIE TEILNEHMER*INNEN WAREN SICH DARÜBER EINIG, DASS POLITISCHER BILDUNG WEGEN DER GESELLSCHAFTLICHEN FRIKTIONEN UND IRRITATIONEN, DIE DURCH DIE PANDEMIE ENTSTANDEN SIND, NICHT WIEDER EINE „FEUERWEHRROLLE“ ZUGEWIESEN WERDEN, SONDERN DASS IHRE STRUKTUREN LANG- UND PLANUNGSSICHER GEFESTIGT WERDEN SOLLEN.“



Vielleicht kann man im Gespräch einen Kompromiss finden, indem man sich auf Werte besinnt, die beiden Seiten nach wie vor gleich wichtig sind. (Über-)Leben und Freiheit beispielsweise. Darüber kann man miteinander reden. Und das ist immerhin ein Anfang.“

Die Wiedergabe des Interviews kann als Folie für Argumentationstrainings dienen, die in der politischen Erwachsenenbildung, in ihren Institutionen und Organisationen, aber auch in der Zivilgesellschaft, den Wohlfahrtsverbänden und in Behörden und Ämtern angeboten werden. Nachfragen dazu gibt es bereits.

Als dieses Gespräch in der Zeitung „Die Glocke“ erschien, kündigte ein Leser sein Abonnement. Der Grund: Mir sei Gelegenheit gegeben worden, meine „radikalen und extrem linken Positionen ohne Nachfrage oder Kritik umfänglich darzustellen.“ Die Recherche ergab, dass er Mitglied im Kuratorium der AfD-nahen Desiderius-Erasmus-Stiftung ist.



WAS POLITISCHE BILDUNG JETZT UND IN ZUKUNFT BRAUCHT

Bei einem Meinungsaustausch von Mitgliedern des Arbeitskreises politische Jugendbildung/politische Erwachsenenbildung in der GPJE (Gesellschaft für Politikdidaktik und politische Jugend- und Erwachsenenbildung) am 8.3.2021 ging es um die Frage, welche Folgen die Corona-Pandemie für die politische Bildung hat.

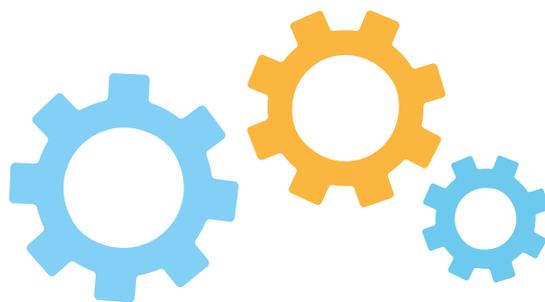
Die Teilnehmer*innen waren sich darüber einig, dass politischer Bildung wegen der gesellschaftlichen Friktionen und Irritationen, die durch die Pandemie entstanden sind, nicht wieder eine „Feuerwehrrolle“ zugewiesen werden, sondern dass ihre Strukturen lang- und planungssicher gefestigt werden sollen.

Der Katalog der Forderungen umfasste u. a. die folgenden Punkte:

- Es muss mehr und verstärkte Lobbyarbeit für die außerschulische politische Bildung in der Politik geben.
- Es müssen nicht nur vorhandene Strukturen erhalten bleiben, sondern grundsätzlich sichere Beschäftigungsverhältnisse für Bildner*innen, gerade für „Soloselbständige“ geschaffen werden.
- Das System der außerschulischen politischen Jugendbildung/politischen Erwachsenenbildung muss trotz zu erwartender Sparzwänge gestärkt werden.
- Trotz durchaus positiver Erfahrung mit digitalen Bildungsangeboten bleiben auch in Zukunft Präsenzformate zentral. Unmittelbare Begegnungen in Bildungseinrichtungen und Tagungshäusern sind und bleiben für eine wirkungsvolle politische Bildung grundlegend.
- Die wirtschaftliche Existenz der Tagungshäuser und Bildungsstätten muss gesichert werden.
- Es ist mehr Forschung erforderlich. Denn gerade jetzt ist ungewiss, wie und unter welchen Bedingungen gute politische Bildung gelingt.
- Es muss politischer und gesellschaftlicher Konsens sein, dass die „Corona-Krise“ gezeigt hat, wie unverzichtbar und systemrelevant außerschulische politische Jugendbildung und politische Erwachsenenbildung sind. ■

ANMERKUNGEN

- ¹ Siehe Hufer, Klaus-Peter/Oefering, Tonio/Oppermann, Julia (2021): *Positionen und Perspektiven der politischen Bildung. Ein Interviewbuch zur außerschulischen Jugend- und Erwachsenenbildung 2*. Frankfurt/Main.
- ² Hufer, Klaus-Peter (2016): *Politische Erwachsenenbildung. Plädoyer für eine vernachlässigte Disziplin*. Bielefeld, S. 22.
- ³ Kant, Immanuel (1995): *Beantwortung der Frage: Was ist Aufklärung?*, in: Rolf Toman (Hrsg.): *Immanuel Kant, Werke in sechs Bänden, Band 6*. Köln, S. 162-170, hier S. 162.
- ⁴ Siehe Mollenhauer, Klaus (2007): *Erziehung und Emanzipation*, in: Franzjörg Baumgart (Hrsg.): *Erziehungs- und Bildungstheorien. Erläuterungen, Texte, Arbeitsaufgaben*, 3. Aufl. Bad Heilbrunn/Obb., S. 252.
- ⁵ Adorno, Theodor W. (1979): *Erziehung zur Mündigkeit*, 6. Aufl. Frankfurt, S. 133.
- ⁶ Ebd., S. 93.
- ⁷ Ebd., S. 137.
- ⁸ Ebd., S. 107.
- ⁹ Negt, Oskar (2020): *Der politische Mensch. Demokratie als Lebensform*. Göttingen, S. 380 ff.
- ¹⁰ Ebd., S. 382.
- ¹¹ Ebd., S. 383.
- ¹² Ebd.
- ¹³ Ebd., S. 207.
- ¹⁴ Ebd., S. 211.
- ¹⁵ Kant, Immanuel (2004): *Träume eines Geistersehers, erläutert durch Träume der Metaphysik (1763)*, in: *Digitale Bibliothek: Philosophie von Platon bis Nietzsche*. Berlin, S. 23552.
- ¹⁶ Allport, Gordon W. (1971): *Die Natur des Vorurteils (Original „The Nature of Prejudice“, 1954)*. Köln, S. 20.
- ¹⁷ Ebd., S. 38–29.
- ¹⁸ Ebd., S. 329.
- ¹⁹ Ebd., S. 483.
- ²⁰ Marschall, Peter (2017): *Lügen und Politik im „Postfaktischen Zeitalter“*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 12/2017, S. 17–22.
- ²¹ Hendricks, Vincent F./Vestergaard, Mads (2018): *Postfaktisch. Die neue Wirklichkeit in Zeiten von Bullshit, Fake News und Verschwörungstheorien*. München, S. 100.
- ²² Ebd., S. 94.
- ²³ Hufer, Klaus-Peter (2020): *Wenn die Worte fehlen – Argumente gegen Stammtischparolen*, hrsg. vom Deutschen Volkshochschul-Verband. Bonn; Hufer, Klaus-Peter (2019): *Argumente am Stammtisch – Erfolgreich gegen Parolen, Palaver und Populismus*, 8. komplett überarbeitete und aktualisierte Auflage. Frankfurt/M.; Hufer, Klaus-Peter (2016): *Argumentationstraining gegen Stammtischparolen. Materialien und Anleitungen für Bildungsarbeit und Selbstlernen*, 10. Aufl. Schwalbach/Ts.; Prenzel, Thorben (2019): *Fake News. Moderne Lügen entlarven und entspannt reagieren*. Frankfurt/M.
- ²⁴ <https://www.addendum.org/uber-addendum/> (aufgerufen am 14.3.2021).
- ²⁵ <https://www.addendum.org/coronavirus/youtube-verschwörungstheorien/> (aufgerufen am 14.3.2021).
- ²⁶ Ebd.
- ²⁷ Adorno, Theodor W. (1973): *Studien zum autoritären Charakter*. Frankfurt a.M., S. 81–84.
- ²⁸ Röhmel, Josef/Wolf, Sabine (2020): *Corona und Antisemitismus. Alte Feindbilder zurechtgebogen*, in: *Tagesschau Investigativ*, 9.4.2020, abrufbar unter: <https://www.tagesschau.de/investigativ/br-recherche/corona-antisemitismus-101.html> (aufgerufen am 21.3.2021).
- ²⁹ Leber, Julius (2020): *Die Schäßigen, die Tödlichen und die Saudummen*, in: *Der Tagesspiegel*, 7.4.2020 (Internetausgabe).
- ³⁰ <https://www.tagesspiegel.de/themen/reportage/antisemitismus-im-netz-attila-hildmann-gibt-juden-die-schuld-und-verteidigt-hitler/25930880.html> (aufgerufen am 14.3.2021).
- ³¹ „Das Schweigen der Staatsanwälte“, in: *Süddeutsche Zeitung* vom 7.8.2020, S. 6.
- ³² <https://www.wallstreet-online.de/nachricht/12396202-bill-gates-rothschild-schuldige-corona-krise/all> (aufgerufen am 14.3.2021).
- ³³ <https://www.rnd.de/politik/reichstag-sturm-2020-34-ermittlungsverfahren-gegen-40-verdachtige-PL7S65SDPZEDJGWXVVV3BQIR3M.html> (aufgerufen am 14.3.2021).
- ³⁴ <https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/facebook-accounts-von-rechts-extremes-magazin-compact-geloescht-16927867.html> (aufgerufen am 14.3.2021).
- ³⁵ Elsässer, Jürgen (2020): *Was uns der Staat verschweigt*, in: *Compact aktuell* 2/2020, S. 2.
- ³⁶ Virchow, Fabian/Häusler, Alexander (2020): *Pandemie-Leugnung und extreme Rechte in Nordrhein-Westfalen, im Auftrag des Ministeriums für Kultur und Wissenschaft des Landes Nordrhein-Westfalen*. Bonn, S. 36.
- ³⁷ Hufer, Klaus-Peter (2018): *Neue Rechte, altes Denken – Ideologie, Kernbegriffe und Vordenker*. Weinheim und Basel.
- ³⁸ Pieper, Doris (2021): *Vom schwierigen Umgang mit Corona-Leugnern. Interview mit Professor Dr. Klaus-Peter Hufer*, in: *Die Glocke*, 9.1.2021.



INTERVIEW

DIE BEDEUTUNG VON BILDUNG UND LEBENSLANGEM LERNEN UND IHRE HERAUSFORDERUNGEN

mit Dr.in Helle Becker, Geschäftsführung Transfer für Bildung e. V. und Leitung Fachstelle politische Bildung, Transferstelle politische Bildung



© MCSF Marie-Christin Schempershofe

„ICH ERKENNE IN DER TAT TENDENZEN DAHINGEHEND, DASS POLITISCHE BILDUNG PLÖTZLICH EINE KONJUNKTUR ERLEBT, WEIL MAN GLAUBT, MIT DIESEM LABEL UND SEHR UNTERSCHIEDLICHEN MASSNAHMEN DAS BEKÄMPFEN ZU KÖNNEN, WAS MAN IN DER GESELLSCHAFT ZZT. ALS BESONDERS PROBLEMATISCH BETRACHTET.“

Selten hat ein Thema eine so rasante Renaissance erlebt wie das der politischen Bildung. Durch gesellschaftliche Entwicklungen wie die stärker werdenden rechtspopulistischen Tendenzen, die rasante Verbreitung von Verschwörungstheorien sowie die generelle Zunahme antidemokratischer Ressentiments wird der Ruf nach politischer Bildung immer größer. Während in den 1990er Jahren u. a. ein großer Teil der sozialen Arbeit und andere demokratiefördernde Maßnahmen eingespart wurden, werden Institutionen und Programme zur Prävention heute mehr denn je gefördert und mit öffentlichen Geldern ausgestattet. Dabei zeigt sich eindeutig, dass es in einer immer stärker globalisierten und vernetzten Welt von elementarer Bedeutung ist, ein Verständnis für Zusammenhänge im politischen Geschehen zu erkennen sowie Toleranz und Kritikfähigkeit zu vermitteln, damit eine aktive Bürgerschaft gesellschaftlich und politisch partizipieren kann.

Vor welchen Chancen, aber auch strukturellen Herausforderungen und Problemen, die politische Bildung als „Universallösung“ steht und welchen Stellenwert die Repräsentation der politischen (Jugend-)Bildung in der Politik erfährt, möchten wir nachfolgend in einem Interview mit Frau Dr. Helle Becker, Wissenschaftlerin und Geschäftsführerin von Transfer für Bildung e. V. mit seinem Fachbereich „Transferstelle für politische Bildung“ diskutieren.



Sehr geehrte Frau Dr. Becker, in der jüngsten Vergangenheit wird vermehrt darüber diskutiert, ob politische Bildung immer stärker im Spannungsfeld überzogener Erwartungen als „Universallösung“ aktueller gesellschaftlicher Problemlagen verstanden wird. Erkennen Sie ähnliche Tendenzen? Wo sehen Sie Ihrer Meinung nach die größten Herausforderungen der politischen Bildung und ihrer Akteure?

Ich erkenne in der Tat Tendenzen dahingehend, dass politische Bildung plötzlich eine Konjunktur erlebt, weil man glaubt, mit diesem Label und sehr unterschiedlichen Maßnahmen das bekämpfen zu können, was man in der Gesellschaft zzt. als besonders problematisch betrachtet. Man sucht nach punktuellen Maßnahmen, mit denen verschiedene gesellschaftspolitische Entwicklungen der vergangenen Jahre bekämpft oder verhindert werden sollen. Sicherlich sind einzelne Maßnahmen punktuell sinnvoll. Wenn es darum geht, die Distanzierung weiter Bevölkerungsteile von bestimmten demokratischen Prozessen und Prinzipien aufzuheben und sie (wieder) mehr an der Meinungs- und Willensbildung zu beteiligen, dann, dann ist eine dauerhafte, vielfältige politische Bildung das probate Mittel. Ich bin nicht sicher, ob das viel mit einer „Universallösung“ zu tun hat, denn politische Bildung „beruhigt“ eigentlich nicht. Sie ist ergebnisoffen und regt zu Kritik und Auseinandersetzung an. Dass es ein steigendes Bewusstsein dafür gibt, dass Demokratie und politische Beteiligung nicht selbstverständlich sind, sondern politische Bildung als Voraussetzung haben, ist das Positive an dieser Entwicklung.

Wo sehen Sie aktuell die größten Herausforderungen der politischen Bildung?

Politische Bildung wurde jahre-, wenn nicht gar jahrzehntelang vernachlässigt. Sie wurde als eine Art der Pflichtaufgabe verstanden und ab einem gewissen Punkt war man beinahe der Annahme, dass es keiner speziellen politischen Bildung mehr bedarf, da man durch unsere Sozialisation in das hineinwächst, was Demokratie meint oder wie es funktioniert. Die Vernachlässigung sieht man letztlich sowohl im schulischen als auch im außerschulischen Bereich. Das Schulfach findet nur am Rande und meist in Gymnasien statt. Bildungsstätten und überhaupt Orte, an denen politische Bildung stattfand, wurden abgebaut.

Demgegenüber hat man nun erkannt, dass politische Bildung in mehr gesellschaftlichen Kontexten nötig und

„DENN POLITISCHE BILDUNG GEHT JEDEN ETWAS AN UND DAHER MUSS ES GANZ UNTERSCHIEDLICHE ARTEN GEBEN, EINEN ZUGANG UND ANKNÜPFUNGSPUNKTE DAZU ZU FINDEN. ICH BIN DAVON ÜBERZEUGT, DASS JEDER MENSCH POLITISCHE FRAGEN UND/ODER SORGEN HAT.“

möglich ist; das hat z.B. aktuell der 16. Kinder- und Jugendbericht zum Thema „Förderung demokratischer Bildung im Kindes- und Jugendalter“ herausgestellt. Politische Bildung wird nicht mehr als rein separater Bildungsbereich der formalen Bildung verstanden, sprich allein als Teil der Schulbildung, sondern in einem viel breiteren Kontext. Der 16. Kinder und Jugendbericht hat sich hierbei vor allem auf die außerschulischen Felder bezogen und dabei den schönen Begriff der „unterschätzten Räume“ geprägt. Damit sind Kontexte gemeint, in denen die Chance besteht, politische Bildungsmöglichkeiten zu schaffen, die im Moment aber noch nicht erkannt werden. Das muss nicht heißen, dass nun alle politische Bildung machen. Aber ich finde es richtig, dass man dies zum Anlass nimmt zu prüfen, wo und in welchen Räumen ein Bildungsangebot bereits stattfindet oder möglich wäre. Es ist eine große Herausforderung für die politische Bildung, aus ihrem Spezialistentum im Sinne von Separierung herauszukommen.

Denn politische Bildung geht jeden etwas an und daher muss es ganz unterschiedliche Arten geben, einen Zugang und Anknüpfungspunkte dazu zu finden. Ich bin davon überzeugt, dass jeder Mensch politische Fragen und/oder Sorgen hat. Er sollte in die Lage versetzt werden, unterscheiden zu können, was eigentlich ein politisches Thema ist und welches man zum Beispiel individuell oder in einer Gruppe, in sozialen Zusammenhängen, individuell lösen kann. Ich glaube, dass Ulrich Beck in seiner Diagnose der „Risikogesellschaft“ recht hatte, dass nämlich die Individualisierung dazu führt, dass viele politische Fragen als individuelle Last gelten und man deren politische Lösung gar nicht mehr in Erwägung zieht. Das Pendant dazu ist die Haltung, alles auf die Politik zu schieben, das ist der andere Reflex.

„WIE WICHTIG EINE STRUKTURELLE FÖRDERUNG IST, KANN MAN ERKENNEN, WENN ES DARUM GEHT, WIE MAN MENSCHEN MIT MIGRATIONS- HINTERGRUND, BPOC ODER ANDERE MARGINALISIERTE BEVÖLKERUNGSGRUPPEN IN DIE POLITISCHE BILDUNG EINBEZIEHEN KANN.“

Während man in den 1990er Jahren aktiv Strukturstellen zurückgefahren hat, scheint jetzt der Bedarf wieder extrem da zu sein. Die Probleme haben Sie erläutert. Wie könnte man die Forderung oder die Förderung langfristig und nachhaltiger gestalten?

Die Frage impliziert, dass die Förderungen kurzfristig und nicht nachhaltig sind. Ich würde dem zustimmen. In der Tat hat man vor allen Dingen die Strukturen geschwächt, vor allem hat man so genanntes hauptamtliches Personal, das dauerhaft an Einrichtungen und in Organisationen arbeitete, abgebaut.

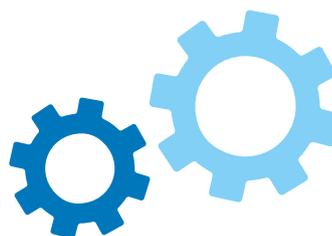
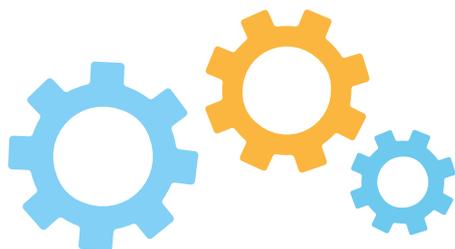
Aber ohne diese Menschen und Orte helfen alle Sonderprogramme zur Förderung politischer Bildung wenig. Wer soll sie denn umsetzen? Wer sorgt für Qualität durch Kontinuität, Verlässlichkeit, Wissensmanagement und Kommunikation? Wie wichtig eine strukturelle Förderung ist, kann man erkennen, wenn es darum geht, wie man Menschen mit Migrationshintergrund, BPoC oder andere marginalisierte Bevölkerungsgruppen in die politische Bildung einbeziehen kann. Sie haben teilweise sehr viele eigene Initiativen, Vereine und Organisationen gegründet. Häufig reden sie aber im Mainstream-Diskurs der politischen Bildung nicht mit. Ein simpler Grund liegt in der Tatsache, dass viele von ihnen ehrenamtlich arbeiten und ihnen die Zeit und Ressourcen für Vernetzung und Austausch fehlt. Sie können einfach nicht auf unzähligen Tagungen dabei sein oder können oft nur im Rahmen von befristeten Projekten agieren. Wenn wir eine Repräsentanz dieser Gruppen haben wollen, brauchen sie eine strukturelle Förderung. Ebenso ergeht es sogenannten etablierten Strukturen, denn auch diese wurden zurück-

*gefahren. Statt aber den Trend, Häuser zu schließen und festes Personal abzubauen, zu stoppen, werden von der Politik immer mehr Sonderprogramme eingerichtet. Aber wir brauchen nicht nur Projekte, die im Übrigen ein Grund dafür sind, dass wir es mit einem höchst prekären Arbeitsbereich zu tun haben. Wir brauchen Raum und Mittel und Ansprechpartner*innen, die – auch für die Umsetzung von Projekten – wahrnehmbar und vertrauensbildend arbeiten können und eine Infrastruktur bereiten, mit der mehr Menschen Zugänge zu politischer Bildung finden.*

Sehen Sie den Themenkomplex der politischen Bildung auf der politischen Entscheidungsebene ausreichend repräsentiert? Das würde ja quasi daran anknüpfen.

*Ich will nicht alle Politiker*innen und Politiker über einen Kamm scheren, es gibt sicherlich solche, die da sehr differenziert denken. Aber wenn man sich in den Bundesländern und auf der Bundesebene anschaut, was für Programme aufgelegt werden, herrscht wohl so eine Art technokratisches Trichtermodell-Denken vor. Es gibt die Vorstellung, punktuelle, gezielte Maßnahmen oder Projekte helfen, um komplizierte gesellschaftliche und politische Entwicklungen zu beeinflussen. Offenbar haben viele politische Entscheidungsträger auch eine Vorstellung davon, in welche Richtung das gehen soll.*

Die politische Bildung ist da eher skeptisch. Zunächst geht sie davon aus, dass politisches Lernen lebenslanges Lernen ist und daher ein Regelangebot sein muss. In verschiedenen Lebenslagen, in jedem Alter, mit ständig neuen Themen oder Interessenskonflikten, aufgrund neuer



Wissenslagen wird es immer neue Herausforderungen geben, was politisches Lernen angeht. Man schaue sich nur die Corona-Krise an. Was haben wir in dieser Zeit alles gelernt über die Gesellschaft, über Politik, über die Frage, wer mit welcher Legitimation für andere entscheidet und welche Rolle dafür abgesichertes Wissen spielt. Das politische Lernen hat sich nicht irgendwann „erledigt“, es ist ein ergebnisoffener Prozess, ebenso wie die politische Meinungsbildung und Urteilsfindung. Man kann daher auch nicht sagen, was „hinten rauskommt“ oder sich quasi lauter kleine Demokrat*innen backen. Stattdessen wird in Präventionskategorien gedacht: Es soll etwas verhindert werden, statt etwas zu ermöglichen. Es wird nicht die offene gesellschaftliche und politische Auseinandersetzung gefördert, sondern es werden „Ismen“ bekämpft. Die Politik schaut vor allem aufs Extreme. Dabei wissen wir doch, dass die Gefahren für die Demokratie aus der Mitte der Gesellschaft kommen, nicht von ihren Rändern.

Viele Sonderprogramme sind so angelegt: punktuell-kurzfristig und ergebnisorientiert.

Ich wäre froh, wenn auf der politischen Entscheidungsebene sehr viel differenzierter und gleichzeitig flexibler gedacht werden würde. Dann könnte öffentliche Finanzierung viel mehr und bessere politische Bildung ermöglichen – strukturell, thematisch, von den Formaten, von den Methoden, von den Zielgruppen her.

Aber aus den genannten Gründen wird, trotz der vermeintlichen Konjunktur politischer Bildung, die politische Lobbyarbeit nicht einfacher. Es finden vor allem diejenigen Gehör, die es Politiker*innen einfach machen.

Ein Beispiel ist, dass es offensichtlich einleuchtet, dass man mit Demokratiebildung ganz früh anfangen muss. Politiker*innen hat man sofort auf seiner Seite, wenn man sagt, wir müssen die Bildung im Kindergarten verbessern. Versuchen Sie das mal für die Erwachsenenbildung. Aber gerade bei der erwachsenen Bevölkerung offenbaren sich in letzter Zeit erschreckende Wissenslücken über unser demokratisches System und noch stärker über unsere demokratische Kultur. Dennoch hat die politische Erwachsenenbildung nur wenige Freunde in der Politik. Darüber hinaus gibt es ein über die letzten Jahre abnehmendes Vertrauen in die Fachverbände. Wir hatten früher, vor allem im Jugendbereich und im Sinne des Subsidiaritätsprinzips, eine Kommunikation fast auf Augenhöhe. Die Politik agiert aber immer stärker mit einer Top-Down-Steuerung und scheut immer mehr eine Auseinandersetzung mit den fachlichen Stimmen, auch mit der Wissenschaft. Das gilt sogar für die Evaluation von Sonderprogrammen oder Modellprojekten. Oft fragt man sich, warum diese finanziert werden, wenn niemand auf die Ergebnisse hört?

Welchen Einfluss können denn Institutionen wie die Transferstelle für politische Bildung ausüben?

Wir sind kein Verband und keine Interessensvertretung. Dies ist die Rolle von Verbänden. Allerdings sind sie in der Politik eher gefragt, wenn man jemanden braucht, der Ideen der Politik umsetzt, weniger, wenn dieselben Verbände kommen und sagen, was aus Sicht der Praxis sinnvoll wäre. Dann ist deren Einfluss meiner Beobachtung nach sehr gering und sogar abnehmend.

„STATT ABER DEN TREND, HÄUSER ZU SCHLIESSEN UND FESTES PERSONAL ABZUBAUEN, ZU STOPPEN, WERDEN VON DER POLITIK IMMER MEHR SONDERPROGRAMME EINGERICHTET. ABER WIR BRAUCHEN NICHT NUR PROJEKTE, DIE IM ÜBRIGEN EIN GRUND DAFÜR SIND, DASS WIR ES MIT EINEM HÖCHST PREKÄREN ARBEITSBEREICH ZU TUN HABEN. WIR BRAUCHEN RAUM UND MITTEL UND ANSPRECHPARTNER*INNEN, DIE – AUCH FÜR DIE UMSETZUNG VON PROJEKTEN – WAHRNEHMBAR UND VERTRAUENSBLDEND ARBEITEN KÖNNEN UND EINE INFRASTRUKTUR BEREITEN, MIT DER MEHR MENSCHEN ZUGÄNGE ZU POLITISCHER BILDUNG FINDEN.“

„ES GIBT DIE VORSTELLUNG, PUNKTUELLE, GEZIELTE MASSNAHMEN ODER PROJEKTE HELFEN, UM KOMPLIZIERTE GESELLSCHAFTLICHE UND POLITISCHE ENTWICKLUNGEN ZU BEEINFLUSSEN.“



Transfer für Bildung e.V. mit der Transferstelle für politische Bildung wird sehr oft eingeladen, weil wir als ‚neutral‘ verstanden werden. Darauf bestehen wir auch, allerdings weniger der Politik gegenüber, als gegenüber der Fachszene. Für diese möchten wir als Plattform fungieren, auf der die einzelnen Interessensvertretungen in fachlicher Absicht zusammenkommen können und man nicht strategisch miteinander spricht, sondern gemeinsame Lösungen für gemeinsame Herausforderungen sucht. Und da machen wir immer wieder die Erfahrung, dass die fachliche Nähe viel größer ist als es nach außen hin erscheint. Denn sobald man sich über bestimmte Grundsätze verständigt und bestimmte Erfahrungen austauscht, merkt man, dass Demarkationslinien, die strukturell oder förderpolitisch gesetzt werden, wegfallen und man sehr viele Gemeinsamkeiten hat. Es gibt so viele Menschen mit unterschiedlichen Interessen und Vorlieben, dann ist es doch gerade gut, wenn es so viele verschiedene Angebote politischer Bildung gibt. Wir müssen nur darüber nachdenken, wie diese verschiedenen Angebote wahrnehmbarer werden. Die Logik von Politik und Verwaltung ist da oft eine andere. Hier gelten Ressortgrenzen und standardisierte Abläufe. Will man die politische Bildung aber effektiver machen und breiter aufstellen, müssen auch Verwaltungshandeln und Förderrichtlinien flexibler werden. Hier werden wir allerdings aktiv: Transfer für Bildung versucht auch der Politik gegenüber den Zusammenhang zwischen rechtlichen oder politischen Vorgaben und einer vielfältigen und erfolgreichen politischen Bildungspraxis zu verdeutlichen.

Jetzt haben Sie vorhin schon ein bisschen angedeutet, welche Rolle Ihr Verein, die Transferstelle, einnimmt. Gibt es genügend Austauschforen unter Akteur*innen und Multiplikator*innen? Es klingt eigentlich so, als ob sie dafür prädestiniert sind.

Nein, es gibt nicht genügend Möglichkeiten, weder für ein gegenseitiges Kennenlernen, noch für einen Austausch, noch für eine Zusammenarbeit. Wir sind froh, wenn wir Dinge anstoßen bzw. anregen können. Es ist auch tatsächlich nicht ganz so einfach, vor allem aufgrund von strukturellen Separierungen. Für manche Akteure ist es ein Schritt, über ihre Grenzen hinaus zu kommunizieren, z. B. einen anderen Verband einzuladen. Insofern haben wir es da leichter, Leute zusammenzubringen, aber wir haben in der Regel nicht immer die Möglichkeiten dazu, weil wir ein kleiner Verein sind und eher punktuell Akzente setzen können. Wir sind aber ganz froh, dass nun ganz

langsam – eben auch mit dem 16. Kinder- und Jugendbericht – unter den Verbänden ein breiteres Bewusstsein für den gemeinsamen Austausch entsteht.

Lassen Sie uns noch einen Schritt weitergehen, wenn wir jetzt nach Akteur*innen und Multiplikator*innen gefragt haben. Gibt es im Arbeitsalltag politischer Bildner*innen einen Austausch zwischen Theorie und Praxis vor Ort?

*Es ist ein zwiespältige Angelegenheit. Da es keine genuinen Studiengänge für politische Bildung außerhalb der Schule gibt, haben wir einerseits wenig wissenschaftliche Forschung, entsprechend auch wenig Literatur oder Vorträge und auch wenige Ansprechpartnerinnen und -partner. Andererseits sind die politische Bildner*innen umso mehr auf eine Qualifizierung `on the job` angewiesen.*

*Und wenn politische Bildner*innen z. B. zusammen in einer Bildungsstätte arbeiten, gibt es diesen Austausch auch. Permanent wird eigentlich gefragt, „Wie ist unser Programm?“, „Wen sprechen wir an?“, „Was machen wir?“ und so weiter. Man darf nicht vergessen, dass alle Menschen, mit denen die Kolleg*innen zu tun haben – anders als in der Schule – freiwillig kommen. Das ist eine permanente „Abstimmung mit den Füßen“ und intern eine ständige Selbstevaluation. Andererseits haben die Praktiker*innen wenig Zeit. Viele bedauern, dass sie zusätzlich zu ihrer praktischen Arbeit – unter anderem aufgrund der schon angesprochenen Projektitis – sehr viel Verwaltungstätigkeiten machen müssen und sich zu wenig um neueste fachliche Erkenntnisse kümmern können. Wir sehen es sehr deutlich an den Zugriffszahlen unserer Literaturdatenbank, wo wir Informationen zur neusten wissenschaftlich-empirischen Literatur vorhalten, wie groß das Interesse an kompaktem und niedrigrschwelligem Wissen ist. Und wir merken gerade, dass viele Menschen eher an Veranstaltungen teilnehmen, die online angeboten werden, weil man nicht reisen muss und es nicht so zeitaufwendig ist. Es ist also für die Praxis in mehrfacher Hinsicht schwer, ihre Arbeit auf wissenschaftlicher Basis zu reflektieren.*

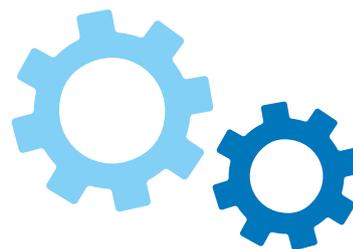
Was wäre nötig, damit der Austausch insgesamt noch besser stattfinden kann? Würden Sie da eher ein Stück zurückgehen und sagen, es bräuchte tatsächlich erst einmal so etwas wie einen eigenen Studiengang oder eine eigene Disziplin innerhalb der politischen Wissenschaft?

In mehreren Untersuchungen zur wissenschaftlichen Situation der politischen Bildung haben wir herausgearbeitet, dass Forschung und Lehre zur politischen Bildung in Deutschland auf viele verschiedene Wissenschaftsdisziplinen verteilt, darunter Politikwissenschaften, Politikdidaktik, Erziehungswissenschaften, Bildungswissenschaften, Soziale Arbeit, Soziologie, Psychologie, usw. Viele Akteure kennen sich daher nicht, das heißt, dass es stark voneinander separierte Fachdiskurse gibt. Neben den wenigen Fachzeitschriften gibt es kaum öffentliche Plattformen, auf denen man den Diskurs über neuste Themen und Berichte von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern verfolgen könnte. Den größten Anteil machen zudem Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus der Politikdidaktik aus, die aber zu 90 Prozent ausschließlich zum Thema Schule arbeiten und sich somit auf ein ganz anderes Bildungsverständnis und Bildungssetting beziehen, als es im außerschulischen Bereich vorherrscht. Durch diese prekäre Lage in der Wissenschaft, bringen auch die Fachkräfte ganz unterschiedliche Qualifikationen mit. Die einen haben Politikwissenschaften studiert oder vielleicht Lehramt, die kommen mit einem relativ schulischen Verständnis daher. Die anderen haben Sozialpädagogik studiert und kommen aus der Jugendbildung und -arbeit und haben wiederum ein anderes Verständnis. Es ist also schwer, ein gemeinsames Professionsverständnis auszubilden. Letztlich zeigt sich, dass die Qualifikation in der außerschulischen politischen Bildung in einem hochgradig selbstorganisierten Fachdiskurs der Zivilgesellschaft stattfindet.

Es ist interessant, dass der Bereich aus unserer Sicht dann doch so gut funktioniert, obwohl er so fragmentiert ist, sich vornehmlich selbst organisiert und irgendwie den Austausch mitgestaltet – faszinierend eigentlich.

Ja, das würde ich tatsächlich dem individuellen Engagement derjenigen, die dort arbeiten, zuschreiben. Wer in diesem Bereich arbeitet, der weiß, dass es kein leichtes Pflaster ist – man wird nicht irgendwie aus Verlegenheit politischer Bildner oder politische Bildnerin.

Vielen Dank!





III. PRAKTISCHE PERSPEKTIVE

POLITISCHE BILDUNG FÜR ANERKENNUNG, SOLIDARITÄT UND DEMOKRATIE IN DER ARBEITSWELT

Herausforderungen für die gewerkschaftliche Bildungsarbeit in NRW

Elke Hülsmann, M.A., Tim Ackermann, M.A.



© Martin Laessig

Elke Hülsmann
Geschäftsführerin des
DGB-Bildungswerk NRW e.V.



© Martin Laessig

Tim Ackermann
Bildungsreferent des
DGB-Bildungswerk NRW e.V.

„DIESE VERSCHIEBUNG DES WAHLVERHALTENS KANN – VERMITTELT ÜBER EIN EXKLUSIVES VERSTÄNDNIS VON SOLIDARITÄT ALS MITTEL DES STATUSERHALTS – ALS REAKTION AUF OHNMACHTSGEFÜHLE, KONTROLLVERLUSTÄNGSTE UND DAMIT EINHERGEHENDE ABSTIEGSÄNGSTE GEDEUTET WERDEN.“

Das DGB Bildungswerk NRW e.V. hat als Bildungsträger der Gewerkschaften des DGB in NRW seine Hauptzielgruppe im Bereich der klassischen Arbeiter*innen und Angestellten. Diese Milieus verorten sich selbst subjektiv mehrheitlich in der sogenannten Mittelschicht und sehen sich zunehmend von gesellschaftlichem Abstieg bedroht. In diesem Kontext kann eine Abwendung von Teilen des gewerkschaftlichen Kernklientels von den etablierten Formen, Institutionen und Parteien der parlamentarischen Demokratie der BRD beobachtet werden. Die insbesondere im Bereich der Arbeiter feststellbare, im gesellschaftlichen Schnitt überdurchschnittliche Hinwendung zur AfD kann als Indiz für diese Abwendung gedeutet werden.^{1 2} Insbesondere im Ruhrgebiet konnte die AfD in „abgehängten“, ehemaligen Arbeiter*innenvierteln besonders hohe Stim-

menanteile gewinnen.³ Dies betrifft nicht die Mehrheit der Gewerkschaftsmitglieder oder der klassischen Arbeiter*innen- und Angestelltenmilieus, aber ist eine besorgniserregende Tendenz, der besondere Aufmerksamkeit geschenkt werden muss.

Diese Verschiebung des Wahlverhaltens kann – vermittelt über ein exklusives Verständnis von Solidarität als Mittel des Stuserhalts – als Reaktion auf Ohnmachtsgefühle, Kontrollverlustängste und damit einhergehende Abstiegsängste gedeutet werden. In diesem Kontext tragen die Gewerkschaften des DGB auch eine gesamtgesellschaftliche Verantwortung: Mit Blick auf spezifisch betriebliche Nährböden rechter Orientierungen „kommen Gewerkschaften herausgehobene, nicht ersetzbare Aufgaben im Kampf gegen völkische,

antidemokratische und menschenfeindliche Einstellungen und Aktivitäten zu⁴⁴. Immerhin „gehören sie zu den wenigen demokratisch-zivilgesellschaftlichen Organisationen, die die frustrierten Arbeitnehmermilieus der Republik überhaupt noch erreichen“⁴⁵. Dabei kommt der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit mit ihrer eigenen Bildungstheorie, -geschichte und -praxis eine hohe Bedeutung bei. Zum einen über eine explizite Thematisierung gesellschaftspolitischer Positionen und Werte der Gewerkschaften des DGB mittels Gedenkstättenfahrten sowie demokratischer, antirassistischer und antifaschistischer Aufklärungs- und Bildungsarbeit. Zum anderen über die Befähigung der Kolleg*innen zur betriebspolitischen Bearbeitung des Interessengegensatzes von Kapital und Arbeit mittels Qualifizierungen für betriebliche Interessenvertretungen⁶ und organisationspolitischer Bildungsarbeit. Nur gut ausgebildete betriebliche Interessenvertreter*innen und Vertrauensleute sind in der Lage, anhand konkreter Verbesserungen von Lebens- und Arbeitsbedingungen über betriebs- und tarifpolitische Auseinandersetzungen eine Minderung von Ohnmachtsgefühlen, Kontrollverlustängsten und Abstiegsängsten bei den Kolleg*innen zu erwirken. Daneben ist insbesondere der Beitrag von positiven Erfahrungen in der Arbeitswelt in Form von Anerkennung, Solidarität und Beteiligung für die Reduktion extrem rechter und menschenfeindlicher Einstellungen sowie für die Stärkung demokratischer Haltungen nicht zu unterschätzen.⁷

ANKNÜPFUNGSPUNKTE RECHTER EINSTELLUNGEN UND EXKLUSIVER SOLIDARITÄTSVORSTELLUNGEN BEI ARBEITER*INNEN

Die sozialpopulistische Demagogie der völkisch-nationalistischen Rechten kann durchaus an spezifische Anknüpfungspunkte im Bewusstsein der Arbeiter*innen andocken. Diesen liegen umfassende ökonomisch-soziale und kulturelle Veränderungsprozesse der vergangenen Jahrzehnte zugrunde. So führte die verstärkte ökonomische Globalisierung nach dem Ende der Systemkonkurrenz 1989 auch in Deutschland zu umfangreichen neoliberalen Reformen des Sozialstaats und zu einem Abbau von dessen Schutzfunktionen für abhängig Beschäftigte und Arbeitslose. Damit, sowie mit der Deregulierung und Flexibilisierung des Arbeitsmarktes einhergehend, verschob sich die Verteilung der geschaffenen Werte zwischen Arbeit und Kapital:

Während die Lohnquote sank, stieg die Profitquote entsprechend, so dass die Schere zwischen Arm und Reich zunehmend weiter auseinander ging.⁸ Mit diesen sozioökonomischen Umbrüchen waren auch Kulturkämpfe verbunden. Die „fortgesetzte Entfesselung eines auch gesellschaftspolitisch, in Fragen der Herkunft zudem farbenblinden Kapitalismus, der zuvor durch ethnische Schranken blockiert wurde“⁹, trug zu einer gesellschaftspolitischen Liberalisierung bei, in dessen Zuge Frauen und gesellschaftliche Minderheiten eine zunehmende rechtliche Gleichstellung wie gesellschaftliche Sichtbarkeit durchsetzen konnten.¹⁰ Diese Aufwertungen sowie die ihnen zugrundeliegenden Werteverstärkungen haben auch eine gefühlte Abwertung traditioneller Lebensstile, wie sie in den Arbeiter*innenmilieus verbreitet sind, bedingt.¹¹

Im Kontext der ökonomischen Verschlechterungen für abhängig Beschäftigte und der soziokulturellen Veränderungsprozesse kann die Hinwendung von Arbeiter*innen zur AfD als „Bewegung polanyischen Typs“, als Teil der „Doppelbewegung“ von ökonomischen Inwertsetzungen gesellschaftlicher Lebensbereiche sowie der gesellschaftlichen Gegenbewegungen dazu begriffen werden.¹² Diese Betrachtungsweise „lenkt die Aufmerksamkeit auf die durch die marktliberale Restrukturierung von Ökonomie und Gesellschaft hervorgerufenen sozialen und kulturellen Unsicherheiten und Erfahrungen von Ungerechtigkeit und Missachtung“¹³.

Spätestens seit den 1990er Jahren wird auch in gewerkschaftlichen Kreisen über Rechtsextremismus in den eigenen Reihen diskutiert.¹⁴ Und die sogenannte Zeuner-Studie konstatierte in den 2000er Jahren, dass „Gewerkschaftsmitglieder [...] ebenso anfällig für Rechtsextremismus wie die Gesamtbevölkerung“¹⁵ sind. Zudem sind „bestimmte Stammklientel der Gewerkschaften [...] sogar überdurchschnittlich anfällig“¹⁶. Dies begründet sich im Wesentlichen in der auffallenden Repräsentation einer „Arbeitnehmermittelschicht“¹⁷ in den gewerkschaftlichen Organisationen. Für dieses Milieu galten die Gewerkschaften „in besonderer Weise als Repräsentanten und Garanten eines gerade demolierten Systems kollektiver sozialer Sicherung“¹⁸, und es war sowohl von materiellen Verlusten als auch vom Verlust politischer Einflussmöglichkeiten betroffen. Die Enttäuschung über die geschwundene ‚Schutzfunktion‘ der Gewerkschaften und damit über den Verlust eigener politischer Gestaltungsmacht sowie Abstiegs- und Verlustängste konnten zur Hinwendung zu autoritären

und rechten Ideologien als neuen Hoffnungsträgern führen. So waren auch vor dem Aufstieg der AfD in den Betrieben „[g]esellschafts- und kapitalismuskritische Einstellungen und Urteile [...] weit verbreitet“¹⁹. Allerdings war diese Kritik „heimat- und orientierungslos“²⁰.

Die konkrete Situation in den Betrieben eröffnet ebenfalls spezifische Zugänge abhängig Beschäftigter zu einer sozialpopulistisch agierenden extremen Rechten. Eine repräsentative Studie im Auftrag der Hans-Böckler-Stiftung zum Zusammenhang von Einstellungen und sozialen Lebenslagen kommt zu dem Ergebnis, dass der „Arbeitskontext [...] eine wichtige Rolle für die Entscheidung, AfD zu wählen“²¹ spielt. Ausschlaggebend ist „allerdings weniger die objektive Erwerbssituation [...], sondern vielmehr die Sorge um die Gestaltbarkeit der eigenen Erwerbsbiographie in der Zukunft“²². Dieser empfundene Kontrollverlust spielt eine wichtige Rolle bei der Wahl rechter Parteien. Dabei identifizierten die Forscher*innen diesen in dreifacher Hinsicht: „In persönlicher Hinsicht – mit Blick auf den technologischen Wandel und Zukunftsängste, in politischer Hinsicht – Politik und Institutionen werden als abgehoben empfunden und enttäuschen das Bedürfnis, gehört zu werden, und in nationalstaatlicher Hinsicht – der Staat kommt seiner Aufgabe nicht ausreichend nach, die eigene Bevölkerung zu schützen, wie z. B. im Fall der Aufnahme von Flüchtlingen“²³. Auch eine Forschungsgruppe des Münchener Instituts für sozialwissenschaftliche Forschung (ISF) und der Redaktion der Zeitschrift Sozialismus analysiert einen „betrieblichen Nährboden“ für die Hinwendung zu einem völkisch-autoritären Populismus. Sie ging in einer qualitativen Studie der Frage nach, ob es „eine arbeitsweltliche ‚Grundströmung‘ [gibt], ohne die die soziale Verankerung und auch politische Dynamik des Rechtspopulismus nicht zu erklären wären“²⁴. Dabei kamen sie zu dem Ergebnis, dass in den Betrieben eine „Zuspitzung der arbeitsweltlichen Verhältnisse“ festzustellen sei²⁵, die mit der Wahrnehmung eines „Dauerzustands von Krise“ einhergehe und mit „steigende[m] Zeit- und Leistungsdruck“²⁶ verbunden sei. Grundlage dafür sei eine „permanente Reorganisation in den Unternehmen“²⁷, die eine permanente Anpassungsleistung bei gleichzeitigem gefühltem Kontrollverlust über die eigenen Arbeitsbedingungen erzwingt sowie eine „schleichende[n] Verschlechterung [...] [der] Arbeits- und Lebensbedingungen“²⁸ mit sich bringe.

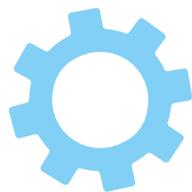
Diese Gemengelage und die damit einhergehenden Gefühle von Ohnmacht und Wut begünstigen Formen exklusiver, ausschließender Solidarität. Dies kann von

„SPÄTESTENS SEIT DEN 1990ER JAHREN WIRD AUCH IN GEWERKSCHAFTLICHEN KREISEN ÜBER RECHTSEXTREMISMUS IN DEN EIGENEN REIHEN DISKUTIERT.“

der extremen Rechten über die völkische Besetzung der sozialen Frage und ihrer Umdeutung in einen Verteilungskampf zwischen ‚Innen‘ und ‚Außen‘ aufgegriffen werden und zur Unterstützung einer Politik, „die auf Statuserhalt und Schutz der eigenen Lebensweise mittels Flüchtlingsabwehr zielt“²⁹ führen. Somit bieten sich der extremen Rechten „gute Chancen, den Globalisierungs- und Modernisierungsverlierern den völkisch homogenen Nationalstaat als Gegengift gegen die unerwünschten Begleiterscheinungen der Globalisierung schmackhaft zu machen“³⁰. Dabei scheint insbesondere der Repräsentations- und Einflussverlust der Gewerkschaften des DGB eine wichtige Rolle zu spielen. So werden „zumindest Teile der Beherrschten für Interpretationen der sozialen Frage, die Gegensätze von oben und unten in Konflikte zwischen innen und außen, zwischen Migranten und einem als kulturell homogen vorgestellten deutschen Volk umdeuten“³¹ desto empfänglicher, je „geringer die Aussichten der von Löhnen abhängigen Klassen sind, in den gesellschaftlichen Verteilungskämpfen eigene Gerechtigkeitsvorstellungen durchzusetzen“³².

Allerdings bleibt eine Betrachtung des spezifischen sozio-ökonomischen Kontextes der Hinwendung abhängig Beschäftigter zu extrem rechten und autoritären Deutungsmustern ohne die Hinzuziehung der in der Gesellschaft vorhandenen menschenfeindlichen Einstellungsmuster unvollständig. Sie bilden die Grundlage für exklusive und autoritäre Lösungsstrategien sowie den Erfolg der rechtspopulistischen Anrufungen. Eine repräsentative Umfrage der Leipziger Autoritarismus-Studie von 2020 kommt dabei auf einen Anteil von geschlossen manifest ausländerfeindlich Eingestellten an der deutschen Bevölkerung von 16,5 Prozent.³³ Und eine Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) kommt zu dem Ergebnis, dass „AfD-Unterstützer sich außer in ihren Einstellungen zu Flüchtlingen kaum von anderen Deutschen unterscheiden“³⁴. Auch bei Personen, die als Modernisierungsverlierer gelten

„SOMIT BIETEN SICH DER
EXTREMEN RECHTEN
,GUTE CHANCEN, DEN
GLOBALISIERUNGS- UND
MODERNISIERUNGSVERLIERERN
DEN VÖLKISCH HOMOGENEN
NATIONALSTAAT ALS GEGENGIFT
GEGEN DIE UNERWÜNSCHTEN
BEGLEITERSCHENUNGEN DER
GLOBALISIERUNG SCHMACKHAFT
ZU MACHEN.“



können, sei die Frage der „Ausländerfeindlichkeit“ entscheidend für die Zustimmung oder Ablehnung der AfD.³⁵ Rassistische Einstellungsmuster behalten somit als Voraussetzung für die Akzeptanz extrem rechter Deutungen gesellschaftlicher Verhältnisse Relevanz und können nicht von sozial- und arbeitspolitischen Fragen separiert werden.

GEWERKSCHAFTLICHE ZUGÄNGE ÜBER BILDUNGSARBEIT UND DEREN GRUNDSÄTZE

Politische Bildung ist für unsere Demokratie unverzichtbar. Ein demokratisches und soziales Gemeinwesen braucht Beteiligung und Mitbestimmung der abhängig Beschäftigten in Betrieb, Wirtschaft und Gesellschaft. Dementsprechend spielt die politische Aufklärungs- und Bildungsarbeit der Gewerkschaften des DGB eine wesentliche Rolle in den Auseinandersetzungen mit rassistischen wie undemokratischen Einstellungsmustern in der eigenen Mitgliedschaft. Dabei stellt die gewerkschaftliche Bildungsarbeit eine spezifische Form der politischen Jugend- und Erwachsenenbildung mit eigener Geschichte und Theoriebildung dar. Sie orientiert sich inhaltlich sowie methodisch an den konkreten

Bedarfen sowie Anforderungen der gewerkschaftlichen Mitglieder und begreift sich als Zweckbildung für die sozialen Auseinandersetzungen. Sie ist handlungsorientiert und will lohnabhängige Beschäftigte zu einer aktiven Vertretung ihrer Interessen in Betrieb und Gesellschaft befähigen. Die Vermittlung zentraler gewerkschaftlicher Werte wie Solidarität, Gleichwertigkeit, persönliche Freiheit, soziale Teilhabe, Mitbestimmung und demokratische Beteiligung spielt in diesem Kontext eine wichtige Rolle. Eine Besonderheit der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit ist, dass sie Teil einer demokratischen Praxis ist, bei der die Gewerkschaftsmitglieder kollektiver Souverän ihrer Bildung und die gewerkschaftlichen Bildungsobjekte zugleich Subjekte der eigenen Bildung und Subjekte der Organisation, die diese Bildungsprozesse trägt, sind.³⁶

So werden die Inhalte der Seminare von den Alltagsthemen der Teilnehmenden mitbestimmt und die Konflikte um die Arbeitsbedingungen in den Betrieben stehen in der Regel im Mittelpunkt. Anhand alltags- und arbeitsweltlicher Problemstellungen werden die betrieblichen und gesellschaftlichen Wirklichkeiten reflektiert und in einen größeren wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Zusammenhang eingebettet. Ziel dabei ist auch die Herausbildung von Fähigkeiten zum gemeinsamen solidarischen Handeln, zur Selbstorganisation und Eigenverantwortung, zur konstruktiven Kommunikation und Beteiligung. Für viele Teilnehmenden erfolgt auf den gewerkschaftlichen Seminaren erstmalig die Verknüpfung ihrer betrieblichen Erfahrungen mit einem breiteren gesellschaftspolitischen Wissen sowie mit dem Aufbau von Orientierungswissen und Werthaltungen.



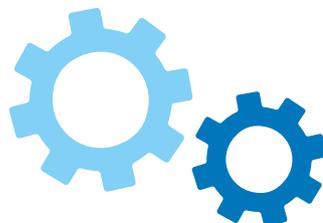
„EIN DEMOKRATISCHES UND
SOZIALES GEMEINWESEN
BRAUCHT BETEILIGUNG UND
MITBESTIMMUNG DER ABHÄNGIG
BESCHÄFTIGTEN IN BETRIEB,
WIRTSCHAFT UND GESELLSCHAFT.“

Die Gewerkschaften des DGB gehören zu den größten Anbietern politischer Bildung in Deutschland. Alleine die knapp 1.400 ein- und mehrtägigen Bildungsmaßnahmen des DGB Bildungswerk NRW e.V. wurden im Jahr 2019 von über 20.000 Teilnehmenden mit fast 70.000 Teilnehmendentagen besucht. Dazu kommen noch über 10.000 Teilnehmende mit ca. 3.800 Unterrichtsstunden in ca. 630 nichtganztägigen Bildungsmaßnahmen. Dabei erreicht die Bildungsarbeit der Gewerkschaften gesellschaftliche Milieus, die sonst kaum zum Teilnehmendenkreis von politischen Erwachsenenbildungseinrichtungen gehören. Die Gründe dafür liegen in den spezifischen Zugängen der Gewerkschaften zu ihren Zielgruppen, in den auf die konkreten Lebens- und Arbeitswelten bezogenen praxisorientierten Inhalten sowie in den zielgruppenorientierten Seminarkonzeptionen und Bildungsmethoden.

Gerade im Bereich der Grundlagenbildung für Vertrauensleute und betriebliche Interessenvertreter*innen steht neben der Vermittlung des konkreten, rechtlichen und theoretischen Handwerkszeugs für die betriebliche Praxis, die Vermittlung von gewerkschaftlichen Werten und Haltungen im Mittelpunkt. Der pädagogische Ansatz „Aus der Praxis für die Praxis“ garantiert über den Einsatz von pädagogisch ausgebildeten, ehrenamtlichen Referent*innen – die selbst in ihrem beruflichen Alltag als Interessenvertreter*innen oder Vertrauensleute tätig sind – eine an den konkreten Bedarfen der Zielgruppe ausgerichtete praxisnahe Bildungsarbeit, die über zielgruppengerechten Methodeneinsatz auch eine authentische Werterhaltung vermittelt. Dabei spielt insbesondere das sogenannte „Zweite Seminar“ – also die seminarfreie Zeit der Pausen und Seminarabende – eine wichtige Rolle. Hier findet ein Erfahrungsaustausch der Seminarteilnehmenden und Referent*innen statt, der der betriebspolitischen Vereinzelung über die Erfahrung mit den eigenen Problemstellungen und Mühseligkeiten nicht alleine zu sein entgegenwirkt und eine wichtige Ermutigung und Stärkung der Kolleg*innen darstellt.

In ihrer Gesamtheit bietet die gewerkschaftliche Bildungsarbeit mit ihrer Förderung von Selbstbestimmungs-, Mitbestimmungs- und Solidaritätsfähigkeit eine erfahrbare Gegenposition zur Akzeptanz zunehmender menschenverachtender Einstellungen, wachsender gesellschaftlicher Ungleichheiten sowie der Tendenz zur marktkonformen Zurichtung von „Demokratie“ und leistet damit einen wichtigen Beitrag zu einer demokratischen wie sozialen Gestaltung von Gesellschaft.

„DABEI ERREICHT DIE BILDUNGS-
ARBEIT DER GEWERKSCHAFTEN
GESELLSCHAFTLICHE MILIEUS,
DIE SONST KAUM ZUM
TEILNEHMENDENKREIS VON
POLITISCHEN ERWACHSENEN-
BILDUNGSEINRICHTUNGEN
GEHÖREN.“



GEWERKSCHAFTLICHE POLITISCHE BILDUNG ALS PRÄVENTION GEGEN RECHTE EINSTELLUNGEN

Die gewerkschaftliche Bildungsarbeit lässt sich – ganz grob – in zwei unterschiedliche Teilbereiche aufgliedern. Dabei stellt die direkte gesellschaftspolitische Bildung und Aufklärung – also derjenige Bereich der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit, der nach den Kategorien „normaler“, bildungsbürgerlicher politischer Bildung als politische Bildung angesehen wird – nur einen kleinen Teil der politischen Bildungsarbeit der Gewerkschaften dar. Der zweite, wesentlich umfangreichere Bereich der gewerkschaftlichen politischen Bildungsarbeit umfasst das Feld der Qualifizierung von betrieblichen Interessenvertretungen sowie der organisationspolitischen Schulung der Vertrauensleute aus den Betrieben und Verwaltungen. Hier erfolgt die Vermittlung von Kompetenzen zur kooperativen wie konfliktiven Bearbeitung des Interessengegensatzes von Kapital und Arbeit. Dieses Feld stellt die gewerkschaftspolitisch zentrale politische Bildung dar und hat den Zweck, die Kolleg*innen zur Stärkung einer beteiligungsorientierten Mitbestimmung in der Arbeitswelt sowie zur Gestaltung menschenwürdiger Lebens- und Arbeitsverhältnisse zu befähigen. Hier werden die Grundlagen demokratischen Handelns in Wirtschaft, Betrieben und Gesellschaft gelegt.

Gesellschaftspolitische Bildung

Die explizit gesellschaftspolitisch ausgerichtete Bildungsarbeit der Gewerkschaften umfasst das Feld, das auch in bildungsbürgerlichen Institutionen der politischen Bildung als politische Bildung begriffen wird. Allerdings ist in der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit auch hier häufig ein Bezug zur Arbeitswelt gegeben.

Thematisch umfasst dieser Bereich ein weites Feld: Der Bogen reicht – ohne Anspruch auf Vollständigkeit – von der Bearbeitung sozial- und wirtschaftspolitischer Themenbereiche über das Feld der internationalen Solidarität sowie den sozialen wie wirtschaftlichen Herausforderungen der Globalisierung zu Fragen des Erhalts des inneren und äußeren Friedens, des Erhalts der natürlichen Lebensbedingungen, der Geschlechtergerechtigkeit, der Vermittlung alltagsweltlicher Kompetenzen bspw. im Bereich der Sozialen Medien und last but not least der Sicherung demokratischer Rechte, der Förderung antirassistischen Denkens, der Aufklärung über extrem rechte Ideologien, Strategien und Erscheinungsformen. Natürlich spielt auch die Geschichte der Arbeiter*innenbewegung als eigene Organisationsgeschichte sowie die Auseinandersetzung mit dem historischen Nationalsozialismus und der Shoah eine wesentliche Rolle.

Das DGB Bildungswerk NRW e.V. hat in diesem Bereich der politischen Bildung ein weites Angebotspektrum aufzuweisen. So werden in Kooperation mit dem Netzwerk „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“, dem Ministerium für Schule und Bildung des

„BESONDERS BEMERKENSWERT IST IN DIESEM ZUSAMMENHANG, DASS DIE GEWERKSCHAFTLICHEN BILDUNGSANGEBOTE MEHRHEITLICH VON KOLLEG*INNEN BESUCHT WERDEN, DIE EINE IM GESELLSCHAFTLICHEN SCHNITT RELATIV GERINGE FORMALE BILDUNG AUFWEISEN.“

Landes NRW, der Landesweiten Koordinierungsstelle der kommunalen Integrationszentren sowie der GEW NRW Qualifizierungsangebote in den Themenfeldern *Rassismuskritische Bildungsarbeit*, *Demokratielernen und Menschenrechtsbildung* angeboten. Zielgruppe dabei sind Lehrer*innen, Schulsozialarbeiter*innen und weitere Multiplikator*innen der schulischen und außerschulischen Arbeit. Darüber hinaus macht es seinen Kooperationspartner*innen das Angebot, Unterstützung und Beratung bei der Entwicklung von Konzepten und Bildungsangeboten sowie der Durchführung von Seminaren, Vorträgen, Workshops u. ä. im Bereich der Bildungsarbeit gegen rechts zu erhalten. Es beschäftigt Expert*innen, die von seinen Kooperationspartner*innen regelmäßig als Referent*innen im Themenfeld angefragt werden. Veranstaltungen wurden unter anderem durchgeführt zu *Gewerkschaften und Rechtspopulismus*, *Wirtschafts- und Sozialpolitik von rechts*, *Politische Bildung in Zeiten von Denunziationsportalen*, *Antisemitismus der AfD*, *Identitäre Bewegung*, *Rentenpolitik der AfD* sowie *Vorbereitungsseminare für Gedenkstättenfahrten*. Daneben führt das DGB Bildungswerk NRW e.V. auch eigenständig mehrere Gedenkstättenfahrten jährlich durch, um für die Gräueltaten des Ersten Weltkriegs sowie den Schrecken von Nationalsozialismus und Shoah zu sensibilisieren.

Besonders bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang, dass die gewerkschaftlichen Bildungsangebote mehrheitlich von Kolleg*innen besucht werden, die eine im gesellschaftlichen Schnitt relativ geringe formale Bildung aufweisen – nebenbei bemerkt lässt einen die praktische Intelligenz und die betriebspolitische Handlungskompetenz ebendieser Kolleg*innen häufig an der nicht unwesentlich über die soziale Herkunft vermittelten Bildungsselektion des dreigliedrigen Schulsystems verzweifeln – und die über gleich lautende Bildungsangebote nicht-gewerkschaftlicher Bildungsinstitutionen so gut wie nicht erreicht werden können. Faszinierend ist es, wenn sich diese Kolleg*innen – vermittelt über für sie anschlussfähige Andockpunkte – erstmalig auf einer emphatischen Ebene mit den Implikationen des Nationalsozialismus für Gewerkschaften, für Arbeiter*innen, für gesellschaftliche Minderheiten – nicht zuletzt der jüdischen Bevölkerung Deutschlands und Europas – und den daraus folgenden Schlüssen für die heutige Gestaltung von Gesellschaft auseinandersetzen.

Die gewerkschaftliche Bildungsarbeit in diesem gesellschaftspolitischen Feld wird davon geleitet, dass Menschen nicht unbedingt als Demokrat*innen

geboren werden, so dass Demokratie gelernt werden muss. Und Demokratie meint nicht nur die Teilnahme an parlamentarischen Wahlen. Da nur eine solidarische und gerechte Gemeinschaft eine friedliche Zukunft der Weltgesellschaft sichern kann, liegt das Ziel in einer umfangreichen Partizipation an wirtschaftlichen wie sozialen Prozessen und einer weitgehend partizipatorischen Gestaltung von Gesellschaft. Dabei verharren die Gewerkschaften nicht im Bestehenden. Um die eigene Interessenlage analysieren und Mittel und Wege zur Beeinflussung der politischen Lage – in Betrieb und Gesellschaft – finden zu können, gehört das Aufzeigen und Finden von gesellschaftlichen Alternativen notwendig dazu.

Qualifizierung betrieblicher Interessenvertretungen und organisationspolitische Bildungsarbeit

Während Betriebsräte, Personalräte und andere betriebliche Interessenvertretungen die gesetzlich begründete Interessenvertretung der Beschäftigten darstellen, bilden die von den Gewerkschaftsmitgliedern gewählten Vertrauensleute die originär gewerkschaftliche Struktur in den Betrieben und Verwaltungen. Alleine in NRW wurden nur bei den Betriebsratswahlen 2018 in mindestens 28.000 Betrieben mindestens 180.000 Betriebsratsmandate vergeben, wovon ca. 40 Prozent von erstmalig gewählten Betriebsratsmitgliedern besetzt wurden. Die Wahrnehmung der Gewerkschaften des DGB als legitime sowie wirkmächtige Organisationen der abhängig Beschäftigten zeigt sich in ihrer Verankerung in den gesetzlichen Interessenvertretungsstrukturen: Über 70 Prozent aller Betriebsratsmitglieder sind Gewerkschaftsmitglied. Vertrauensleute stellen dahingegen ein wichtiges Element innerorganisatorischer Demokratie der Gewerkschaften des DGB dar. Mit Hilfe ihrer gewählten Vertrauensleute stellen die Gewerkschaftsmitglieder sicher, dass ihre Interessen in Willensbildung und Politik der Gewerkschaften eingehen. Diese wiederum können ihre Ansprüche auf Gegenmacht und Gestaltungskraft in den Betrieben realisieren, weil sie die Vertrauensleute und die Mitglieder hinter sich wissen.

Die über die gewerkschaftliche Bildungsarbeit für betriebliche Interessenvertretungen und Vertrauensleute erfolgende Befähigung zur Bearbeitung des Widerspruchs zwischen Kapital und Arbeit stellt ein wichtiges Element der Sicherstellung von Demokratie und Mitbestimmung in der Arbeitswelt dar. Nur gut ausgebildete Interessenvertreter*innen sind in der Lage,

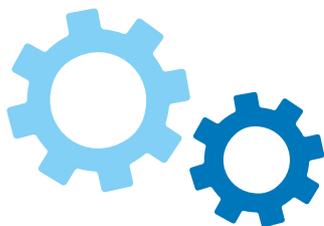
„DIE GEWERKSCHAFTLICHE BILDUNGSARBEIT IN DIESEM GESELLSCHAFTSPOLITISCHEN FELD WIRD DAVON GELEITET, DASS MENSCHEN NICHT UNBEDINGT ALS DEMOKRAT*INNEN GEBOREN WERDEN, SO DASS DEMOKRATIE GELERNT WERDEN MUSS.“

demokratische Beteiligungsprozesse erfolgreich zu gestalten und darüber konkrete Verbesserungen von Lebens- und Arbeitsbedingungen mittels betriebs- und tarifpolitischen Auseinandersetzungen zu bewirken. Die gewerkschaftliche Bildungsarbeit ist über ihre spezifischen Zugänge zu den Kolleg*innen in den Betrieben in der Lage, reale soziale Problemstellungen zu heben und beteiligungsorientierte Lösungswege zu finden. Die enge Verbindung der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit mit den betriebs- und tarifpolitischen Auseinandersetzungen ermöglicht es, dabei politische Handlungsperspektiven mit solidarischen Haltungen sowie einer klaren Abgrenzung nach rechts und gegen Rassismus zu verknüpfen. Soziale Verhältnisse produzieren ja nicht aus sich heraus mit Notwendigkeit eine bestimmte Deutung derselben. Welche Lösungswege angestrebt und welche Veränderungen als sinnvoll erachtet werden, hängt im Wesentlichen von der jeweiligen Deutung dieser Verhältnisse ab. Und ein solidarisches Bewusstsein, eine solidarische Deutung gesellschaftlicher Verhältnisse entsteht in und durch die Erfahrung inklusiver sozialer Kämpfe, für die die gewerkschaftliche Bildungsarbeit die erforderlichen Kompetenzen und Haltungen vermittelt. Bei allen Schwierigkeiten sind hier zentrale Hebel für die Politisierung der betrieblichen Konflikte sowie für das Bewusstmachen der Verflechtungen von Betriebspolitik mit gesellschaftspolitischen Themen zu finden. Dabei spielt die Förderung des Denkens in politischen Alternativen zur angeblich bestehenden „Alternativlosigkeit“ sowie einer Utopiefähigkeit als Treiber sozialer Auseinandersetzungen um ein besseres Leben eine entscheidende Rolle.³⁷

Die damit einhergehenden Selbstwirksamkeitserfahrungen einerseits, die konkret erfahrbare Verbesserung der eigenen Lebens- und Arbeitsverhältnisse sowie

„DIE GEWERKSCHAFTLICHE BILDUNGSARBEIT IST ÜBER IHRE SPEZIFISCHEN ZUGÄNGE ZU DEN KOLLEG*INNEN IN DEN BETRIEBEN IN DER LAGE, REALE SOZIALE PROBLEMSTELLUNGEN ZU HEBEN UND BETEILIGUNGSORIENTIERTE LÖSUNGSWEGE ZU FINDEN.“

die darüber erreichbare Eindämmung des betrieblichen Nährbodens exklusiver Solidaritätstendenzen andererseits stellen ein wichtiges Element der Minderung von Ohnmachtsgefühlen, Kontrollverlustängsten und Abstiegsängsten bei den Kolleg*innen dar. Darüber hinaus kommt die Leipziger Autoritarismus-Studie von 2020 zu dem Ergebnis, dass positive Erfahrungen von Beteiligung, Solidarität und Anerkennung im sozialen Nahbereich von Betrieb und Arbeitsplatz einen begrenzenden Einfluss auf extrem rechte sowie menschenverachtende Einstellungen haben und die Zufriedenheit mit der Demokratie verstärken.³⁸ Entscheidend dabei ist die mit Beteiligungsprozessen einhergehende Erfahrung von (Selbst-)Wirksamkeit, Kooperation und erfolgreicher Konfliktaustragung, die es den Kolleg*innen ermöglicht, sich als einmischende, gestaltende und wirksame Subjekte zu erfahren. Partizipationsprozesse in der Arbeitswelt ermöglichen damit ein Wissen um die prinzipielle Gestaltbarkeit der alltäglichen Lebenswelten und schaffen über die konkrete Erfahrbarkeit demokratischer Prozesse auch ein demokratisches Bewusstsein.



HERAUSFORDERUNGEN DURCH CORONA-LEUGNER*INNEN UND DIE DAMIT EINHERGEHENDEN VERSCHWÖRUNGS-THEORETISCHEN, ANTISEMITISCHEN UND SOZIALDARWINISTISCHEN EINSTELLUNGEN

Im Zuge der Covid 19-Pandemie ab März 2020 sind neue Netzwerke entstanden, die Gesellschaft, Demokratie und Gewerkschaften vor neue Herausforderungen stellen. Die zum Zweck der Pandemiebekämpfung staatlich verordneten Maßnahmen zum Infektionsschutz der Bevölkerung werden von Teilen der Bevölkerung als illegitime Eingriffe in das eigene Leben und als Beginn einer Diktatur interpretiert. Der Ablehnung der staatlichen Schutzmaßnahmen liegt die Annahme zugrunde, dass Covid 19 nicht existiert, planmäßig zur Durchsetzung der Interessen einer nicht genauer bestimmten Gruppe verbreitet wurde oder seine Gefährlichkeit auf Kosten älterer Menschen und Risikogruppen relativiert wird.

Die Wahrung demokratischer Rechte und Kontrollinstanzen ist auch in Zeiten der Pandemie wesentlich für den Fortbestand einer demokratischen Gesellschaft. So gilt es auch unter diesen Umständen das zentrale demokratische Recht der Meinungsfreiheit zu verteidigen und die Möglichkeit der Artikulation von Interessen mittels öffentlicher Versammlungen unter Einhaltung von Hygienemaßnahmen zum Schutz der Teilnehmenden aufrecht zu erhalten.³⁹ Und auch die Bemühungen der Gewerkschaften, pandemiegerechte Arbeitskämpfe

„DABEI SPIELT DIE FÖRDERUNG DES DENKENS IN POLITISCHEN ALTERNATIVEN ZUR ANGENBLICH BESTEHENDEN „ALTERNATIVLOSIGKEIT“ SOWIE EINER UTOPIEFÄHIGKEIT ALS TREIBER SOZIALER AUSEINANDERSETZUNGEN UM EIN BESSERES LEBEN EINE ENTSCHEIDENDE ROLLE.“

bei Tarifverhandlungen durchzuführen, um einerseits die Interessen ihrer Mitglieder weiterhin wirkmächtig vertreten zu können und andererseits die Gesundheit ihrer Mitglieder sowie die allgemeine Bekämpfung der Pandemie nicht zu gefährden, sind in diesen Kontext einzuordnen.

Demgegenüber sind die Demonstrationen der sogenannten Coronaleugner*innen sozial heterogen zusammengesetzt, grenzen sich jedoch höchstens oberflächlich von Neonazis, Reichsbürger*innen und antisemitischen Verschwörungsideolog*innen ab, die die Chatgruppen und Demonstrationen nutzen, um ihre menschenverachtenden Ideologien und Weltbilder in neuen gesellschaftlichen Milieus zu verbreiten. Dementsprechend sind deren Artikulationen durchsetzt von Hass auf die Demokratie, auf die demokratischen Parteien, auf Wissenschaft und Medien und gegen Minderheiten. Verschwörungstheoretische, antisemitische und sozialdarwinistische Einstellungen werden in dieser milieübergreifenden Bewegung zu hegemonialen Ideologien, die auch nach dem Ende der derzeitigen Pandemie gesellschaftliche Wirkmächtigkeit behalten werden.

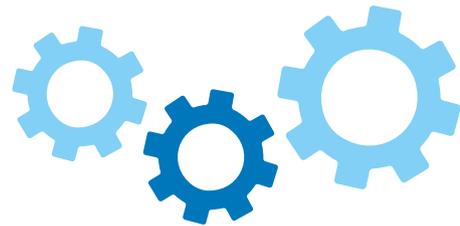
Die gewerkschaftliche Bildungsarbeit wird sich auch diesen Einstellungen annehmen und Wege finden müssen, deren Einfluss in ihrer Mitgliedschaft, in Betrieben und Verwaltungen zurückzudrängen. Zentral wird dabei die Auseinandersetzung mit antisemitischen Verschwörungstheorien sein. Merkmal dieser wahnhaften Erzählungen ist es, die abstrakte Struktur moderner Gesellschaften auf einfache schwarz-weiß-Bilder zu reduzieren und komplexe gesellschaftliche Prozesse auf das willentliche Handeln bestimmter Personengruppen – mal mehr mal weniger explizit läuft es dabei mit traumwandlerischer Sicherheit immer auf eine Variation des alten antisemitischen Mythos der jüdischen Weltverschwörung hinaus – zurückzuführen. Gewerkschaftliche Bildungsarbeit muss hier explizite Angebote zur Aufklärung über die Strukturen wie Logiken dieser Denkformen, die Gefährlichkeit ihrer gesellschaftspolitischen Implikationen sowie über Alternativen gesellschaftspolitischen Engagements anbieten. Darüber hinaus bietet ihre grundlegende Struktur ein potentielles Antidot: Ausgehend von den je eigenen Lebens- und Arbeitsbedingungen wirtschaftliche, gesellschaftliche und betriebliche Verhältnisse zu begreifen, das komplexe Interessengeflecht moderner kapitalistischer Gesellschaften zu verstehen und wertorientiert Handlungsansätze zur Verbesserung der eigenen Situation zu

entwickeln, widerspricht grundlegend verschwörungstheoretischem Denken. Dies bedeutet allerdings nicht, extrem rechte Tendenzen und Orientierungen zu verharmlosen oder zu tolerieren. Nötig hingegen ist eine Politik von „klarer Kante“ und „offener Tür“: „Klare Kante steht für eine durchaus aggressive Konfrontationsstrategie gegenüber denjenigen, die rechtspopulistische Erzählungen in den Betrieb tragen; offene Tür für ein ebenso offensives Angebot zur Teilnahme an betrieblichen Gegenbewegungen an diejenigen, deren Verunsicherung und Wut in solidarische Interessenpolitiken eingebunden und damit progressiv kanalisiert werden muss“⁴⁴⁰. So spezifisch die Herausforderung durch die Corona-Leugner*innen auch ist, die gewerkschaftliche Bildungsarbeit steht ihnen gegenüber letztendlich vor der gleichen Herausforderung, vor der sie seit Anbeginn ihrer Tage steht: Immerhin ist „Demokratie [. . .] die einzige politisch verfasste Gesellschaftsordnung, die gelernt werden muss“ (Oskar Negt). ■



ANMERKUNGEN

- ¹ Vgl. Ackermann/Haarfeldt (2019).
- ² So haben bei der Landtagswahl 2017 in NRW 7,4 % der Wahlberechtigten und 9 % der Gewerkschaftsmitglieder – neben Mitgliedern der Gewerkschaften des DGB sind hier auch Mitglieder bspw. des Beamtenbundes enthalten – die AfD gewählt (vgl. DGB 2017). Bei den Arbeiter*innen haben sogar 17 % ihre Stimme der AfD gegeben (vgl. Tagesschau 2017). Allerdings – ein Hoch auf 103 Jahre Frauenwahlrecht – ist hier ein starker Männerüberhang zu vermuten: Nur 5 % der Frauen insgesamt hatten eine Präferenz für die AfD (vgl. ebd.).
- ³ Vgl. Häusler, Alexander/Puls, Hendrik/Baleis, Janine (2017): *Umwälzungen in der Herzkammer. Faktoren- und Kontextanalyse zu den Ergebnissen der Bundestagswahl 2017 in Nordrhein-Westfalen. Studie im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung*, S. 16ff.
- ⁴ Sauer, Dieter/Stöger, Ursula/Bischoff, Joachim/Detje, Richard/Müller, Bernhard (2018): *Rechtspopulismus und Gewerkschaften – Eine arbeitsweltliche Spurensuche. Hamburg*, S. 26.
- ⁵ Vgl. Dörre, Klaus (2016): *Die national-soziale Gefahr. Pegida, Neue Rechte und der Verteilungskonflikt – sechs Thesen*; www.theoriekritik.ch/?p=2833 (aufgerufen am 22.2.2017).
- ⁶ Betriebliche Interessenvertretungsstrukturen umfassen Betriebsräte (BRs), Personalvertretungen (PRs), Jugend- und Auszubildendenvertretungen (JAVen), Mitarbeitervertretungen (MAVen) in kirchlichen Einrichtungen sowie Schwerbehindertenvertretungen (SBVen).
- ⁷ Vgl. Kiess, Johannes/ Schmidt, Andre (2020): *Beteiligung, Solidarität und Anerkennung in der Arbeitswelt: industrial citizenship zur Stärkung der Demokratie*. In: Decker, Oliver/Brähler, Elmar (Hrsg.): *Autoritäre Dynamiken. Alte Ressentiments – Neue Radikalität. Leipziger Autoritarismus Studie 2020*. Gießen, S. 119–148.
- ⁸ Vgl. Bontrup, Heinz (2000): *Lohn und Gewinn. Volks- und Betriebswirtschaftliche Grundzüge*. München, S. 14ff.
- ⁹ Gebhard, Richard (2018): *Der Kulturkampf des autoritären Populismus gegen die (Neo-)Liberalisierung der Bundesrepublik oder: Was ist der Rechtsruck?*, in: Häusler, Alexander/Kellershohn, Helmut (Hrsg.): *Das Gesicht des völkischen Populismus. Neue Herausforderungen für eine kritische Rechtsextremismusforschung*. Münster, S. 53.
- ¹⁰ Vgl. El-Mafaalani, Aladin (2018): *Das Integrationsparadox. Warum gelungene Integration zu mehr Konflikten führt*. Köln.
- ¹¹ Vgl. Urban, Hans-Jürgen (2018): *Kampf um die Hegemonie: Gewerkschaften und die Neue Rechte*, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik* H. 3, S. 105f.
- ¹² Vgl. Bieling, Hansjürgen (2017): *Aufstieg des Rechtspopulismus im heutigen Europa – Umriss einer gesellschaftstheoretischen Erklärung*, in: *WSI-Mitteilungen* Jg. 70, Heft 8, S. 557–565.
- ¹³ Ebd., S. 564.
- ¹⁴ Vgl. Bodewig, Kurt/Hesels, Rainer/Mahlberg, Dieter (1997): *Die schleichende Gefahr. Rechtsextremismus heute*. Essen.
- ¹⁵ Zeuner, Bodo/Gester, Jochen/Fichter, Michael/Kreis, Joachim/Stöss, Richard (2007): *Gewerkschaften und Rechtsextremismus. Anregungen für die Bildungsarbeit und die politische Selbstverständigung der deutschen Gewerkschaften*. Münster, S. 8.
- ¹⁶ Vgl. ebd.
- ¹⁷ Vgl. ebd., S. 57.
- ¹⁸ Vgl. ebd.
- ¹⁹ Dörre, Klaus/Matuschek, Ingo (2013): *Kapitalistische Landnahmen, ihre Subjekte und das Gesellschaftsbild der LohnarbeiterInnen*, in: Dörre, Klaus/Happ, Anja/Matuschek, Ingo (Hrsg.): *Das Gesellschaftsbild der LohnarbeiterInnen. Soziologische Untersuchungen in ost- und westdeutschen Industriebetrieben*. Hamburg, S. 43.
- ²⁰ Vgl. ebd., S. 47.
- ²¹ Hilmer, Richard/Kohlrusch, Bettina/Müller-Hilmer, Rita/Gagné, Jéréemie (2017): *Einstellung und soziale Lebenslage. Working Paper Forschungsförderung 44 der Hans-Böckler-Stiftung*, S. 47.
- ²² Ebd.
- ²³ Ebd., S. 6.
- ²⁴ Sauer, Dieter/Stöger, Ursula/Bischoff, Joachim/Detje, Richard/Müller, Bernhard (2018): *Rechtspopulismus und Gewerkschaften – Eine arbeitsweltliche Spurensuche. Hamburg*, S. 25.
- ²⁵ Ebd., S. 199.
- ²⁶ Ebd., S. 111.
- ²⁷ Ebd., S. 90.
- ²⁸ Ebd., S. 119.
- ²⁹ Dörre, Klaus (2016): *Die national-soziale Gefahr. Pegida, Neue Rechte und der Verteilungskonflikt – sechs Thesen*.
- ³⁰ Stöss, Richard (2017): *Gewerkschaften und Rechtsextremismus in Europa. Publikation der Friedrich-Ebert-Stiftung*. Berlin, S. 18.
- ³¹ Dörre, Klaus (2018): *Rassismus, völkischer Populismus und die Arbeiterfrage*, S. 51.
- ³² Ebd.
- ³³ Decker, Oliver/Kiess, Johannes/Schuler, Julia/Handke, Barbara/Pickel, Gerd/Brähler, Elmar (2020): *Die Leipziger Autoritarismus Studie 2020: Methode, Ergebnisse und Langzeitverlauf*, in: Decker, Oliver/Brähler, Elmar (Hrsg.): *Autoritäre Dynamiken. Alte Ressentiments – Neue Radikalität. Leipziger Autoritarismus Studie 2020*. Gießen, S. 49.
- ³⁴ Schröder, Martin (2018): *AFD-Unterstützer sind nicht abgehängt, sondern ausländerfeindlich*. SOEPpapers on Multidisciplinary Panel Data Research 975, S. 14.
- ³⁵ Vgl. ebd., S. 16f.
- ³⁶ Vgl. Bürgin, Julika (2013): *Gewerkschaftliche Bildung unter Bedingungen indirekter Arbeitssteuerung. Zweckbildung ohne Gewähr*. Münster, S. 14f.
- ³⁷ Vgl. Ahlheim, Klaus/Mathes, Horst (Hrsg.) (2011): *Utopie denken – Realität verändern. Bildungsarbeit in den Gewerkschaften*. Hannover.
- ³⁸ Vgl. Kiess, Johannes/Schmidt, Andre (2020): *Beteiligung, Solidarität und Anerkennung in der Arbeitswelt: industrial citizenship zur Stärkung der Demokratie*, in: Decker, Oliver/Brähler, Elmar (Hrsg.): *Autoritäre Dynamiken. Alte Ressentiments – Neue Radikalität. Leipziger Autoritarismus Studie 2020*. Gießen, S.119–148.
- ³⁹ Winkler, Michèle (2021): *Ein Jahr Versammlungsrecht in der Coronapandemie*. Online unter: <https://www.grundrechtkomitee.de/details/versammlungsrecht-corona> (aufgerufen am 16.3.2021).
- ⁴⁰ Urban, Hans-Jürgen (2018): *Kampf um die Hegemonie: Gewerkschaften und die Neue Rechte*, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik* H. 3, S. 112.



POLITISCHE BILDUNG AUS DER PRAXIS IN ESSEN

ÜBER DAS BUNDESPROJEKT „DEMOKRATIE LEBEN“

Jonas Ploeger
Projektreferent der Jugendhilfe Essen gGmbH

Jugendpolitische Bildungsarbeit wird in der Stadt Essen durch eine Vielzahl an Programmen und Projekten angeboten. So wurde im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend auch in Essen eine Partnerschaft für Demokratie installiert. Unter dem Namen „Achtung Mensch!“ tritt diese für Demokratie und Vielfalt ein, entwickelt unterschiedlichste Projekte und bietet Workshops an, die sich im Rahmen von Extremismusprävention und Demokratieförderung zunächst an Schulen richten, grundsätzlich aber den Fokus auf den Austausch mit jungen Menschen legen. Besonders ist in diesem Zusammenhang der Ansatz der Peer-Education „von jungen Menschen für junge Menschen“, welche den Austausch und die Wissensvermittlung auf Augenhöhe unterstützen soll. Dafür werden jährlich Studierende und junge Interessierte zu Multiplikator*innen ausgebildet und mit der Konzipierung und Durchführung neuer Projekte und Workshops betraut.

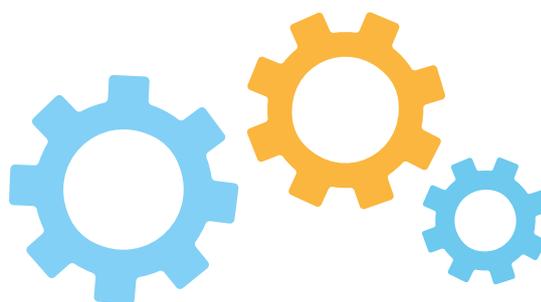
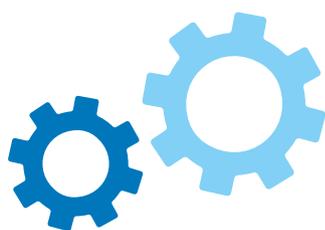
Um eine Vorstellung von unserer jugendpolitischen Arbeit zu bekommen und einen Einblick in die Arbeitsabläufe zu geben, stellen wir im Folgenden einen exemplarischen Arbeitsprozess vor. Konkret nehmen wir die Anfrage einer Schule für einen auf unserer Homepage gelisteten Workshop. Über die angebotenen Konzepte hinaus wird auch des Öfteren nach individuellen Themen und Inhalten gefragt, die sich auf die jeweilige Situation in der Schule beziehen und in Rücksprache mit Lehrpersonal und Multiplikator*innen persönlich zusammengestellt werden können. Für unseren Beispielablauf nehmen wir an, die Anfrage bezieht sich auf einen Workshop zum Thema „Menschenrechte“. Diese Anfrage wird von der Fachstelle entgegengenommen und an die Multiplikator*innen (Coaches) weitergeleitet.

Die inhaltliche und strukturelle Workshop-Planung wird dann von dem oder der Multiplikator*in mit dem passenden thematischen Schwerpunkt und der zeitlichen Kapazität übernommen. In der Regel wird die Workshop-Anfrage aber von mehreren Coaches gemeinsam bearbeitet und durchgeführt.

Zu Beginn der Planung findet ein gemeinsames Vorgespräch zwischen dem Lehrpersonal (oder unserer Fachstelle, die sich zuvor inhaltlich mit dem Lehrpersonal geeinigt hat) und den zuständigen Coaches statt. Dabei werden in einem ersten Schritt die Eckdaten der Teilnehmenden besprochen. Das bedeutet, das Lehrpersonal informiert über Alter, Gruppengröße, Gruppenzusammensetzung und ggf. bereits bekannte Gruppenthemen. Auch mögliche Konflikte innerhalb dieser Gruppe oder der gesamten Schule werden besprochen, sodass diese ebenfalls im weiteren Verlauf der Planung in der inhaltlichen und methodischen Auswahl berücksichtigt werden können. Außerdem weisen wir das Lehrpersonal darauf hin, dass die Workshops grundsätzlich ohne die Anwesenheit von Lehrpersonen durchgeführt werden sollten, um besonders wirksam auf die Schüler*innen eingehen und einen Raum schaffen zu können, in welchem sie frei von Machtverhältnissen – durch beispielsweise eine Beeinflussung in einer späteren Notenvergabe – Fragen stellen, diskutieren und ganz unterschiedlicher Meinung sein dürfen.

In unserem Beispiel gehen wir davon aus, dass sich die Gruppe in der Schule zuvor im Unterricht grundlegend mit dem Thema „Menschenrechte“ beschäftigt hat, die zehnte Klasse besucht und eine sehr heterogene Gruppe von 15 Personen darstellt. Sind die Rahmenbedingungen auf allen Seiten geklärt, setzen sich die

„AUSSERDEM WEISEN WIR DAS LEHRPERSONAL DARAUFG HIN, DASS DIE WORKSHOPS GRUNDSÄTZLICH OHNE DIE ANWESENHEIT VON LEHRPERSONEN DURCHGEFÜHRT WERDEN SOLLTEN, UM BESONDERS WIRKSAM AUF DIE SCHÜLER*INNEN EINGEHEN UND EINEN RAUM SCHAFFEN ZU KÖNNEN, IN WELCHEM SIE FREI VON MACHTVERHÄLTNISSEN – DURCH BEISPIELSSWEISE EINE BEEINFLUSSUNG IN EINER SPÄTEREN NOTENVERGABE – FRAGEN STELLEN, DISKUTIEREN UND GANZ UNTERSCHIEDLICHER MEINUNG SEIN DÜRFEN.“



Coaches für eine detaillierte Konzeption des Workshops zusammen. Gestartet wird ein Workshop immer mit einem gegenseitigen Kennenlernen und dazu passenden Übungen, bei denen sich die Coaches den Schüler*innen auf Augenhöhe präsentieren und gemeinsam mit den Teilnehmenden eine Grundlage für den Umgang miteinander über den gesamten Zeitraum des Workshops festlegen. Unter Berücksichtigung der aus dem Vorgespräch hervorgegangenen Informationen, wird für die Teilnehmenden ein angemessenes Maß an theoretischem Inhalt und anknüpfenden, erfahrbar machenden, interaktiven Methoden gesucht. Dabei liegt unser Fokus vor allem auf der Anwendung dieser interaktiven Methoden, da sie einen konkreteren und persönlichen Zugang zu Themen schaffen können, auch wenn diese (scheinbar) nicht in der Alltagsrealität aller Teilnehmenden wiederzufinden sind.

Bezogen auf den Beispielworkshop „Menschenrechte“ wird demnach auch hier der theoretische Input relativ kurz gehalten, an das Vorwissen der Schüler*innen ge-

knüpft und mit verschiedenen Methoden unterfüttert. Diese zeichnen sich durch ein hohes Maß an Interaktion und Austausch unter den Teilnehmenden aus, wie beispielsweise in der Methode „Esperanza“. Bei dieser Methode werden die Schüler*innen in zwei Gruppen aufgeteilt und sollen eine neue Gesellschaft inklusiver Richtlinien bilden. Es geht also darum, Aushandlungsprozesse zu verstehen und zu erfahren, wie schwierig es sein kann unterschiedlichste Meinungen und Einstellungen zusammen zu bringen und in einem Leitfaden alle zu berücksichtigen.

Jede Methode wird mit einer Reflexion abgeschlossen, in der auf die Erfahrungen und das Gelernte zurückgeblückt, in einem Gruppenaustausch überdacht und kritisch hinterfragt wird. Abhängig vom zeitlichen Rahmen des Workshops findet so ein kontinuierlicher Wechsel zwischen Theorie, Praxis und Reflexion statt, der von kleinen Pausen und Aufwärmübungen begleitet wird. In einer großen Abschlussrunde wird der Workshop dann gemeinsam beendet und reflektiert. Das Feedback der

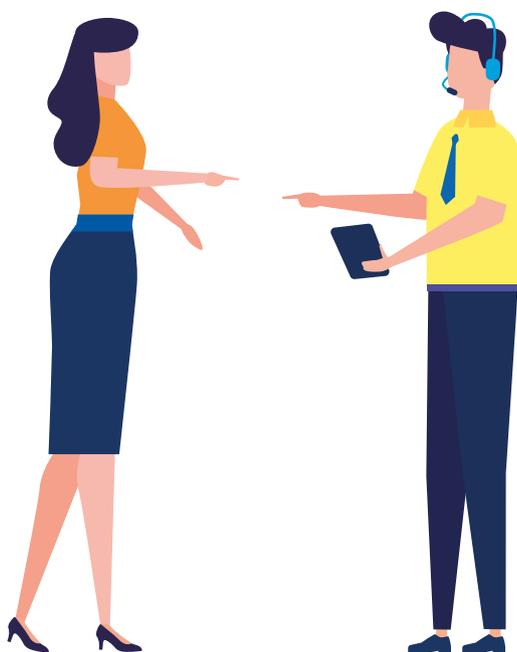
Teilnehmenden wird für anschließende Verbesserungen und Anpassungen dokumentiert. Darüber hinaus versuchen wir für offen gebliebene Fragen bereit zu stehen und geben Informations- und Weiterbildungsmaterial für interessierte Schüler*innen mit.

Abseits des theoretischen und methodischen Inhalts klären die Coaches im Vorfeld untereinander ab, wo etwaige Tabu-Zonen und Schmerzengrenzen liegen, sodass in einem Worst-Case-Szenario angemessen und für alle möglichst befriedigend reagiert werden kann. Steht dann ein grober Ablauf fest, wird dieser in einem Plan inklusive benötigtem Material notiert und an unsere Fachstelle weitergeleitet. Diese stellt anschließend das benötigte Material zusammen.

An dem Tag der Durchführung treffen sich die Coaches nach Absprache mit den zuständigen Lehrpersonen eine Stunde vor Beginn des Workshops, prüfen Material, gestalten den Raum (bsp. Sitzkreis/Willkommensschild) und bereiten sich vor. Dabei wird ebenfalls inhaltliches und didaktisches Material bereitgelegt, falls die zuvor geplanten Einheiten nicht gut funktionieren, verändert oder ganz neu gedacht werden müssen. Da jede teilneh-

mende Gruppe individuell ist, muss auch die Planung des Workshops flexibel bleiben und kann im Vorfeld nur als grober Rahmen verstanden werden. Grundlegendes Ziel jedes Workshops ist die Befähigung der Teilnehmenden gesellschaftliche und politische Themen kritisch zu hinterfragen und fremden Situationen und unterschiedlichen Meinungen mit Toleranz und Einfühlungsvermögen zu begegnen. In diesem Zusammenhang bieten wir innerhalb des Workshops immer die Möglichkeit an, sich bei Übungen oder Inhalten aus persönlichen Gründen rauszunehmen.

Im Anschluss an den Workshop findet ein Abschlussgespräch zwischen den Coaches und der Lehrperson statt. Auf einer anonymen Basis wird darüber informiert was gut oder schlecht lief und wo es eventuell Anknüpfungsbefordernis gibt. Daran anlehnend gibt es ein Auswertungsgespräch, sowohl zwischen unserer Fachstelle und den durchführenden Coaches vor Ort, als auch ggf. unseren anderen interessierten Multiplikator*innen, in dem die Rückmeldungen der Teilnehmenden, die Atmosphäre und das Befinden der Coaches, eventuelle Schwierigkeiten und davon ausgehende Arbeitsschritte reflektiert werden. ■



IV. BERICHTE ZU DEN VERANSTALTUNGEN



DIGITALER DIALOG:

„ALLES ÜBERTRIEBEN? VON IMPFGEGNERN, ALUHÜTEN UND BESORGTEN BÜRGERN. CORONA UND DIE VERSCHWÖRUNGSMYTHEN“

am 29. Oktober 2020

Am 29. Oktober 2020 diskutierten in einer digitalen Diskussionsrunde im Rahmen der Erstsemesterwoche des Wintersemesters 2020/21 an der Universität Bonn der FDP-Bundestagsabgeordnete Johannes Vogel, die Journalistin und Autorin Katharina Nocun sowie die Philosophin und Leiterin des Forums für Streitkultur

Dr. Romy Jaster über das aktuelle Thema Verschwörungen in Zeiten der Coronapandemie. Die Veranstaltung fand im Rahmen des Projekts der Bonner Akademie „Integrationspolitik für die Mehrheitsgesellschaft – Bildungs- und Beteiligungsmöglichkeiten für junge und alte Menschen im Ruhrgebiet“ statt.



Professor Dr. Volker Kronenberg, Leiter des Forschungsprojekts und Vorsitzender des Wissenschaftlichen Beirats der Bonner Akademie



Katharina Nocun, Journalistin und Autorin



Johannes Vogel, FDP-Bundestagsabgeordneter



Dr. Romy Jaster, Philosophin und Leiterin des Forums für Streitkultur

Professor Dr. Volker Kronenberg, Leiter des Forschungsprojekts und Vorsitzender des Wissenschaftlichen Beirats der Bonner Akademie, eröffnete die Veranstaltung und führte anschließend in das Thema der Diskussion ein, welches kaum aktueller hätte sein können. Erst am vorangegangenen Tag wurden von der Bundesregierung und den Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten der Länder erneut weitgehende Maßnahmen zur Kontaktbeschränkungen und Bekämpfung der Corona-Pandemie beschlossen. Der Großteil der Gesellschaft trage die getroffenen Maßnahmen weiterhin mit, jedoch lasse sich nicht bestreiten, dass nach der anfänglichen Phase des gesellschaftlichen Zusammenhalts und dem Mittragen der Maßnahmen inzwischen viele Menschen bemängeln, wie die politischen Beschlüsse zustande kommen und welche konkreten Regeln sie beinhalten, so Kronenberg. „Ob diese Maßnahmen geeignet, erforderlich und verhältnismäßig sind, darüber wird leidenschaftlich gestritten und heftig diskutiert; angemessen auch in den Parlamenten und auf den Marktplätzen.“ Gleichzeitig merkte er an, dass wir bei dem Streit und dem Konflikt, den es gibt, die Zustimmung in großen Teilen der Bevölkerung zu den Maßnahmen und zu der Politik nicht aus dem Blick verlieren dürfen. Damit war einer der Schlüsselbegriffe der abendlichen Diskussion genannt: die Akzeptanz in der Bevölkerung.

Nach der Begrüßung und Einführung übernahm der Politikwissenschaftler und Veranstaltungsmoderator **Marco Jelic** die Moderation der Diskussion und stellte die Diskussionsteilnehmer vor.

Die Autorin **Katharina Nocun**, die zusammen mit der Sozialpsychologin Pia Lamberty das Buch „Fake Facts“ veröffentlicht hat, knüpfte zu Beginn der Diskussion an die Frage an, warum aktuell mit der Corona-Pandemie auch Verschwörungserzählungen so präsent sind. Insbesondere in Krisensituation und Situationen des Kontrollverlustes werden Muster gesehen, wo keine sind. In der Corona-Pandemie mache sich dieser Kontrollverlust bei vielen Menschen in diversen Formen zugleich bemerkbar, sei es in der wirtschaftlichen Unsicherheit, in den politischen Umwälzungen oder den persönlichen Einschränkungen. Im Verlauf der Diskussion machte sie außerdem deutlich, dass das Aufkommen von Verschwörungserzählungen in Krisenzeiten historisch betrachtet keineswegs die Ausnahme sei und dass die aktuellen Feindbilder in der Coronakrise eine hohe Anschlussfähigkeit an bereits existierenden Feindbildern und Verschwörungstheorien aufwiesen.

Der Bundestagsabgeordnete und Generalsekretär der FDP in Nordrhein-Westfalen **Johannes Vogel** stellte klar, dass Kritik an jeder Maßnahme immer legitim sei, jedoch dann stilllos werde, wenn sie die Grenzen der Höflichkeit und demokratischen Diskurses verlasse. Er empfinde die Grenze zur Verschwörungserzählung dann überschritten, wenn versucht werde, einer Person oder Gruppe pauschal Schuld zuzuschreiben, denn „die Welt wird nie simpel und monokausal erklärbar sein.“ Die spannende Frage, die er sich außerdem stelle, laute: „Was können wir als Gesellschaft tun, um Resilienz bei den Menschen zu fördern und so die Anfälligkeit für die psychologischen Muster der Verschwörungserzählungen zu reduzieren?“

Dr. Romy Jaster, Philosophin an der Humboldt-Universität Berlin, betonte, dass in der Diskussion um die Akteure der Verschwörungstheorien eine Differenzierung stattfinden müsse, zwischen den stark ideologisierten Personen und denjenigen, die eine gewisse Offenheit haben und bei denen es beispielsweise durch sogenannte Echokammern zu einem Radikalisierungsprozess kommen könne. Daran anknüpfend verweist sie im weiteren Verlauf der Diskussion auf die Rolle von Medien und wie wichtig das Vertrauen zu solchen Quellen ist. Denn schließlich erlangen wir einen Großteil unserer Überzeugungen nicht über eigene Erfahrungen, sondern über Berichte und Zeugnisse Dritter. Aktuell habe eine gewisse Zahl an Menschen offenbar mehr intrinsisches Vertrauen zu irgendwelchen Personen, die auf Telegram Verschwörungen erzählen und kein intrinsisches Vertrauen gegenüber den Quellen, in denen sorgfältig aufbereitete Informationen vermittelt werde. ■



DIGITALER DIALOG:

„DATEN SPENDEN, LEBEN RETTEN? DATENSCHUTZ UND DIGITALISIERUNG AUF DEM PRÜFSTAND“

am 01. Dezember 2020

Unter dem Titel „Daten spenden, Leben retten? Datenschutz und Digitalisierung auf dem Prüfstand“ diskutierten die Podiumsgäste **Prof. Ulrich Kelber**, Bundesbeauftragter für den Datenschutz und Informationsfreiheit, **Prof. Dr. Elisabeth André**, Professorin für Multimodale Mensch-Technik Interaktion am Institut für Informatik der Universität Augsburg sowie **Prof. Dr. Remi Maier-Rigaud**, Professor für Sozialpolitik an der Hochschule Bonn-Rhein-Sieg unter der Moderation von **Prof. Dr. Michael Heister**, ebenfalls von der Hochschule Bonn-Rhein-Sieg. Nach einem Impulsvortrag von Professor Kelber fokussierte sich die Online-Veranstaltung auf die nochmals geänderten Rahmenbedingungen in Bezug auf den Gebrauch von persönlichen Daten in Apps oder anderen digitalen Angeboten. Im Zuge von Corona sind immer größere Teile unseres Lebens in das Digitale „ausgelagert“ worden, das heißt natürlich auch, dass dem Internet immer mehr unserer Daten zu gefüttert werden. Ziel dieser Veranstaltung war es, zu diskutieren, wer die ethische Verantwortung für unsere Daten trägt, ob die Nutzung von digitalen Technologien das solidarische Verhalten gegenüber dem Solidarprin-

BA PP LIVE

DATEN SPENDEN, LEBEN RETTEN? DATENSCHUTZ UND DIGITALISIERUNG AUF DEM PRÜFSTAND

Anmeldung zum Livestream unter:
veranstaltungen.bapp-bonn.de
2. Dezember 2020
18:00 bis 19:30 Uhr

Online-Diskussion

Podiumsgäste:

- Prof. Ulrich Kelber**
Bundesbeauftragter für den Datenschutz und die Informationsfreiheit
- Prof. Dr. Elisabeth André**
Informatikerin und Inhaberin des Lehrstuhls Multimodale Mensch-Technik Interaktion an der Universität Augsburg
- Prof. Dr. Remi Maier-Rigaud**
Professor für Sozialpolitik an der H-BRS

Moderation: **Prof. Dr. Michael Heister**
Professor für Sozialpolitik und Soziale Sicherung an der H-BRS

#digital dabei!
Live Fragen an das Podium stellen und mitdiskutieren!

Hochschule Bonn-Rhein-Sieg
University of Applied Sciences

Forum
Sozialwissenschaftsgemeinschaft e.V.

UNIVERSITÄT BONN

zip der Krankenkassen beeinflussen und in welchem Umfang die Privatsphäre der Bürger für die Gesundheit geopfert werden dürfe (man denke hierbei an die Corona-Warn-App der Bundesregierung). Insgesamt beleuchtete die Veranstaltung inklusive der anschließenden Diskussion diesen interessanten und uns alle betreffenden Themenkomplex, während ein wichtiger Kooperationspartner gehalten und die Zusammenarbeit vertieft werden konnte. ■



Prof. Dr. Michael Heister



Prof. Dr. Remi Maier-Rigaud



Prof. Ulrich Kelber



Prof. Dr. Elisabeth André

BERICHT ZUR 1. BAPP-MORGENRUNDE

„POLITISCHE BILDUNG – EINE BESTANDSAUFNAHME“

am 3. Dezember 2020

Projektpartner und Teilnehmende
der BAPP Morgenrunde



Am 3. Dezember fand die erste BAPP-Morgenrunde statt. Die Morgenrunde als neues Format zielt darauf ab, im kleinen Kreis einen direkten Austausch zwischen Expertinnen und Experten zu ermöglichen. Damit ergänzen sie die Lokalforen Ruhrgebiet, indem sie einen klareren Blick auf die konkrete Praxis vor Ort ermöglichen. Die erste Morgenrunde fand zum Thema politische Bildung statt; aufgrund der aktuellen Corona-Situation digital über Zoom.

Nach einer kurzen Begrüßung durch die Projektleiterin, Frau Butz, erfolgte eine generelle Vorstellung der Teilnehmerinnen und Teilnehmer. Neben dem Projektteam waren renommierte Expertinnen und Experten aus Essen anwesend, die sich mit politischer Bildung aus wissenschaftlicher und praktischer Sicht beschäftigen. Mit Professor Klaus-Peter Hufer von der Universität Duisburg-Essen, Dr. Helle Becker und Annabell Brosi, Geschäftsführerin bzw. Referentin bei Transfer für Bildung e.V., war die Wissenschaft stark vertreten, aber auch die Praxis kam natürlich nicht zu kurz: Die politische Jugendbildung wurde sowohl von Florian van Rheinberg von der politischen Jugendbildung der Stadt Essen als auch von Jonas Ploeger, Fachstelle für das Projekt „Demokratie Leben!“, vertreten.

Ohne weitere Verzögerungen wurde dann auch in die Diskussion gestartet, die das Herzstück dieses Formates darstellt. Die Eingangsfrage des Projektteams lautete, welche Herausforderungen bzw. Hürden die

politischen Bildner in ihrem Alltag erleben würden; und dies nicht nur auf die aktuelle Corona-Situation bezogen, auch wenn dies natürlich starken Einfluss auf die Arbeit ausübt. Vor generelle Probleme werde die politische Bildung natürlich durch die zunehmende Fragmentierung der Gesellschaft gestellt, auch bedingt durch die stetige Individualisierung, wie Professor Hufer bemerkte. Auf wissenschaftlicher Ebene könne man zudem feststellen, dass politische Bildner oftmals keine formelle Ausbildung hinter sich hätten und daher die Bedeutung sich je nach Sozialisation ändern würde – ein politischer Bildner, der bei einer Stadt angestellt sei, hätte vielleicht andere Vorstellungen als einer, der über einen konfessionellen Träger eingestellt ist, so Dr. Helle Becker. Annabell Brosi hingegen bemängelte, dass ein Problem der Verstetigung von Austauschformaten vorliegt, das heißt, dass Langfristigkeit und Nachhaltigkeit häufig nicht garantiert werden können. Florian van Rheinberg merkte außerdem aus praktischer Perspektive an, dass die Qualität von Online-Formaten deutlich hinter den analogen Formaten hinterherhinken, obwohl das Arbeitspensum für die Organisation beider Arten zumindest gleichwertig sei. Jonas Ploeger brachte zudem ein, dass die enorme Themenvielfalt und Aktualität es schwer machen, immer auf der Höhe der Zeit zu bleiben; in seiner Zeit seit 2015 hat er bereits verschiedene Themenkomplexe wie Pegida, extremistischer Salafismus, HoGeSa, Reichsbürger und nun Reichsbürger behandelt.

In der Folge entwickelte sich ein dynamisches Gespräch, in dem der Austausch zwischen Praxis und Wissenschaft fokussiert wurde. Weitere interessante Themenfelder rund um die politische Bildung wurden identifiziert und besprochen. Professor Hufer etwa brachte den Aspekt der ‚Verbetriebswirtschaftlichung‘ der politischen Bildung ein, die die politische Bildung in Schulen vor Probleme stelle. So kritisierte er ein neues Gesetz der Landesregierung, nach dem der soziologische Teil zugunsten von Wirtschaftsthemen im Politikunterricht zurückgefahren werden soll. Gerade eine Wertediskussion zu führen sei aber extrem wichtig, um die Jugendlichen für ihr gesellschaftliches Leben zu wappnen.

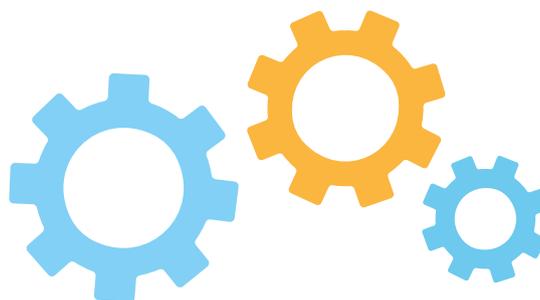
Abseits von der Jugendbildung sei es zudem notwendig, die Erwachsenenbildung nicht zu vernachlässigen; zahlreiche aktuelle Beispiele wie die „Steeler Jungs“, eine neonazistische, bürgerwehrsähnliche Gruppierung im Essener Osten, verdeutlichen dies. Da Jugendliche natürlich auch von Eltern und anderen Erwachsenen beeinflusst werden, sei eine Kombination von Jugend- und Erwachsenenbildung mehr als nur sinnvoll. Ein wichtiger Aspekt, der in diesem Zusammenhang immer wieder betont wurde, war die Subjektorientierung bei der politischen Bildung. So liege die Stärke der politischen Bildung eben in der direkten Ansprache – Florian van Rheinberg brachte dies so auf den Punkt, dass er sich selbst als einflussreicher bei seinen Jugendlichen sehe als YouTube, eben weil die persönliche Ansprache die hohe Reichweite der sozialen Medien übertrumpfen könne.

Zentral für jede Zielgruppe ist selbstverständlich das Zuhören, welches wiederum einen persönlichen Bezug ermöglichte. Im Kontext der sich anscheinend verbreitenden Verschwörungstheorien wurde dabei betont, dass man dem Gegenüber klar machen müsse, dass man die Person schätze, deren Aussagen aber ablehne. Hierzu merkte Jonas Ploeger an, dass der Fokus seiner politischen Bildungsarbeit vermutlich auf der Mediennutzung und Selektion von Nachrichten liegen

wird, da dies immer wichtiger werde im Hinblick auf Corona-Leugnung und Fake News. Die Aufgabe der politischen Bildung sei es auch daher, normative Ideen wie Solidarität oder Freiheit auf kleine Handlungsweisen herunterzureichen und einen gesamtgesellschaftlichen Diskurs zu ermöglichen.

Ein großer Themenkomplex war auch der infrastrukturelle Zustand der politischen Bildung, den viele der Diskutantinnen und Diskutanten für die Zeit nach Corona als sogar noch fragiler prognostizierten. Dr. Helle Becker bemerkte dazu, dass die politische Bildung kein praktisches, sondern ein strukturelles Problem hätte, auch dadurch, dass sie nur als Feuerwehr eingesetzt würde, wenn ein gesellschaftliches Problem so akut ist, dass es nicht mehr ignoriert werden könne. Allerdings könne sie dabei nicht auf etablierte Strukturen zurückgreifen, was die Arbeit erschwere. Interessanterweise spielt Geld (oder eher das Fehlen eben dieses) nicht immer eine Rolle, aber die Frage nach der Verteilung bleibt bestehen. Zudem stehen politische Bildner häufig vor einem gewissen Rechtfertigungsdruck, der durch die oben bereits erwähnte Ökonomisierung der außerschulischen politischen Bildung zugenommen habe.

Insgesamt produzierte die Morgenrunde damit ein intensives aber dynamisches Gespräch, welches sogar zu einer Idee für eine Kooperation zwischen mehreren Teilnehmerinnen und Teilnehmern geführt hat. In diesem Sinne wurden nicht nur wertvolle Erkenntnisse für die Projektarbeit gewonnen, sondern auch die wissenschaftlichen sowie praktischen Erfahrungen erfolgreich ausgetauscht. Dabei wurde ehrlich und sachlich über die Herausforderungen und Probleme berichtet, allerdings wurden auch viele positive Beispiele und tolle Projekte vorgestellt! ■



„POLITISCHE BILDUNG UND DIE ÖKONOMIE – EIN BELASTETES VERHÄLTNISS“

am 2. März 2021

Projektpartner und Teilnehmende
der BAPP Morgenrunde



Am 02. März 2021 konnte das Projektteam an ihr bereits erfolgreich durchgeführtes neues Format der BAPP Morgenrunde mit einem zweiten Treffen anknüpfen. Auch diesmal haben wir und unsere Projektpartner uns mit dem Themenschwerpunkt der Politischen Bildung auseinandergesetzt und dabei aufbauend auf die Erkenntnisse der ersten Morgenrunde und der Bitte der Teilnehmerinnen und Teilnehmer ein besonderes Augenmerk auf das Spannungsverhältnis zwischen Politischer Bildung und Ökonomie geworfen. Um bei diesem Thema offen sprechen zu können, wurde in der Nachbereitung auf die Zuordnung einzelner Aussagen zu den entsprechenden Diskutantinnen und Diskutanten verzichtet. Nach einer kurzen Begrüßung und thematischen Einführung stiegen die Projektpartner direkt in das Thema ein. Gerade bei Projektanträgen würden Förderrichtlinien viele Ideen und Pläne bereits von vornherein einschränken. Das Problem sei nicht wie, sondern vor allem was finanziert würde, so eine Teilnehmerin. Auch zeigt sich im Lichte der aktuellen Krise erneut, wie unterschiedlich bei der Vergabe von Geldern vorgegangen werde. Ein Teilnehmer berichtete vom Austausch mit verschiedenen Initiativen: dabei bestätigte sich, dass Förderrichtlinien aktuell äußerst unterschiedlich angewendet werden. Während einige Projekte darüber berichten, dass die komplette Planung für das Jahr 2021 abgesagt wurde und Gelder bereits großflächig gestrichen wurden, scheinen andere wiederum weniger von Sparmaßnahmen getroffen zu sein. Eine Schwierigkeit zeigte sich jedoch bei allen Projekten: durch die aktuelle Situation fällt das mittel- und langfristige Planen schwer – viele Projekte „fahren aktuell auf Sicht“.

Bei einem Punkt waren sich alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer schnell einig: Die Ökonomisierung der Bildung ist auch durch die veränderte Sprache erkennbar. Es werden immer mehr „messbare Erfolge“ gefordert, ganz im Sinne der Betriebswirtschaftlichkeit. Dabei wird immer stärker eine „Sprache der Wirtschaft“ mit Begrifflichkeiten der Messung und der Auswertung gefordert und bereits in den Förderrichtlinien explizit aufgelistet.

Ohnehin, so berichtet ein Projektpartner, würden markt- und betriebswirtschaftliches Denken auch einen Teil der Stellenausschreibungen bestimmen. So seien immer mehr Fähigkeiten der Drittmittelakquise gewünscht. Einig waren sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer darin, dass bereits bekannte ökonomische Zwänge noch deutlicher als bereits zuvor zu Tage treten. Viele Kollegen, so berichtet ein Projektpartner, die freiberuflich im bildenden Bereich tätig sind, stehen nach mehrmonatigem Stopp vor erheblichen Herausforderungen. Nicht nur sei ein Großteil Ihrer Arbeit zum Erliegen gekommen, sondern auch die nach wie vor grassierende Unplanbarkeit von Veranstaltungen und Workshops bedrohe den kompletten Berufszweig freier Bildnerinnen und Bildner.

Auch die zweite Morgenrunde war ein voller Erfolg durchweg positivem Feedback der Teilnehmerinnen und Teilnehmer. Die Möglichkeit, sich intensiv und direkt zu wichtigen Themen auszutauschen, birgt einen großen Mehrwert für alle Beteiligten. Auch deswegen sind weitere Morgenrunden zu diesem und anderen Themen zukünftig geplant. ■

DIGITALER WORKSHOP:

LOKALFORUM RUHRGEBIET: „POLITISCHE BILDUNG ALS FEUERWEHR? ÜBER DIE BEDEUTUNG DER POLITISCHEN JUGEND- UND ERWACHSENENBILDUNG“

am 29. April 2021



*Professor Dr. Volker Kronenberg,
Leiter des Forschungsprojekts und
Vorsitzender des Wissenschaftlichen
Beirats der Bonner Akademie begrüßt
die Teilnehmerinnen und Teilnehmer
des Lokalforums Ruhrgebiet*



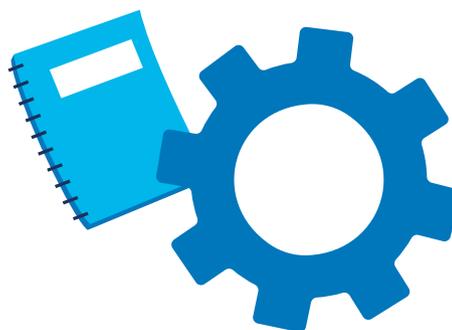
Projektpartner und Teilnehmer des Lokalforums Ruhrgebiet

Am 29. April 2021 fand das **4. Lokalforum Ruhrgebiet** zum Thema „Politische Bildung als Feuerwehr? Über die Bedeutung der politischen Jugend- und Erwachsenenbildung“ im Rahmen des dreijährigen Projekts „Integrationspolitik für die Mehrheitsgesellschaft – Bildungs- und Beteiligungsmöglichkeiten für junge und alte Menschen“ statt. Das bewährte Workshop-Format brachte auch diesmal Praktiker, Experten und Multiplikatoren aus dem Ruhrgebiet zusammen, um über die Fähigkeit und Wirksamkeit politischer Bildung im Rahmen von Extremismus-Prävention, das Pro und Kontra der Digitalisierung und die schwierige finanzielle Situation der Branche zu diskutieren.

Im Rahmen seiner Begrüßung umriss **Prof. Dr. Volker Kronenberg**, Vorsitzender des Wissenschaftlichen Beirats der Bonner Akademie und Projektleiter, die aktuelle Rolle der politischen Bildung in der Gesellschaft. Die politische Bildung habe mit dem Einzug rechtspopulistischer Akteure in das Parteiensystem und der allgemeinen Polarisierung eine Renaissance erlebt; der Erhalt des politischen Gemeinwesens und das Bekenntnis zur freiheitlich demokratischen Grundordnung sei kein Selbstläufer. Als Reaktion habe es eine deutliche Steigerung der Ausgaben für einige politische Projekte wie die Bundeszentrale für politische Bildung gegeben. Es sei jedoch zu klären, inwieweit politische Bildung als ad hoc-Maßnahme oder Feuerlöscher gesehen werden kann und wie die sehr unterschiedlichen Bereiche der politischen Bildung langfristig und strukturell gestärkt werden müssen, um dieser Aufgabe weiterhin nachkommen zu können.

Niklaas Hofmann vom DGB-Bildungswerk Bund beleuchtete in seinem Impulsvortrag im Anschluss die politische Bildung und den Bildungsbegriff aus der gewerkschaftlichen Perspektive. Grundlage sei unter anderem ein positives Menschenbild und das Ziel, Menschen zur aktiven Teilhabe zu befähigen. Neben der notwendigen Stärkung des gesellschaftlichen Interesses an politischer Bildung benannte er auch die fehlende Diversität der Teilnehmerinnen und Teilnehmer – vor allem in Bezug auf Menschen in prekären Arbeitsverhältnissen oder mit Migrationshintergrund – als aktuelle Herausforderung für die politische Bildung und ihre Akteure. Auch für die Verdichtung von Arbeit durch die Digitalisierung, die fehlende Zeit für Ehrenämter oder Bildungsurlaub sowie für die Frage nach sicherer Finanzierung vor allem für Freiberufliche brauche es Lösungen und Antworten.

„WIR MÜSSEN AUFPASSEN,
DASS UNS NICHT
DAS WASSER ZUM LÖSCHEN
AUSGEHT“



In der darauffolgenden Diskussion wurde ausgehend von der Feuerwehrmetapher zunächst die Fähigkeit politischer Bildung diskutiert, extremistische Strömungen in der Gesellschaft zu unterbinden. Von Beginn an waren sich die Teilnehmer einig, dass politische Bildung lebenslanges Lernen bedeute und kurzfristige Maßnahmen und Aktionen nicht ausreichen. In ihrer Funktion, Menschen zur kritischen Teilhabe an Gesellschaft und Politik zu befähigen, könne politische Bildung vor allem auf lange Sicht gegen demokratieskeptische oder gefährdende Bewegungen in der Gesellschaft steuern, die sich beispielsweise an Indikatoren wie den Wahlergebnissen der AFD oder dem zunehmenden Extremismus erkennen lassen. **Dr. Guido Hitze**, Leiter der Landeszentrale für politische Bildung Nordrhein-Westfalen, warnte jedoch in diesem Zusammenhang unter viel Zustimmung, dass der Grundkonsens, was Demokratie ist, nicht mehr einheitlich sei. Der Weg zu einem einheitlichen Verständnis führe wesentlich über die Verwendung von einer für alle verständlichen Sprache.



Miteinander, voneinander, füreinander lernen – ein gewerkschaftlicher Blick zur Praxis der politischen Erwachsenenbildung

Niklaas Hofmann
Politische Leitung DGB
Erwachsenenbildungszentrum Hattingen



UND

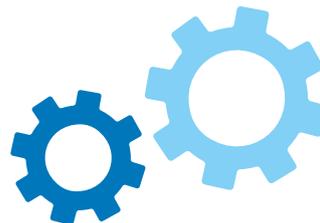


Bildungsurlaub, DGB Bildungswerk BU
August 2020



Mit der Aussage „Wir müssen aufpassen, dass uns nicht das Wasser zum Löschen ausgeht“ verwies **Dr. Klaus-Peter Hufer** auf die prekäre finanzielle Lage der Freiberufler, die sich durch Corona noch verstärkt hat, sowie auf die ungleichmäßige und schlechte Finanzierung im Allgemeinen. Für ebenfalls problematisch befanden die Diskutanten, das Fehlen einer konkreten Ausbildung für politische Bildnerinnen und Bildner. Auch der Abbau von Politikunterricht an den Schulen und die Durchführung durch meist fachfremdes Personal wurde als ein weiteres Problem angesprochen. Positive Entwicklungen wurden vor allem im Bereich der Digitalisierung angeführt: Bei Online-Formaten sei es nun oftmals leichter, hochkarätige Referentinnen und Referenten zu akquirieren. Auch die vielfältigen Möglichkeiten der Vernetzung und Teilhabe wurden als positive Effekte genannt. Allerdings wurde einstimmig die Wichtigkeit von Medienkompetenzschulungen betont und nochmal auf die Veränderungen der Debattenkultur vor allem im virtuellen Raum verwiesen.

Abschließend fasste Moderator **Dr. Manuel Becker** das Lokalforum mit einem von **Prof. Dr. Thomas Goll** zu Anfang getätigten Statement zusammen, dass es gelungen sei, „statt vermeintlich fertiger Rezepte und Antworten zu liefern, die richtigen Fragen zu stellen“ und darüber zu diskutieren. Vor allem die Themen Vernetzung und Vielfalt der Akteure der politischen Bildung böten Potenzial für weitere Veranstaltungen. ■



NEUE FORMATE:

R(H)EINHÖREN – DER PODCAST AUS DER BUNDESSTADT



Da die Situation um Corona Präsenzformate stark, beziehungsweise gänzlich, eingeschränkt hat, lag der Fokus der Bonner Akademie darauf, medial und digital noch präsenter zu werden. Deshalb haben wir uns dazu entschieden, einen eigenen Podcast namens „R(h)ein hören“ herauszubringen, der immer am Puls der Zeit aktuelle Themen mit renommierten Gästen bespricht. Damit erweitert die BAPP ihr Portfolio um einen weiteren Output, der eine noch größere und weitgefächertere Zielgruppe erreichen kann, indem es interessante Einblicke, die den Dialog und das Verständnis für andere Meinungen fördern sollen, liefert. Hauptaugenmerk liegt neben aktuellen Themen vor allem aber darauf, dass Zuhörer sich kurz und knapp, überparteilich und kritisch über ein Thema informieren können und die Sichtweisen unterschiedlicher Personen kennen- und verstehen lernen können.

Im Rahmen unseres Forschungsprojekts konnten wir verschiedene Gäste zu Schwerpunktthemen aus unserer Projektarbeit einladen und somit interessante Einblicke für uns, unsere Partner sowie alle interessierten Zuhörer gewinnen.

Der erste Podcast erschien Ende November 2020, zu Gast war niemand Geringeres als **Julian Reichelt**, Chefredakteur Digital der Bild-Zeitung. Im Gespräch mit unserem Moderator **Michael Hirz** sprach er über die Themen Fakenews, Lügenpresse-Anschuldigungen und die neue Macht der Technologiegiganten. Mit **Bischof Dr. Franz-Josef Overbeck**, Bischof von Essen und Militärbischof der Bundeswehr, konnten wir ein interessantes Gespräch über die Rolle der Katholischen Kirche in der Corona-Krise und das breitere Thema der Solidarität in der Gesellschaft führen. Im Lichte der aktuellen Kanzlerkandidaturen der CDU und Grünen konnte wir mit **Norbert Walter-Borjans**, Bundesvorsitzender der SPD, über die Zukunft der Volksparteien sowie dem schwindenden Vertrauen in eben diese, sowie die Rolle von Protestbewegungen ins Detail gehen. Anknüpfend daran und ebenso an die Frage, wie attraktiv Volksparteien vor allem für junge Wähler sind und welche Potentiale neue Beteiligungsmöglichkeiten mit sich bringen, konnten wir mit **Philipp Amthor, MdB** diese und weitere spannende Fragen diskutieren. Diese und weitere Folgen gibt es zum Nachhören auf der Homepage der Bonner Akademie. ■



Julian Reichelt



Bischof Dr. Franz-Josef Overbeck



Norbert Walter-Borjans



Philipp Amthor, MdB



Als An-Institut der Universität Bonn verfolgt die **Bonner Akademie für Forschung und Lehre praktischer Politik (BAPP) GmbH** unter der Leitung ihres Präsidenten, Prof. Bodo Hombach, das Ziel einer engeren Vernetzung zwischen wissenschaftlicher Forschung und beruflicher Praxis in Politik, Wirtschaft und Medien. Sie will neuartige Foren des Dialogs schaffen und mittels eines konsequenten Praxisbezugs als innovativer „Think Tank“ an der Schnittstelle zwischen Wissenschaft, praktischer Politik und wirtschaftlichem Handeln auftreten. Hierzu organisieren wir regelmäßig Lehrveranstaltungen und Expertenworkshops sowie große öffentliche Diskussionsveranstaltungen. In der Vergangenheit durften wir unter vielen anderen bereits Sigmar Gabriel, Frank-Walter Steinmeier, Malu Dreyer, Christian Wulff sowie Gerhard Schröder und Jean-Claude Juncker begrüßen. Des Weiteren führen wir Forschungsprojekte zu aktuellen Themen durch und veröffentlichen unsere Forschungsarbeit regelmäßig in unterschiedlichen Publikationsformaten. Jährlich veranstaltet die Bonner Akademie darüber hinaus internationale Foren mit bekannten Wissenschaftseinrichtungen in den USA, China und Frankreich.



www.bapp-bonn.de



www.facebook.com/bapp.bonn



www.twitter.com/BonnerAkademie



Brost
Stiftung

